Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 49 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 27. Februar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Untragbar!

Das Steuerbukett des Reichsfinanzministers

Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat dem Reichskabinett seine Pläne über die Deckung des Fehlbetrages im Haushalt 1930 zugehen lassen, die dort heute zur Beratung stehen. Sie sind von einer derartigen Einseitigkeit, daß wir von uns aus nicht sagen konnen, daß eine Mehrheit für sie mit der Sozialdemokratie hergestellt werden kann.

Das eine Hauptstück der Pläne des Reichsfinanzministeriums ist die Einschränkung bzw. die Beseitigung der Darlehnspflicht des Reiches an die Arbeitslosenversicherung. Statt der 250 Millionen Mark, die für das Jahr 1930 in Reichsdarlehen für die Arbeitslosenversicherung erforderlich sind, werden im Etatsjahr 1930 150 Millionen Mark, für das Etatsjahr 1931 höchstens 100 Millionen Mark vorgesehen. Diese Mittel sollen durch den Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und die Invalidenversicherungsanstalt beschafft werden. Da damit gerechnet wird, daß der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung wesentlich über diese Summe hinausgeht, soll der Vorstand der Reichsanstalt die Ermächtigung erhalten, die Beiträge zu erhöhen, Ersparnisse in der Verwaltung herbeizuführen und die Leistungen anderweitig festzusetzen. Solche Beschlüsse sind aber nur dann gültig, wenn die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeber im Vorstand in der Mehrheit zustimmen. Kommen solche Beschlüsse nicht zustande, so hat die Reichsregierung das Recht, ihrerseits die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, die Beiträge zu erhöhen oder die Leistungen anderweitig festzusetzen.

Das zweite Hauptstück der Pläne Moldenhauers bezieht sich auf die Deckung des im Reichshaushalt 1930 vorhandenen Fehlbetrages durch Steuererhöhungen. Da vorgeschlagen wird, den Fehlbetrag vom Jahre 1928 mit 154 Millionen Mark, nicht wie bisher vorgesehen, neben den 450 Millionen Mark Schuldentilgung zu decken, sondern in die 450 Millionen Mark einzubeziehen, so bleibt ein durch Steuererhöhungen zu deckender Fehlbetrag von 305 Millionen Mark beim Reich. Für die Sanierung der Landesfinanzen sollen weitere 170 Millionen Mark aufgebracht werden. Insgesamt sind jedoch Steuereinnahmen von 475 Millionen Mark nötig. Dieser Betrag soll in erster Linie durch eine stärkere Belastung der sogenannten entbehrlichen Genußmittel aufgebracht werden. Herr Moldenhauer schlägt deshalb vor:

1. **Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent = 240 Millionen Mark;**
2. **Erhöhung des Kaffee- und Teezolles = 50 Millionen Mark;**
3. **Einführung einer Mineralwassersteuer = 40 Millionen Mark;**

Ferner will Moldenhauer eine Mehreinnahme erzielen durch

4. **Erhöhung des Benzinzolles = 65 Millionen Mark;**
5. **Kürzung der Fälligkeitstermine für verschiedene Steuern = 30 Millionen Mark;**
6. **Einnahme von Reserven der Bank für Industrieobligationen = 50 Millionen Mark.**

Von dem Gesamtbetrag von 475 Millionen Mark sollen die Länder 170 Millionen Mark erhalten, und zwar 90 Millionen aus der Biersteuer und je 40 Millionen Mark aus der Mineralwassersteuer und dem Benzinzoll.

Als dritten Teil seines Sanierungsprogramms schlägt der Reichsfinanzminister drei Maßnahmen vor, durch die in Zukunft eine Senkung der Ausgaben und eine Ermäßigung der Steuerlasten zwangsweise herbeigeführt werden soll. Dabei ist daran gedacht, gesetzlich festzulegen, das erstens etwaige im Jahre 1930 sich ergebenden Ueberschüsse zur Senkung der Steuern im Sinne des von der Regierung am 12. Dezember 1929 vorgelegten Finanzprogramms vorgelegt werden müssen. Zweitens sollen die Ausgaben für 1931 jetzt bereits in ihrer Höhe begrenzt werden und drittens plant man ein Ausgabensenkungsgesetz, durch das Herabsetzungen der Reichs-, Länder- und Gemeindeaufwendungen festgelegt werden sollen.

Die Vorschläge von Dr. Moldenhauer zur Arbeitslosenversicherung sind in den Vorbesprechungen bei den Sozialpolitikern aller Parteien auf erhebliche Bedenken gestoßen. Von der Sozialdemokratie wurden sie abgelehnt. Das ist auch jetzt noch ihre Auffassung; denn sie schränken die Pflicht des Reiches, in Notzeiten für die schuldlosen Opfer der Wirtschaftskrise mit Mitteln der Allgemeinheit einzustehen, unerträglich ein. Sie verhüllen auch nur unzulänglich die wirkliche Absicht auf den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, obwohl Dr. Moldenhauer mehrfach erklärt hat, daß er an die Möglichkeit eines Leistungsabbaues aus politischen und sozialen Gründen nicht glaube.

Deckt sich schon dieser Teil des Programms von Dr. Moldenhauer mit den immer wieder erhobenen Forderungen der Deutschen Volkspartei, die bis jetzt durch Zentrum und Sozialdemokratie zu Fall gebracht worden sind, so galt das noch mehr von seinen Vorschlägen über die Steuererhöhungen. Sieht man von der Industriebelastung ab, so sind Moldenhauers Vorschläge nur eine Verschärfung der Verbrauchssteuern. An irgendeine noch so geringfügige Heranziehung des Besitzes, etwa in der Form eines Notopfers, ist nicht gedacht. Zu der bereits vom Reichskabinett beschlossenen Erhöhung des Kaffee- und Teezolles soll eine Erhöhung der Biersteuer statt um 50 um 75 Prozent und die Besteuerung des Mineralwasser hinzutreten. Aus der letzteren Quelle will man 40 Millionen Mark gewinnen. Nur bei ganz phatastischen Steuersätzen und sehr erheblichen Preiserhöhungen ist dies möglich. Die Erhöhung des Benzinzolles wird zwar zu einem großen Teil die Automobilbenutzung Privater versteuern, aber neuen den ungünstigen Wirkungen auf die Automobilindustrie dürfen auch die auf Massenverkehr mit Omnibussen und Güterverkehr durch Lastwagen nicht als unbeträchtlich angesehen werden. Jedenfalls kann die Erhöhung des Benzinzolles nicht als Ausgleich für die erhöhte Massenbelassung gelten. Das trifft auch zu für die Heranziehung der Reserven der Bank für Industrieobligationen mit dem Betrage von 50 Millionen Mark. Die von der Industrie aufzubringenden Lasten sollen auch nach dem neuen Programm Moldenhauers im Jahre 1930 tatsächlich um 50 Millionen Mark gesenkt werden. Zu dem Zweck, trotzdem den vollen Betrag von 300 Millionen Mark in den Etat einzustellen, soll nun eine Art Darlehn aus den Reservefond aufgenommen werden, das später wieder zurückgegeben werden müßte.

Wie man immer zu den Einzelheiten des Moldenhauerschen Programms stehen mag, in seiner Gesamtheit ist es für die Sozialdemokratie untragbar. Dieses Programm bedeutet eine wesentliche Verschärfung der politischen Situation.

Die Schule brennt . . .

Eine Oberschwester und sieben junge Indianer tot

The Pas (Manitoba), 26. Februar. (Drahtmeldung.) Die Crotzlake-Schule, eine abgelegene Landschule für Indianer, wurde durch einen Brand zerstört. Eine Oberschwester und sieben junge Indianerschüler kamen in den Flammen um.

Die Internationale der Kanonenfabrikanten

Der Oberreichsanwalt hat das Ermittlungsverfahren gegen Krupp und Thyssen wegen landesverräterischer Begünstigung und Kriegsverrats eingeleitet. Die Nachricht klingt überraschend, allein es fehlt der Glaube, daß die kühne Tat des obersten Staatsanwalts darüber hinaus zu einer Anklage gedeihen werde: man müßte ein vom Staate begünstigtes System und man müßte alle Nutznießer dieses Systems vor Gericht bringen; alle Vaterländer müßten ihre glänzendsten Ordensträger, ihre rührigsten und lautesten Patrioten wegen Verabredungsgefahr verhaften lassen: denn alle Kriegsindustrien von hüben und drüben sind nachweisbar verabredet gewesen. Wie die deutschen Soldaten im Stacheldraht hängen blieben, der von Deutschland geliefert war, so wurden die englischen Soldaten von Granaten zerrissen, deren kupferne Führungsringe die Deutschen über neutrale Länder aus dem Rohstoffvorrat der Entente erhalten hatten. Das geschah aber nicht etwa unwissentlich, sondern war vorbedacht, auf Heller und Pfennig, Centime und Penny auskalkuliert: Statistiker mögen aus Lehmann-Rußbüldts „Blutiger Internationale der Rüstungsindustrie" (Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf) errechnen, wieviel Kilogramm in Feindesland gelieferter deutscher Stahl und deutsches Eisen auf einen deutschen Toten kommen. Wer dieses mutige Buch liest, in dessen Lektüre sich endlich auch ein Staatsanwalt vertieft hat, das aber nach allen Staatsanwälten der Welt schreit, muß seine grundlegenden Anschauungen über den modernen Krieg verändern:

der Kriegs bis zum Verbluten der Völker ist der international organisierte Massenmord der Kriegsindustriellen gegenüber den Nationen.

Dr. Horten, während des Krieges Leiter der Eisen- und Stahlabteilung der Kriegsrohstoffabteilung des deutschen Kriegsministeriums, wirft der deutschen Schwerindustrie einen großen Teil der Schuld am Zusammenbruch vor und Lehmann-Rußbüldt hat diese Anklage in seiner „Blutigen Internationale" übernommen. Als infolge der Sperrung der englischen Ausfuhr Ende 1915 die Eisenpreise im neutralen Ausland stiegen und durch den niedrigen Stand der Valuta hohe Gewinne lockten, seien von den großen Patrioten der Schwerindustrie und Durchhaltern

aus deutschen Werken ungeheure Mengen Stahl, bis zu 250 000 Tonnen monatlich, über die Schweiz nach Frankreich und Italien ausgeführt, dagegen der deutschen und österreichischen Heeresverwaltung die Uebernahme der dringendsten Lieferungen verweigert worden.

Bei der Schärfe des Unterseebootkrieges gegen die amerikanische Zufuhr wären tausende deutsche und österreichische Soldaten am Leben geblieben, so schlußfolgert Dr. Horten, wenn die deutschen Schwerindustriellen nicht den feindlichen Heeren mit Stahl und Eisen über die Schweiz zu Hilfe geeilt wären. Zu Hause aber propagierten sie das Durchhalten und beklagen sich heute noch über den „Dolchstoß von hinten".

Es geschah damals Stinnes nichts und es geschah der Firma Thyssen nichts, als ruchbar wurde, daß sie während des Krieges an Holland, dessen Neutralität gegen Deutschland fragwürdig wurde, Infanterieschutzschilde für 68 Mark verkauften und dem eigenen Vaterland für 117 Mark, es geschah auch Krupp nichts, als er in Amerika Nickelstahl-Panzerplatten billiger verkaufte als der Marine des letzten Wilhelm: und all das war und ist bekannt. Will sich jetzt ein Staatsanwalt als Rächer tausender vermoderter Toten versuchen gegen die übermächtigste Internationale der Ueberlebenden? Das soll, das muß die heiligste Aufgabe der geopferten Völker sein: das Geschäft am Krieg muß aufhören, dann hört auch der Krieg auf!

Kehrt Tardieu wieder?

Paris, 26. Februar. (Eig. Drhtbericht.)

Zwei Regierungskrisen innerhalb acht Tagen, wobei zuerst die Linke ein Rechtskabinett, dann die Rechte ein Linkskabinett gestürzt hat, würden im allgemeinen in jedem anderen Land das Parlament für die Auflösung reif und Neuwahlen unvermeidlich machen. Der Parlamentarismus in Frankreich läßt eine solche einzig vernunftgemäß scheinende Klärung der Lage nicht zu und Frankreich muß daher weiter in einem innerpolitischen Chaos seinen Weg suchen, gelähmt durch zwei gleich starke parlamentarische Flügel, die sich gegenseitig bekämpfen und eine dauerhafte Regierung mit stabiler Majoritat nicht aufkommen lassen. Als Tardieu gestürzt wurde, machte die Rechte geltend, daß die parlamentarische Unpopularität des Finanzministers und die Krankheit des Ministerpräsidenten das Abstimmungsergebnis beeinflußt hätte. Die Linke allein wäre nicht im Stande gewesen, eine Rechtsregierung zu stürzen. Mit größerer Berechtigung darf heute die Linksregierung ihrerseits geltend machen, daß es auch der Rechten nicht gelungen wäre, Chautemps zu stürzen, wenn nicht einige Ueberläufer aus der Gruppe der republikanischen und radikalen Linken die Reihen der Rechtsopposition überraschend verstärkt hätten.

Bei dieser ganzen fruchtlosen Diskussion, in der sich links und rechts jeweils den Ball zuwarfen, läßt sich immerhin klar er-

kennen, daß bei der unerquicklichen Debatte, die die Rechte und Linke seit Monaten führen, nicht mehr politische Programme, Argumente und Willensströmungen für das Zustandekommen einer Regierung, für Sieg oder Niederlage maßgebend sind, sondern nur noch fast ausschließlich die Nebenmomente, Zufallskonstellationen und die Gruppe jener schwankenden Elemente der Mitte, die ihre Daseinsberechtigung darin erblicken, im Trüben zu fischen, aus dem Kampf der Großen möglichst viel kleine Vorteile herauszuschlagen. Eine besondere Stellung nehmen dabei die Kommunisten ein, die jede Regierung prinzipiell und systematisch sabotieren, und durch die Tatsache, daß ihre 10 Stimmen jeweils die Opposition verstärken und die Regierungsparteien schwächen, sozusagen ein Vakum von 20 Stimmen zwischen rechts und links geschaffen haben, das jede notgedrungen knappe Regierungsmehrheit zu zerschlagen droht.

Der Verlauf der gegenwärtigen Regierungskrise, die im Gegensatz zur letzten im Zeichen einer fast hysterischen Nervosität aller politischen Kreise steht, ist nur ein Ausdruck für dieses große Uebel innerpolitischer Lähmung, das auf Frankreich lastet.

Nachdem der Präsident der Republik die traditionellen Besprechungen mit dem Präsidenten von Kammer und Senat hinter sich hatte, berief er zunächst Tardieu zu sich, der im Kreislauf der Ereignisse als Führer der Opposition wieder an die Reihe kommen mußte. Tardieu, der sich über den zweischneidigen Charakter seines Sieges keinem Zweifel hingeben konnte, lehnte zunächst die Bildung des Kabinetts ab und brachte, Bescheidenheit mimend, Poincaré in Vorschlag. Gegen Mittag war aber auch die Kombination Poincaré erledigt, da er aus Gesundheitsrücksichten gleichfalls ablehnte.

Nun wurde wiederum Tardieu berufen, der inzwischen anderer Meinung geworden war, die Mission zur Regierungsbildung annahm und seine endgültige Antwort für Donnerstag vormittag in Aussicht stellte. Theoretisch hat Tardieu nur zwei Wege vor sich, die republikanische Konzentration oder ein neues Rechtskabinett. Praktisch aber dürfte, wenn überhaupt, so nur der zweite Weg offen sein, da die Radikalen nach der zumeist unfairen und gehässigen Haltung, die Tardieu unter Außerachtlassung des primitivsten Parlamentsanstandes seinem Nachfolger Chautemps gegenüber einnahm, wohl unter keinen Umständen zur Beteiligung an einem neuen Kabinett Tardieu bereit sein dürften. Bleibt somit nur die zweite Möglichkeit, die einer neuen Rechtsregierung, die sich auf die alte Majorität, verstärkt durch einige Ueberläufer aus der Linken, stützen würde. Doch wäre auch dies aus den eben angeführten Gründen lediglich als eine Lösung für kurze Zeit zu betrachten.

Kabinett Tardieu ohne Radikale?

Paris, 27. Febr. (Drahtmeldung.) Die rechtsstehenden Kreise der Kammer scheinen überzeugt zu sein, daß Tardieu ein Kabinett ohne die Radikalen bilden werde. Echo de Paris will sogar, obwohl Tardieu seine Besprechungen eben erst begonnen hat, schon in der Lage sein, seine geheimsten Gedanken zu erraten. Wie das Blatt erklärt, werden Franklin Bouillon, Paul Reynaud, der gestern in der Kammer die Opposition gegen das Kabinett Chautemps organisierte, Pierre Laval, Raoul Peret und Nicolsi in das kommende Kabinett Tardieu eintreten.

Paris, 26. Februar. (Drahtmeldung.) Wie Havas berichtet, hat Tardieu sich bereits die Mitarbeit Briands als Außenminister für sein Kabinett gesichert.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag

Berlin, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen scheinen, wie das Berliner Tageblatt erfahren haben will, allmählich aus dem Wege geräumt werden zu können. Diese Schwierigkeiten betreffen insbesondere die oft erörterte Frage der polnischen Schweineeinfuhr. Es wird jetzt eine Regelung vorbereitet, durch die auch dem Interesse des Handels Rechnung getragen wird, während es anfänglich den Anschein hatte, als ob die deutschen Wurstfabriken ein Monopol auf die Verarbeitung der eingeführten polnischen Schweine haben sollten. Der Handelsvertrag mit Polen wird also nach fünfjährigen schwierigen Verhandlungen endlich zustande kommen, sofern das polnische Liquidationsabkommen vom Reichstage angenommen wird.

Reichstagsdispositionen

Berlin, 26. Februar. (Drahtmeldung.) Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß am Donnerstag das Ministerpensionsgesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Am Freitag soll dann die erste Lesung des Nachtragshaushalts für 1919 vorgenommen werden. Vom Sonnabend bis einschließlich Mittwoch nächster Woche wird eine Verhandlungspause gewünscht. Am Donnerstag der nächsten Woche soll dann die zweite Lesung des Young-plans beginnen, an die sich die dritte Lesung sofort anschließen dürfte. Für die Arbeit an den Young-Gesetzen sind drei bis vier Tage in Aussicht genommen. Zumindesten dürfte die Schlußabstimmung nicht vor dem Montag der übernächsten Woche stattfinden. Die Beratung des Republikschutzgesetzes ist zugunsten des Nachtragshaushalts zunächst einmal zurückgestellt worden.

Die Flottenkonferenz

Rückkehr zum ursprünglichen Programm

London, 26. Februar. (Drahtmeldung.) Die Führer der Delegationen auf der Seemächtekonferenz traten heute im Unterhause zusammen. In einem Communiqué wird bekanntgegeben, daß die Beratungen, wenn Frankreich zustimmt, über das ursprüngliche Programm wieder aufgenommen werden sollen, sobald die Konferenz wieder voll arbeitsfähig sei. Die Besprechungen dauern mit Unterbrechungen an.

Die Reichshaushaltsordnung

in zweiter und dritter Lesung angenommen

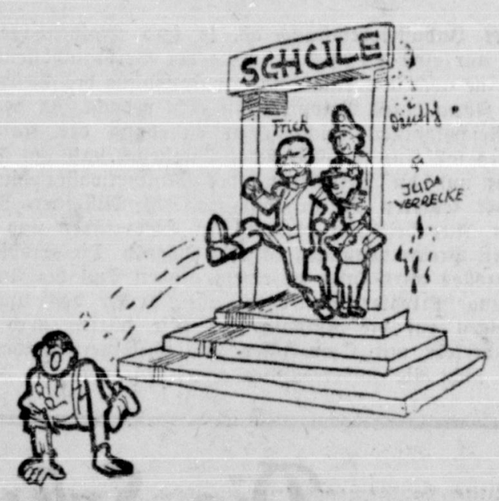
Berlin, 26. Februar. (Drahtmeldung.)

Im Reichstag wurde heute die Novelle zur Reichshaushaltsordnung in zweiter und dritter Lesung angenommen, die im wesentlichen dem Zweck dient, eine sparsamere Wirtschaft im Reiche dadurch zu erzielen, daß dem Finanzminister gewisse Möglichkeiten zur Abdrosselung einer uferlosen Bewilligungsfreudigkeit gegeben werden. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer beschränkte sich auf kurze Einführungsworte für die Vorlage. Er erinnerte an die im Ausschuß gestellten Anträge, die das Bewilligungsrecht des Reichstags weiter einschränken wollten, er hat aber, diese Verfassungsfragen jetzt nicht in die Debatte zu ziehen, sondern die Vorlage schnell zu verabschieden, damit sie noch auf den Etat 1930 Anwendung finden könne.

Die Mahnung des Ministers wurde von keiner Partei beherzigt, auch von seiner eigenen Deutschen Volkspartei nicht. Es entwickelte sich vielmehr eine ausgedehnte Verfassungsdebatte über die Vorzüge und Nachteile des parlamentarischen Regimes, über die Frage, ob die letzte Entscheidung über Ausgaben beim Reichstag und bei der Regierung oder beim Reichssparkommissar und dem Reichspräsidenten liegen solle. Die Wirtschaftspartei hatte einen Antrag in dieser Richtung gestellt, während die Deutsche Volkspartei einen ähnlichen im Ausschuß abgelehnten Antrag heute nicht wieder eingebracht hatte. Der volksparteiliche Redner Dr. Cremer plädierte allerdings sehr warm für die Einschaltung eines vom Parlament unabhängigen Sparkommissars oder Haushaltsministers. Die Volkspartei behalte sich vor, eine solche Verfassungsergänzung bei anderer Gelegenheit zu beantragen. Von den Rednern der übrigen Regierungsparteien wurden die Pläne der Volkspartei und der Wirtschaftspartei abgelehnt; auch die Deutschnationale Volkspartei war nicht unbedingt dafür.

Seelennähe

Der volksparteiliche Studiendirektor Siefert wurde vom Hakenkreuzminister Frick gemaßregelt.



Siefert: „Und unser Etatsredner sagte dabei noch so schön: die Nationalsozialisten stehen uns seelisch viel näher als die Sozialdemokraten."

Abg. Heimann (Soz.)

Lange Zeit bestand für die große Mehrheit des Reichstages die Hauptaufgabe in der Etatsberatung. Dagegen wurde die Rechnungsprüfung als eine gleichgültige oder sogar minderwertige Sache betrachtet. Die Sozialdemokratie hat in diesen Anschauungen langsam, aber gründlich Wandel geschaffen. Es gibt heute kein Mitglied des Haushaltsausschusses mehr, das nicht überzeugt wäre, daß zur wirksamen Ausübung des Budgetrechts die Rechnungskontrolle mindestens ebenso notwendig ist wie die Aufstellung des Haushalts.

Obwohl im Ausschuß der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer angekündigt hat, daß der Antrag über den Reichssparkommissar nur von hervorragenden Männern aus verschiedenen Parteien monatelang ausgearbeitet worden sei, hier wieder eingebracht werden würde, hat der Minister soeben gesagt, daß dieser Antrag nicht wieder eingebracht wird. Die Dinge sehen eben anders aus, wenn man sie von oben, als wenn man sie von unten ansieht.

Im Lande wird eine lebhafte Propaganda betrieben mit der Behauptung, der Reichstag bewillige in unverantwortlicher Weise Ausgaben. Diese Agitation wird jetzt, wo ein Volksparteiler Finanzminister ist, nicht aufhören, sondern weitergehen.

Nicht Hemmung des Budgetrechts und Einengung der Volksvertreter, sondern Steigerung der Zuständigkeit und damit der Verantwortung erscheint uns als das Heil und die Gesundung. Je stärker die Stellung des Parlaments ist, umso größer wird sein Verantwortungsgefühl werden.

Selbstzucht und Selbstverantwortung des Parlaments, immer zusammen mit der Bereitschaft der Reichsregierung für das, was sie als richtig und notwendig erkennt, jederzeit das volle Gewicht ihrer Stellung und Autorität in die Wagschale zu werfen, darin liegt der feste und sichere Schluß für die Wirtschaft des Reiches und für eine verantwortungsvolle Politik. Da nur auf dem Boden gesunder öffentlicher Finanzen die Wirtschaft aufblühen kann, ist es unsere Pflicht und unsere Aufgabe, für das Gleichgewicht im Haushalt und für geordnete Kassen- und Finanzverhältnisse zu sorgen.

Niemand im Reichstag wird bestreiten können, daß wir schließlich unserer Pflicht mit großem Ernst und Eifer nachgegangen sind. Wir prüfen mit Sorgfalt alle Besserungsvorschläge, aber was wir bisher davon gesehen haben, scheint uns nicht geeignet zu sein, um die Verantwortung in der wünschenswerten Weise zu stärken. Wir fürchten nicht die Agitation im Lande, die den Anträgen der Volkspartei und der Wirtschaftspartei entspricht und die den Reichstag als den Sündenbock und oft das Reichskabinett als unschuldigsten Engel hinstellt. Denken Sie nur an die Subventionsanträge der Wirtschaft und anderes mehr. Viele dieser Anträge waren unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht einmal zu diskutieren. Sie wurden aber angenommen und zwar unter dem Druck von Mitgliedern der verschiedenen Reichskabinette. Das Reich hat für solche Subventionen 1,2 Milliarden Mark ausgegeben.

Wir Sozialdemokraten haben gefordert, daß die Flut von Subventionsanträgen eingedämmt wird und zwar durch Verschärfung der Bestimmungen über ihre Behandlung. Es war die sozialdemokratische Partei und ihr Finanzminister Dr. Hilferding, die schließlich die früheren Bestimmungen vollkommen aufgehoben haben, so daß eine Behandlung der Subventionsanträge eingeführt wurde, die zu einer starken Einschränkung geführt hat.

Wir halten die Grundlagen, auf denen der Reichssparkommissar heute arbeitet, für die gegebenen und richtigen. Sie beruhen nicht auf einem Gesetz, sondern auf einem vertraglichen Vertrauensverhältnis. Würde dieses Verhältnis geändert, so könnte es zu Konflikten zwischen dem Reichssparkommissar und dem Reichsfinanzminister kommen. Das wollen wir nicht, darum sind wir gegen eine Aenderung. Wir wollen aber keineswegs dem Reichssparkommissar das Vertrauen versagen und sind deshalb bereit, wenn einzelne Worte in unserer Entscheidung nach dieser Richtung gedeutet werden, sie zu streichen.

Aber es ist etwas ganz anderes, wenn die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei einen vollkommen unabhängigen, nur den Gesetzen unterstehenden Sparkommissar als oberste Reichsbehörde einsetzen wollen.

Der Reichsetat enthält Ausgaben von 10 Milliarden Mark. Draußen im Lande glaubt man noch oft, es wäre leicht, mit dem Rotstift die Kleinigkeit von ein paar hundert Millionen Mark zu streichen. Ein erheblicher Teil dieser Ausgaben kann aber überhaupt nicht gestrichen werden, ein anderer großer Teil nur dann, wenn zuvor die zu diesen Ausgaben verpflichtenden Gesetze aufgehoben oder geändert würden. Zur Balanzierung des Etats sind höchstens 1200—1400 Mill. dar. Wir wollen nicht behaupten, daß daran nicht gespart werden könnte. Wir meinen, daß z. B. beim Wehretat noch recht erheblich gespart werden könnte.

Aber diejenigen, die den Reichssparkommissar zur obersten Reichsbehörde machen wollen, die wollen zwar nicht am Wehretat, dafür aber im Sozialetat große Abstriche machen.

Keine Reichsregierung und kein Reichstag kann die Bedürfnisse des öffentlichen Lebens lediglich unter dem Gesichtspunkt des Sparens betrachten, sondern muß daneben immer noch sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Erwägungen Raum geben und danach beurteilen, ob Ersparungen an einer Stelle nicht größere Ausgaben an anderen Stellen hervorrufen oder Nachteile für das Gemeinwohl erzeugen.

Nach dem Antrag der Wirtschaftspartei soll der Reichspräsident auf Verlangen von einem Drittel des Reichstags bereits in Kraft stehende Gesetze wieder aufheben, Haushaltsüberschreitungen und Ausgabenbewilligungen verbieten können, jedoch sollen derartige Verordnungen höchstens zwei Jahre gelten.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß eine solche Verfassungsänderung zustande kommt, sie würde alle Zuständigkeiten und Verantwortungen über den Haufen werfen und den Reichspräsidenten zum Finanzdiktator machen, der ohne jedes parlamentarische Bekleidungsstück in die Arena des politischen Kampfes hineingestellt würde.

Der Etat muß mindestens ein Jahr vor Beginn seiner Laufzeit festgestellt sein und dazu ist die genaueste Kenntnis der Wirtschaftslage und des gesamten Reichshaushalts erforderlich. Das alles soll der Reichspräsident machen gegen den Willen der Reichsregierung und einer Reichstagsmehrheit, nur gestützt auf das Gutachten des unsichtbaren Reichssparkommissars. Von allen anderen Notverordnungen nach Artikel 48 muß der Reichspräsident dem Reichstag unverzüglich Kenntnis geben und muß, wenn der Reichstag es wünscht, sie unverzüglich aufheben. Aber auch zwei Jahre soll dieses Notstandsrecht zum obersten Gesetz werden. Wir werden niemals einer solchen Finanzdiktatur zustimmen, die vielleicht nur Schrittmacher für eine noch weitergehende Diktatur sein soll. (Sehr richtig, links.)

Wir ersuchen um Annahme unserer Entschließung, wonach Gutachten des Reichssparkommissars dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden sollen und bitten sie, den Antrag der Wirtschaftspartei abzulehnen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall der Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde schließlich gegen die Antragsteller abgelehnt und die Vorlage in der Ausschußfassung abgelehnt. An den Haushaltsausschuß ging eine von den Sozialdemokraten beantragte Entschließung, wonach die Gutachten des Sparkommissars auch dem Reichstag und dem Reichsrat zugeleitet werden sollen.

Ohne Aussprache stimmte der Reichstag einer Vorlage zu, wonach das Reichsgericht in der nächsten Zeit Hilfsrichter heranziehen kann.

Am Donnerstag 3 Uhr soll das Ministerpensionsgesetz zur zweiten Beratung kommen.

Trotzki und Urbahns

Ein Miniaturbild aus dem kommunistischen Brüderstreit

Berlin, 26. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Trotzki hat sich mit Urbahns, dem Führer des linkskommunistischen Leninbundes völlig überworfen. Nachdem es bereits im vorigen Herbst aus Anlaß des russisch-chinesischen Konfliktes wegen der Stellungnahme für und gegen Sowjet-Rußland zwischen beiden zu Zerwürfnissen gekommen war, die Trotzki zur Bildung einer besonderen Fraktion bewegte, ist es jetzt wegen des Ausschlusses der unentwegten Trotzki-Anhänger Brilewicz und Joko aus dem Leninbund zum Zusammenbruch gekommen. Trotzki forderte seine Anhänger auf, Urbahns zu verlassen. Zugleich wird der linkskommunistische Volkswille durch Verweigerung von literarischen Beiträgen boykottiert. Die Trotzki-Gruppe in Deutschland hat sich im internationalen Bulletin bereits ein eigenes Organ geschaffen.

Kardinal Merry del Val, der unter Papst Pius X. 1903—14 das Amt des Staatssekretärs inne hatte, ist Mittwoch nachmittag um 4 Uhr während einer Operation in Rom gestorben, der er sich infolge einer plötzlich aufgetretenen Blinddarmentzündung hatte unterziehen müssen. Kardinal Merry del Val stand im 65. Lebensjahre.

Nr. 49. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 27. Februar 1930.

STADT GELSENKIRCHEN-BUER

Die Urlaubsklagen der Bergarbeiter

Der Standpunkt des Gelsenkirchener Arbeitsgerichts in verschiedenen strittigen Fragen.

Vor dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes wurden die Klagen der Bergleute von den Berggewerbegerichten entschieden. Die Berufungsinstanz für den hiesigen Bezirk war das Landgericht in Dortmund. Die Möglichkeit, die Urlaubsprozesse vor das Reichsgericht zu bringen, bestand praktisch nicht, da die Revisionssumme nie erreicht wurde. Das Landgericht in Dortmund stand auf dem Standpunkt, daß der Urlaubsanspruch ein einheitlicher Anspruch sei, und versagte infolge dieser Ansicht den ausgeschiedenen Bergleuten, bei denen wegen ihres Ausscheidens nicht mehr die Möglichkeit bestand, den Urlaub in natura zu nehmen, deshalb auch die Urlaubsvergütung. Auch nach dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes wurde, als die Frage der Urlaubsprozesse aufgeworfen wurde, bei den unteren Arbeitsgerichtsbehörden (Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten) durchweg zunächst dieser Standpunkt vertreten. Das Arbeitsgerichtsgesetz bot aber die Möglichkeit, den Rechtsstreit auch bei Nichtvorliegen der Revisionssumme vor das Reichsarbeitsgericht zu bringen. Eine Wandlung der Anschauungen trat dann ein, als das Reichsarbeitsgericht in mehreren grundsätzlichen Entscheidungen die allerdings zunächst andere Tarife betrafen, seine Auffassung dahin kundgab, daß der Urlaubsanspruch ein doppelter Anspruch sei, nämlich: Anspruch auf Freistellung von der Arbeit und ein Anspruch auf Bezahlung der Urlaubsschichten, und daß, falls der erste Anspruch möglich wurde, damit noch nicht ohne weiteres der zweite Anspruch entfiel. Auf Grund dieser Entscheidung kamen verschiedene Arbeitsgerichtsbehörden zu der Auffassung, daß auch der nach dem Zechentarif bestehende Urlaubsanspruch ein zweifacher sei, und daß somit den ausgeschiedenen Bergleuten das sogenannte „Urlaubsentgelt" zuzusprechen sei. Diesen Standpunkt hat auch das Reichsarbeitsgericht in mehreren Entscheidungen (12. Januar und 23. März 1929) gebilligt. Nun versuchte es der Zechenverband unter Darlegung des Werdeganges des Tarifvertrages nachzuweisen, daß der Wille der Tarifvertragsparteien dahin gegangen sei, nur einen einheitlichen Anspruch für die Bergleute zu schaffen. Aus diesem Grunde kam die Frage abermals vor das Reichsarbeitsgericht, und dieses hat nun am 23. November 1929 endgültig in einem für die Bergleute günstigen Sinne entschieden. Daraufhin hat sich der Zechenverband auf den Standpunkt des Reichsarbeitsgerichts gestellt, und der größte Teil der vor den Arbeitsgerichten ruhenden Prozesse ist nach Bekanntwerden des Urteils des Reichsarbeitsgerichts schnell im Sinne des klägerischen Anspruchs erledigt worden. In mehreren hundert Fällen hat auch das Arbeitsgericht in Gelsenkirchen zugunsten der Bergleute entschieden.

Streit herrscht noch über folgende Punkte:

1. Die Frage der Verjährung,
2. die Frage des Verzichts,
3. Die Frage, ob es zur Erlangung des Urlaubsanspruchs erforderlich ist, daß der Bergmann während des sogenannten Urlaubsjahres gearbeitet hat.

Die Arbeitsgerichte, auch das Gelsenkirchener, haben sich bezüglich der Verjährung auf den Standpunkt gestellt, daß bis Ende 1929 die Urlaubsansprüche sämtlicher Bergleute verjährt waren, die spätestens Ende 1927 abgekehrt sind. Auf die Frage des Verzichts braucht nicht näher eingegangen zu werden. Von größerer Bedeutung ist die Frage der Beschäftigung während des Urlaubsjahres. Eine Reihe von Arbeitsgerichten, auch das Gelsenkirchener, hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es nur darauf ankommt, ob in dem betreffenden Urlaubsjahr das Arbeitsverhältnis noch bestanden hat, und daß es gleichgültig sei, ob der Arbeitnehmer im Urlaubsjahr Schichten verfahren hat oder krankgefeiert hat. Einen entgegengesetzten Standpunkt haben kürzlich die Landesarbeitsgerichte in Dortmund und Duisburg eingenommen.

Was die Vererblichkeit angeht, so soll kürzlich eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ergangen sein, wonach der Urlaubsanspruch und das Urlaubsentgelt nicht vererblich sind.

Es hat geholfen!

Die vom Irrtum zur Wahrheit reifen —
das sind die Weisen,
Die im Irrtum beharren —
das sind die Narren!

Es hatte sich jüngst für den „Volkswillen" die Notwendigkeit erwiesen, den Buerschen Bürgerschützen einige ernste Worte zu widmen, und zwar angesichts des damaligen unverständlichen Beschlusses, im Sommer ein großes Schützenfest auf der Wiese an der Ecke Goldberg- und de-la-Chevallerie-Straße aufzuziehen. An dieser Stelle war an den Vorstand und seinen Vorsitzenden, den Stadtrat Schoiffer, die Frage gerichtet worden, wie man einen derartigen Beschluß mit der bitteren Not in Einklang bringen wolle, in der in Buer viele Tausende von Arbeitslosen mit ihren Angehörigen stecken, und ob man sich des aufreizenden Charakters eines derartigen Festes, das sich im Freien unter den Augen der hungernden Armut abspielen sollte, bewußt sei. Heute kann festgestellt werden, daß unsere scharfe Kritik zu dem Erfolge geführt hat, daß der ärztliche Vorstand in einer erneuten Sitzung einstimmig zu dem Beschlusse gekommen ist, von dem Fest in diesem Jahre Abstand zu nehmen. Wir nehmen von diesem von der Vernunft gebotenen Beschlusse mit Befriedigung Notiz. — Nur bei den Kriegervereinen, die in diesem Jahre in Horst ein großes dreitägiges Kreiskriegerverbandsfest mit allem dazu gehörendem Rummel halten wollen, erwartet man ähnliche Rückkehr zur Vernunft vergeblich — im Gegenteil, man regt sich in diesen Kreisen mächtig darüber auf, daß das bestehende Verbot von Veranstaltungen unter freiem Himmel auch den großen Rummel-Festzug unmöglich machen könnte. Dabei darf doch wohl ohne weiteres als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß das westische Polizeipräsidium unter keinen Umständen sich dazu bereitfinden könnte, einer derartigen Veranstaltung, die gerade im hiesigen Bezirk stets einen ausgesprochenen antirepublikanischen und reaktionären Charakter trägt, durch eine besondere Erlaubnis noch besondere Propagandamöglichkeiten zu schaffen, nachdem erst vor kurzem bei einer Kreisjugendveranstaltung des verfassungstreuen Reichsbanners jede Erlaubnis, die verfassungsmäßigen schwarzrotgoldenen Reichsfarben in einem Zuge der Oeffentlichkeit zu zeigen, rundweg abgeschlagen worden ist.

Zum halben Preise über den Kanal!

Das Reisebüro des Gelsenkirchener Verkehrsvereins (Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros GmbH.) teilt uns soeben mit, daß anläßlich der Ausstellung „Ideal Home" in London (24. März bis 17. April 1930) die bekannten 15tägigen Rückfahrkarten Vlissingen—London—Vlissingen auch während dieser Zeit eine rund 50prozentige Ermäßigung vorsehen und zur Rückfahrt überdies schon vom vierten Tage ab berechtigen, statt, wie sonst, vom achten Tage ab.

Aus der Mappe der Landeskriminalpolizei

Ein „feiner" Jagdaufseher und sein „kostbarer" Daumen. — Festnahme einer 15köpfigen Einbrecherbande.

In den letzten drei Jahren hatten sich in Metelen, Ochtrup und Schöppingen bei Familien, die miteinander verwandt waren, verschiedene Brände ereignet, die stets die Auszahlungen von hübschen Versicherungssummen zur Folge hatten. Als am 15. Februar dieses Jahres wiederum ein Brand in Schöppingen ausgebrochen war, nahmen sich die örtliche Polizei, die Landjägerei und die Staatsanwaltschaft der Sache an, und die Landeskriminalpolizeistelle Recklinghausen wurde mit der Klärung des Falles betraut. Deren Ermittlungen hatten alsbald das auffällige Ergebnis, daß bei den in Frage kommenden Bränden immer wieder dieselben Mobilien usw. „verbrannten", und daß die den betreffenden Feuerversicherungsanstalten eingereichten Verzeichnisse über die „verbrannten" Gegenstände fast genau miteinander übereinstimmten. Der Verdacht der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges richtete sich vor allem gegen den 40jährigen Jagdaufseher Johann Scholle aus Metelen, der in sämtlichen Fällen als beredter Wortführer seiner Verwandten den Feuerversicherungsanstalten gegenüber mit Erfolg aufgetreten war. Da es sich bei diesem um einen ganz gerissenen Burschen handelt, war es den Beamten der Landeskriminalpolizeistelle nicht leicht, das erforderliche Beweismaterial herbeizuschaffen. Doch Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Die mit der wertvollen Hilfe der Landjägereibeamten überraschend schnell vorgenommenen umfangreichen Haussuchungen förderten eine große Anzahl von Sachen zu Tage, die bei den Bränden als vernichtet angegeben worden waren. Insbesondere wurden **ganze Wohnungseinrichtungen wiedergefunden,** die vor den Bränden aus den abgebrannten Gebäuden herausgeschafft und später in neueingerichteten Wohnungen untergebracht worden waren. Längst „verbranntes" Mobilar, Betten, Haushaltungsgegenstände aller Art, Hirschgeweihe, Gewehre, Ferngläser usw. förderten die Durchsuchungen zu Tage. Scholle hatte es, nachdem er das nötige Mobilar usw. zu Spottpreisen von Pfandleihanstalten erworben hatte, meisterhaft verstanden, aus alten, ebenfalls zu niedrigen Preisen aufgekauften Ställen und Hütten geräumige 7-Zimmer-Wohnungen zu schaffen und sie hoch zu versichern. Gerade war er im Begriff, aus einem alten, zum Preise von 3000 RM angekauften Stalle eine Sieben-Zimmer-Wohnung einzurichten, als ihm die Polizei sein unsauberes „Handwerk" legte. Er wurde mit zwei nahen Verwandten, die Hand in Hand mit ihm „arbeiteten", hinter Schloß und Riegel gebracht.

Bemerkenswert ist, daß Scholle auch an fremde Personen herangetreten ist und sie zur Brandstiftung und zum Versicherungsbetrug zu verleiten versuchte. In einem Falle forderte er von einem Bekannten als Entschädigung für seinen „guten Rat" 50 Prozent der Versicherungssumme! Er hatte auch noch andere Helfershelfer in seinen Diensten, deren Festnahme bevorsteht. Allen Beteiligten wird es wenig nützen, daß sie nach der Festnahme des Scholle sich gegenseitig mit Autos besuchten, um sich rasch verständigen zu können. Die Polizei ist es der Sicherheit der Bevölkerung schuldig, hier rücksichtslos ganze Arbeit zu leisten. Die Versicherungsbetrügereien — es handelt sich in den einzelnen Fällen um Beträge bis zu 8000 RM — sind restlos aufgeklärt worden.

Weiter hat die Landeskriminalpolizei das Treiben des Scholle auch auf anderen Gebieten gründlich unter die Lupe genommen. Hierbei hat es sich herausgestellt, daß Scholle der von mehreren Jagdpächtern aus Essen, Rüttenscheid und Duisburg als Jagdaufseher im Kreise Burgsteinfurt angestellt war, diese Stellung dazu benutzte,

um planmäßig das Wild abzuschießen

und gegen Bezahlung nach Hamburg zu verschicken. Auch im Privatbesitz befindliche Hühner, Enten, Puten und Tauben wurden von ihm „erbeutet". Mit Scheinwerfern und Blendlaternen ausgerüstet, übte er mit seinen Kumpanen die Aasjägerei aus. Das hinderte den skrupellosen Burschen aber nicht, recht zahlreiche Anzeigen gegen andere Personen wegen Wilddieberei zu erstatten, damit er recht hohe Prämien von den Jagdpächtern beantragen konnte. Ueber manche dieser Anzeigen wird noch nicht das letzte Wort gesprochen sein, vielleicht auch nicht über die Erschießung eines angeblichen „Wilddiebes" durch Sch. Ob und inwieweit er sich in dieser Beziehung strafbar gemacht hat, muß der weitere Verlauf der Untersuchung ergeben.

Die weiteren Ermittlungen der Landjägereibeamten und der Landeskriminalpolizei führten zu der Feststellung, daß der Jagdaufseher Sch.

von seinen Freunden Jagdhunde totschießen ließ,

an die in Frage kommenden Versicherungsgesellschaften herantrat und dann regelmäßig hierfür ansehnliche Summen erhielt! U. a. ließ er sich von einem Freunde eine eidesstattliche Erklärung über die Erschießung seines Jagdhundes „Asta" geben. Hierfür zahlte die Versicherung prompt 900 RM an Sch. Dank der Fürsorge der Landeskriminalpolizei erfreut sich „Asta" aber heute noch ihres Lebens, denn sie ist in die Hände der Landeskriminalpolizei gelangt. Eine nahe Angehörige von Sch. wollte nach dessen Festnahme aus naheliegenden Gründen das Tier beseitigen und gab sie deshalb einem bekannten Manne nebst einer Pistole noch sechs Schuß zwecks Tötung mit. Dieser Tierfreund aber lief mit dem Hund den Beamten der Landeskriminalpolizeistelle, die auf der Lauer lagen, in die Arme.

Vor etwa drei Monaten machte der erfinderische Jagdaufseher die Entdeckung, daß er an der linken Hand

einen sehr wertvollen Daumen hatte.

Er täuschte einen Zusammenstoß mit Wilddieben vor, bei dem ihm der Daumen der linken Hand abgeschossen wurde. Er hatte sich zuvor bei verschiedenen Versicherungsgesellschaften zu insgesamt 150 000 RM gegen Unfall versichert. Der „abgeschossene" Daumen wurde von einer Versicherungsgesellschaft prompt mit 10 000 RM entschädigt, und zwei andere Gesellschaften zahlten insgesamt 400 Reichsmark. Eine andere Versicherungsgesellschaft sollte ihm 4000 Reichsmark gewähren. Diese aber zögerte und verlangte zunächst ein kreisärztliches Zeugnis, das natürlich von dem braven Jagdaufseher bis zur Stunde noch nicht beigebracht werden konnte.

Das umfangreiche Sündenregister ließ Sch. in der letzten Zeit keine Ruhe mehr; der Boden wurde ihm anscheinend zu heiß. Er bewarb sich daher an anderen Orten um eine Stelle. Glänzende Zeugnisse, die er selbst angefertigt hatte, legte er vor. Auf ganz raffinierte Art und Weise gelang es ihm, diese Zeugnisse mit einem Dienststempel zu versehen. So hatte er auch die Stempelkosten gespart und Zeugnisse nach seinem Geschmack erhalten.

Nun kann der raffinierte Brandstifter, Betrüger und Dieb hinter Schloß und Riegel über seine Heldentaten nachsinnen.

*

Einbrecher im Auto

Schon seit geraumer Zeit wurde das Münsterland von Einbrechern unsicher gemacht. So wurden in letzter Zeit besonders noch Warenhäuser in Freckenhorst, Neubeckum und anderen Orten heimgesucht. Nunmehr ist es in Verbindung mit der Kriminalpolizei in Dortmund und Essen und in enger Fühlung mit den örtlichen Polizeiverwaltungen und Landjägereistationen der Landeskriminalpolizeistelle Recklinghausen gelungen, **40 solcher Einbrüche zu klären und 15 Einbrecher festzunehmen.** In Dortmund und Essen sind große Lager an Diebesgut in die Hände der Polizei gefallen. Nach vier weiteren Einbrechern wird noch gefahndet. Die Festgenommenen stammen aus Gelsenkirchen-Buer, Bottrop, Essen, Dortmund und Luxemburg. Die Einbruchsdiebstähle sind von ihnen regelmäßig unter Benutzung von Autos ausgeführt worden, mit denen sie auch die erbeuteten Waren, Fahrräder usw. transportierten.

Heute abend um 20 Uhr, im kleinen Saal des Hans-Sachs-Hauses:

Vortrag des Genossen Dr. Honigsheim

Karten sind im August-Bebel-Haus zum Vorzugspreis von 30 Pfennig zu haben.

Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Stadtverordnetennachwahl

Auf Grund des Gemeindewahlgesetzes vom 24. Februar 1924 ist an Stelle des Stadtverordneten Schmiegelt, der sein Amt niedergelegt hat, der Lehrer Heinrich Buschsorth, Buer, Ottostraße 7, als gewähltes Mitglied zur Stadtverordnetenversammlung berufen worden.

Verhängnisvolle Verwechslung eines Signals

Auf einer Schachtanlage Westfalens hat sich unlängst folgender tödliche Unfall ereignet: Am oberen Anschlag eines zur Seilfahrt nicht zugelassenen Stapels war die eine Seite mit einem Schiebetor und die andere durch Eisenrundstäbe verschlossen, die an einer Querstange aufgehängt waren und durch eine zweite, 30 Zentimeter tiefer angebrachte Eisenquerstange am Einpendeln in das Schachtprofil gehindert wurden. Der Klang beim Anschlagen dieser Stangen an die untere Querstange ähnelte dem Klang der Signalplatte. Der Haspelführer, der selbst die Wagen auf- und abschob, glaubte, er habe beim Abschieben des vollen Wagens das Signal „Auf" bekommen, und setzte darauf die Körbe in Bewegung. In Wirklichkeit befand sich aber unten noch ein Mann auf dem Korb; er fiel aus dem fahrenden Korb in den Sumpf. Dieser war nur wenige Zentimeter tief und mit Kohlenklein gefüllt. Der Haspelführer erhielt sofort das Signal „Halt" und dann vermeintlich auch das Signal „Hängen", worauf er den Korb herunterließ und ihn unten in den Sumpf aufsetzte. Der Verletzte wurde dadurch nochmals erheblich gequetscht und starb an den Folgen der Verletzungen.

Die Ursache des Unfalls war einmal die Nichtbeiziehung der bergpolizeilichen Vorschrift, vor dem Betreten des Korbes „Halt" zu klopfen, und zweitens die Verwechslung des Klanges der Eisenstäbe beim Pendeln gegen die eiserne Querstange mit einem Signal. Verhindern läßt sich letzteres z. B. dadurch, daß der eisernen Querstange, die das Pendeln der Eisenstäbe in das Schachtprofil verhindern soll und natürlich wegen ihrer erhöhten Widerstandsfähigkeit aus Eisen bestehen muß, eine zweite Stange aus Holz vorgeschaltet wird, so daß beim Dagegenpendeln der senkrechten Eisenstangen kein ähnlicher Klang entsteht.

Die sozialistische Bewegung

Donnerstag dritter öffentlicher Vortragsabend.

Der dritte öffentliche Vortragsabend in der Reihe der von der Akademie für soziale Frauenarbeit beim Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Münster veranstalteten Vorträge findet bereits am Donnerstag dieser Woche (nicht, wie die beiden ersten Vorträge am Freitag) statt. Der bekannte Kölner Universitätsprofessor Dr. Honigsheim wird über „Die sozialistische Bewegung" sprechen.

Professor Dr. Honigsheim ist Schüler des großen Soziologen Max Weber. Er habilitierte sich an der Universität Köln für Soziologie und Sozialwissenschaften und war längere Zeit Assistent des Philosophen Max Scheler. Sein besonderes Interesse an den Volksbildungsbestrebungen und seine vorzüglichen Arbeiten auf dem Gebiete der Volksbildung und der Jugendführung wurden anerkannt in der Bestellung zum Direktor der Volkshochschulen in Köln. In diesem Amte ist er heute noch tätig.

Bekannt geworden in den Kreisen der Jugendbewegung und der Volksbildner ist Professor Honigsheim insbesondere durch seine führende Mitarbeit in der Freusberg-Arbeitsgemeinschaft. Seine wissenschaftlichen Arbeiten liegen auf soziologischem und pädagogischem Gebiet.

Knappschaftliches

Die Invaliden und Witwen, die im Bezirk der Zweigstelle Gelsenkirchen wohnen und den Beitrag zur Familienhilfe der Pensionskasse zahlen, werden darauf hingewiesen, daß der Umtausch der Ausweiskarten für die Familienhilfe in den Zahlterminen des Monats März erfolgt. Der Umtausch der bisherigen grauen oder blauen Karte gegen eine rote muß bis zum 15. März dieses Jahres erfolgt sein, weil die alten Ausweiskarten von genanntem Tage ab ungültig sind.

*

Die Rentenempfänger der Zahlstelle Bismarck 4 (Sprengel des Knappschaftsältesten Masanek) werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Rentenzahlung fortan für die Witwen schon um 3 und für die Invaliden um 3.30 Uhr nachmittags beginnt.

Straßenraub. Der Leiterin einer Lebensmittelfiliale auf der Bochumer Straße wurde auf dem Nachhausewege am 22. dieses Monats, gegen 21 Uhr, an der Ecke Bochumer und Rheinelbestraße eine braunlederne Aktentasche, welche sie unter dem Arm trug, von einem Mann entrissen. Der Täter ist hiernach durch die Rheinelbe- und Alleestraße davongelaufen und konnte unerkannt entkommen. Er wird wie folgt beschrieben: Groß und von schlanker Gestalt, etwa 20 bis 25 Jahre alt. Bekleidet war er mit einer blauen Jacke, grauen Hose und einer braunen Sportmütze. In der Aktentasche befanden sich eine braune Geldbörse ohne Inhalt und eine weiße Zierschürze. Angaben, die vertraulich behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei Gelsenkirchen, Wildenbruchstraße 11 bis 13, Zimmer 1 bis 12, entgegen.

Gesperrt! Wegen Instandsetzungsarbeiten am Ueberweg Essener Straße im Zuge der Reichsbahnstrecke Gelsenkirchen Hbf. —Gelsenkirchen-Schalke Süd wird dieser vom 1. bis 8. März 30 für den gesamten Verkehr gesperrt. Die Umleitung des Verkehrs erfolgt durch die Overweg-, Wittekindstraße, Zeppelinallee, Am Stadtgarten. Die Sperrung der Zeppelinallee wird für Sonntag, den 2. März 30 aufgehoben.

Feierschichten auf Holland. Am Dienstag wurde auf Zeche Holland wieder eine Feierschicht eingelegt. Als Grund wird Absatzmangel angegeben. Es ist dies die sechste Feierschicht in diesem Monat.

Wer ist bestohlen worden? Vor einiger Zeit ist aus einem in der Theresienstraße parkenden Auto der Anlasserschlüssel mit dem Zeichen 1198 P gestohlen worden. — Einige Tage später sind von einem vor dem Berliner Hof parkenden Auto ebenfalls sämtliche Anlasserschlüssel abgezogen worden. Hier handelt es sich um drei Schlüssel, von denen der größte „Croning" und die beiden anderen Schlüssel auf der einen Seite „Damm", auf der anderen „Tümmler 103 T" gezeichnet sind. — Bei einer anderen Gelegenheit wurde aus einem Auto, welches vor dem Hans-Sachs-Haus stand, eine Kiste mit 25 Zigarren entwendet. Die Zigarren sind großen Formats. Auf der Innenseite des Deckels befindet sich die Aufschrift „Martinez y Cia". Von diesen Sachen, die wieder herbeigeschafft werden konnten, sind die Eigentümer nicht bekannt, die deshalb gebeten werden, bei der Kriminalpolizei, Wildenbruchstraße 11 bis 13, Zimmer 6, vorzusprechen.

Buer

tödlicher Unglücksfall auf Scholven

Am Mittwochnachmittag ereignete sich beim Bau des neuen Kesselhauses ein schwerer Unfall. Ein Plattenleger, der mit Dachdeckerarbeiten beschäftigt war, stürzte ab. Er war sofort tot. Der Verunglückte wohnte in Dortmund und war verheiratet.

Tödlich verlaufener Verkehrsunfall

Am Dienstagnachmittag ereignete sich auf der Resser Straße am östlichen Ende des Stadtwaldes ein schwerer Verkehrsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Ein Auto der Firma Burgmer aus Gelsenkirchen, das von einem Mann gesteuert wurde, der nicht im Besitz eines Führerscheins war, fuhr gegen einen Straßenbahnmast. Der Anprall war so heftig, daß der Mast umschlug und die vorbeigehende 27jährige Hausangestellte Elise Lipich traf. Diese wurde mit schweren inneren Verletzungen in das Marienhospital Buer übergeführt, wo sie um 21 Uhr verstorben ist. Die Insassen des Autos kamen mit dem Schrecken davon. Das Auto wurde so schwer beschädigt, daß es abgeschleppt werden mußte. Die polizeilichen Ermittlungen in der Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen.

300 RM Belohnung ausgesetzt. Zu dem kürzlich verübten Raubüberfall auf den Kolonialwarenhändler Raschke im sogenannten Schievenfeld wird uns mitgeteilt, daß der Ueberfallene 100 RM Belohnung für die Ergreifung des Täters und 200 RM für die Wiederbeschaffung des Geldes ausgesetzt hat. Während des Vorfalls ist ein Radfahrer an der Ueberfallstelle vorbeigefahren, ohne anzuhalten. Dieser muß den Ueberfall bemerkt haben. Er wird dringend gebeten, sich zu melden, da er sicherlich wichtige Mitteilungen machen kann. Die Kenntnis auch wertlos erscheinender Einzelheiten des Verbrechens ist wichtig und kann zur Klärung beitragen. Wer zur Zeit des Ueberfalls oder auch nachher verdächtige Wahrnehmungen gemacht hat, möge sich bei der Polizei melden.

Zum Resser Raubüberfall. Tag und Nacht ist die Kriminalpolizei auf den Beinen, um den Raubüberfall auf den Kaufmann Raschke schnellstens aufzuklären. Bis jetzt haben sich die Personen, die angeblich am Tatort vorbeigekommen sein sollen, noch immer nicht gemeldet, und es ist der Kriminalpolizei bisher noch nicht gelungen, die Täter ausfindig zu machen. Die von den Tätern am Tatort verlorene Brille hat Gläser für zwei verschiedene Sehschärfen; sie stellt somit einen sehr wichtigen Anhaltspunkt in der Beweisführung der Täterschaft dar.

Immer wieder das Messer! Ein an der Katharinastraße in Hassel wohnhafter Bergmann R. L. befand sich am 23. dieses Monats mit einem Nachbarn in einer Wirtschaft B., hierselbst. Dort geriet er mit einem ihm unbekannten Manne in einen Wortwechsel. Als nun L. mit seinem Nachbarn die Wirtschaft gegen 2.30 Uhr verließ, folgte diesen der unbekannte Mann mit noch zwei weiteren Personen. Am Egerplatz erhielt nun L. von einer Person plötzlich einen Messerstich in den rechten Oberarm, während sein Nachbar zwei Stiche in den linken Unterarm erhielt.

Das K.-V.-Theater im neuen Gewand. Wer in den letzten Tagen im hiesigen K.-V.-Theater einkehrte, erlebte eine angenehme Ueberraschung. Man ist nämlich dazu übergegangen, den Vorraum, wo sich die Kassen befinden, das Foyer, die Wandelgänge, Nebenräume usw. mit einem modernen und überaus vornehm wirkenden Neuanstrich zu versehen. Gerade die gutgewählte Farbenzusammenstellung, hauptsächlich im Foyer und besonders in dem oberen Raum neben dem Innern des Gebäudes eine erhöhte Freundlichkeit. Die meist gedämpften Farbtöne sind durchaus geschmackvoll auf den ganzen Raum abgestimmt. Besonders hervorzuheben ist auch die Holzbemalung. Ebenso wurden an Türen und Fenstern der Anstrich erneuert. Erst jetzt sieht man so richtig, wie sich auch die Dekorationen und die Beleuchtung allenthalben gut ausmachen. Das Theater selbst hat wegen der noch nicht ganz ausgetrockneten Wandflächen vorerst noch keinen Neuanstrich erhalten können.

Buerscher Gerichtstag

Ein betrügerischer Mann

ist der Arbeiter Friedrich K. aus Holsterhausen, der sich wegen eines Absetzungsschwindels zu verantworten hatte. Eines Tages kam der Mann nach Buer und besah sich in einem Fahrradgeschäft die ausgestellten Räder. Alsdann suchte sich der Käufer zwei schöne Fahrräder aus und tätigte einen Kauf mit der Klausel, daß monatlich 10 RM auf die Räder abzuzahlen waren. Die neuen Räder hatten zusammen einen Wert von rund 210 RM. Als der Mann später die Ratenzahlungen schuldig blieb und die Fahrräder abgeholt werden sollten, bestritt er energisch, der Käufer gewesen zu sein. Es wurde aber einwandfrei von einem Schriftsachverständigen festgestellt, daß die geleistete Unterschrift unter dem Kaufvertrag von dem Angeklagten stammte. Er erhielt deshalb wegen Betruges eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Köln (227) und Langenberg (473).
Zwischensender: Aachen (453) und Münster (234).

Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.45: Leibesübungen ● 7: Schallplatten ● 10.15: Schallplatten ● 10.30: Wasserstände ● 12.10: Schallplatten ● 12.50: Wetter ● 12.55: Kauener Zeit. ● 15.30: Wirtschaftsberichte ● 16.25: Zweite Wirtschaftsmeldungen (außer Samstags) ● 18.50: Vom Tage (außer Sa.). ● 19: Wirtschaftsmeldungen und Wetter.

Donnerstag, 27. Febr. 9.30: Schulfunk ● 11.30: Schulfunk. ● 13.05: Konzert ● 15: Kinderspielstunde ● 16: Bücherstunde. ● 16.30: Mit dem Mikrophon durch eine große Berufsschule. ● 17.30: Kapelle Neuhausen: Dörna: Gruß in die Ferne — Riedel: Walzer aus „Polenblut" — Mendelssohn: Duo „Heimkehr aus der Fremde" — Blüthgen: Paraphrase über „Verbotener Gesang" — Kreutzer: Fantasie aus „Das Nachtlager in Granada" — Doorat: Humoreske — Neuhausen: „Laßt uns froh und munter sein", rhein. Lieder-Potp. — Auert: Marsch ● 18.30: Gutes Deutsch ● 19.15: Spanisch ● 19.40: Dr. Voigt: Das Mittelrheingebiet als Wirtschaftsraum ● 20: Alt-Kölner Karneval Funkenmarsch von 1824. — Herbst, herbst ihr Leute — Roesberg: Schnüss-Tring Chor. — F. X. M.: Zwei Raucher — Freien-Dorn: Kinderträtzcher — Bach-Weber: Kölsche Fastelovendstreud — Drei Büttenmärsche — Wuts: Die Kölner Schulterjungen — Gipporich: Evas Vogellang. — Schnorrenberg-Schmitz: Mer han Blöcer für dausend Mann — Räderscheidt-Blumenberg: Fastelovendsleedche — Berchem-Statz: Fastelovend — Eberle Hannemann: Mer sin vum Köln am Rhina. ● 21: Fastnachtsball.

Deutsche Welle (1635).

Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.35: Wetter für den Landwirt ● 7: Gymnastik ● 12.25: Wetter für den Landwirt (So. 12.50.) ● 12.55: Kauener Zeit. ● 14: Berlin: Schallplatten ● 15.30: Wetter, Börse.

Deutsche Welle. Donnerstag, 27. Febr. 9: Magistratsschulrat Kreuziger: Kinder in Not. — Wie hilft die Stadt Berlin? ● 9.30: Mit dem Mikrophon durch die Junkerswerke. ● 10.35: Mitteil. des Verb. der Preuß. Landgemeinden. ● 14.30: Jugendstunde: Im Schneesturm der Hohen Tauern. ● 15: Der Gemeinschaftsgedanke der Landschule. ● 15.45: Franziska Jordan: Frau und Persönlichkeit. ● 16: Min.-Rat Richert: Das Problem geschichtlicher Bildung. ● 16.30: Berlin: Konzert. ● 17.30: Min.-Rat Goslar: Staatliche Pressepolitik einst und jetzt. ● 17.55: Vergleichende Stiluntersuchungen in der Musik. ● 18.20: Musikeranekdoten. ● 18.40: Spanisch für Fortgeschr. ● 19.05: Dr. Krammer: Friedrich der Große und Voltaire. ● 19.30: Dr. Dryhal: Die Notwendigkeit der bäuerlichen Wirtschaftsberatung. ● 20: Aktuelle Abteilung. ● 20.15: Breslau: „Gedichte angeboten". Hörfolge von Anton Schnack. ● 21: Arnold Schönberg dirigiert seine Oper „Von heute auf morgen". ● Anschl.: Zeit, Wetter. ● Danach: Tanzmusik.

Warnung
vor der Vermessungsingenieurlaufbahn

Der preußische Finanzminister hat, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, die Regierungspräsidenten und den Präsidenten der preußischen Bau- und Finanzdirektion aufgefordert, die ihnen nachgeordneten Dienststellen, insbesondere die der Katasterverwaltung, soweit sie Einfluß auf die Berufswahl junger Anwärter haben, einer Ueberfüllung des Vermessungsingenieurberufs durch geeignete Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse vorzubeugen.

Die verschiedenen Zweige der Staats- und Kommunalverwaltung sowie die Wirtschaft in Preußen bieten gegenwärtig insgesamt höchstens 3300 Vermessungsingenieuren eine Lebensstellung. Diese Zahl wird sich künftig infolge der bedrängten Wirtschaftslage und der in allen Verwaltungen und Betrieben erforderlichen Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen eher vermindern, als vermehren. Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, den Zugang zu diesem Berufe nach Möglichkeit in den Grenzen zu halten, die dem tatsächlichen Bedarf entsprechen. Die seit dem Jahre 1920 um mehrere Jahre verlängerte Ausbildungs- und Studienzeit mußte naturgemäß einen vorübergehenden fühlbaren Mangel an geprüftem Nachwuchs auslösen. Dieser Mangel hat aber einen so großen Andrang zum Studium gezeitigt, daß die Zahl der Studierenden zur Zeit etwa 800 beträgt. Bei dem gegenwärtig noch großen Mangel an geprüftem Nachwuchs wird es diesen 800 Studierenden vielleicht nach langer Wartezeit noch gelingen, in ihrem Beruf eine Lebensstellung zu finden. Bleibt der Zugang zu der Laufbahn aber auf gleicher Höhe wie bisher, so wird später eine Ueberfüllung eintreten, die einen Teil der Vermessungsingenieure während des Studiums oder auch nach abgeleater Staatsprüfung zu einem Berufswechsel zwingt. Dem muß vorgebeugt werden.

Berechtigung zur Annahme der an eine Behörde gerichteten Schriftstücke

Nach ständiger Rechtsprechung ist eine Klagefrist nur dann gewahrt, wenn innerhalb ihres Laufes die Klage in den Verfügungsbereich der zuständigen Behörde, d. h. in die Hände nicht eines beliebigen, sondern eines zur Annahme befugten Beamten dieser Behörde gelangt. In dem zur Entscheidung stehenden Falle fragte es sich, ob der städtische Polizeioberinspektor K. als ein für die Entgegennahme des Schriftstücks zuständiger Beamter gelten konnte, was der beklagte Bürgermeister unter Hinweis auf die vom Magistrat veröffentlichten Bestimmungen ausdrücklich bestritten hat. Dieser Auffassung ist das Preußische Oberverwaltungsgericht, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, nicht beigetreten. Zwar wird im allgemeinen einer Behörde das Recht einzuräumen sein, von sich aus die Beamten zu bestimmen, die zum Empfange der an sie gerichteten Schriftstücke zuständig sein sollen, dadurch können aber nicht diejenigen Beamten ausgeschaltet werden, deren Zuständigkeit nach dem Aufbau der Behörde ohne weiteres und notwendig wenigstens dann als gegeben angesehen werden muß, wenn sie sich zur Annahme eines Schriftstücks bereitgefunden haben. Hat ein in der Regel als leitende Persönlichkeit eines Dienstzweiges bekannter Beamter ein in seinen Geschäftsbereich gehöriges Schriftstück angenommen, so ist es damit in die Verfügungsgewalt der Behörde gelangt, ohne daß es darauf ankommt, ob die Behörde dem Beamten neben anderen als einen zum Empfang zuständigen Beamten bestimmt und öffentlich benannt hat. Da in dem vorliegenden Falle die Klage von dem Polizeioberinspektor K. entgegengenommen wurde, ist sie rechtzeitig in die Verfügungsgewalt der zuständigen Behörde gelangt.

Theater / Musik

Heute (Donnerstag)

gibt das Düsseldorfer Schauspielhaus in der Schauburg Buer als Vermietegastspiel „Wallensteins Tod". Beginn der Vorstellung 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr. Tageskarten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Rathaus Buer (Zimmer 17), Arnhold (Buer), Urbanusbuchhandlung (Buer), bei den Verkehrsvereinen Buer und Horst, Volmer (Herten), Overmeyer (Dorsten) und an der Abendkasse.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille" Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.

Tanzabend Hannah Spohr

Hannah Spohr, die ehemalige Tanz-Regisseurin der Städtischen Bühnen in Dortmund, veranstaltete mit ihrer Tanzgruppe einen eigenen Abend im Sängerheim, Dortmund, dessen außerordentlicher Erfolg Fragen der Personalpolitik des Intendanten Giell der Städtischen Bühnen Dortmund aufwerfen läßt, deren Erörterung an dieser Stelle jedoch nicht erfolgen soll. Hannah Spohr ist zweifellos nicht nur eine außerordentlich starke Begabung, eine eminente Könnerin, sondern eine tanzbesessene Persönlichkeit von schöpferischen Ideen. Sie spürt den Dingen nach und geht, körperlich begnadet, ausgestattet mit dem Rüstzeug der souveränen Beherrschung der tänzerischen Technik, ihren Weg bis zu Ende. So offenbart hier Wille und Können ein absolut ehrliches, durchsichtiges System. Verzicht auf unechte Theatralik, auf unklare, nichtssagende Attribute, überragenden mimischen Zierrat, naiv-groteske Einfälle, hinter denen sich immer Ideenlosigkeit verbirgt, ist charakteristisch für die hochkultivierte Kunst der Spohr, die sich zu einer Pädagogin par excellence entwickelt hat. In den Leistungen ihrer Gruppe manifestiert sich die impulsive Kunst des Ausdrucks der Meisterin, die Leidenschaftlichkeit ihrer Empfindungssprache, ihre improvisatorische Phantasie. Der demonstrative Erfolg dieses Abends verpflichtet Künstlerin und Publikum.

my

Filmschau

Apollo-Theater.

„Das prämiierte Brautkleid." Im Besitze der bekannten Filmschauspielerin Maria Corda befindet sich ein Brautkleid, das vor kurzem bei einer Modekonkurrenz den ersten Preis erhalten hat. Dieses Kleid hat die Besonderheit, daß es von Harry Liedtke entworfen worden ist, der sich in dem Film „Die Kopflosen Vier", welcher ab morgen (Freitag) im Apollo-Theater zur Aufführung gelangt, dem Berufe eines Modezeichners gewidmet hat. Die Handlung beginnt in einem internationalen Hotel in Baden-Baden und setzt sich fort in von hübschen Manequins bevölkerten Modesalons der Weltstadt. Es wird hier in 8 lustigen Akten der erbitterte Konkurrenzkampf zweier Modehäuser geschildert, der aber mit der Heirat der feindlichen Rivalen ein glückliches Ende findet. — Außerdem läuft noch eine der erfolgreichsten Filmkomödien der Saison: **„Die fidele Herrenpartie".** Fritz Kampers und Hermann Picha als Urberliner [illegible] erzielen [illegible]erende Wirkungen erzielen. In einer Liebesaffäre mit ernstem Unterton sind Maria Paudler und Walter Rilla zu sehen. Anläßlich der Uraufführung schrieb die Berliner Presse: „Eine ganz famose Sache . . . eine Fülle von Ausgelassenheit und volkstümlichem Humor . . . es gab fortgesetzt Lachsalven und zum Schluß Beifall ohne Ende."

•

Industrie-Kino.

Ab morgen wieder ein Riesenprogramm! Der große volkstümliche Schlager nach dem von Millionen gesungenen Lied von Walter Kollo: „Was eine Frau im Frühling träumt." Ein Film des Herzens, der Liebe, Pikanterie und Laune in 7 prachtvollen Akten. Das ist der Film, nach dem man sich sehnt. Hier geschieht endlich einmal alles zu unseres Herzens Zufriedenheit, wenn eine kleine Stenotypistin in einem Preisausschreiben 1000 RM und eine Frühlingsreise nach Nizza gewinnt und dabei unter die Filmleute gerät und ein großer Star wird. — Marcella Albani und Werner Fütterer in einem packenden Kriminal- und Gesellschaftsfilm: „Die Flucht der Delia." 7 Akte voll raffinierter Spannung und außergewöhnlichem Reichtum des Milieus. Paris, die Stadt der Liebe, Indien, an Bord eines Ozeanriesen — das sind die Schauplätze der bewegten Handlung. Farbige Szenen eines Künstlerfestes, eines mondänen Nachtlokals, einer Luxusbar im internationalen Hotel vermitteln das Leben der großen Welt. — Harry Piel, der Liebling aller, in „Der rätselhafte Klub". Ein geheimnisvoll-spannendes Abenteuer des Meisters der Sensationen. Wer sieht nicht Harry Piel gern! Immer zwingt er uns durch seine Waghalsigkeit und seine sensationellen Erlebnisse Bewunderung ab. Unvergleichlich und turmhoch steht Harry Piel über allen anderen Darstellern. — „Joe Rock als Krankenschwester", eine tolle Groteske.

•

Capitol-Theater.

Morgen (Freitag) bringt das Theater den großen Sensationsfilm: „Das verschwundene Testament." Ein 100prozentiger Publikumsreißer! Der Regisseur Rudolf Randolf hat als Milieu den Hamburger Hafen und ein Vergnügungslokal gewählt. Im Hafen wacht das Verbrechen auf geheimnisvollen Luxusschiffen und in dreckigen Dampfbooten. Ueberall lauern Feinde auf den Helden, überall werden sie mittelst Kinnhaken erledigt und zu einem unfreiwilligen Bade in der Elbe eingeladen. Für Carlo ist kein Takelwerk zu schwankend, kein Schornstein zu hoch, kein Sprung zu gewagt. Nicht nur zu Wasser übt er seine Kunst, er liefert auch die üblichen Lachpassagen, springt auf fahrende Autos, läßt sich an Balkons 5 Stockwerke hinab und benutzt sämtliche Mauervorsprünge und Logenbrüstungen der Alhambra zu artistischen Uebungen. Die Polizei schaut mit Ruhe zu, wie er jeweilig entwischt, den Revolver läßt sie hübsch in der Tasche und kriegt doch zum Schluß den wahren Schurken. Neben Carlo der herrliche Siegfried Arno Hans Junkermann gibt einen leicht strauchelnden, angetrotteln Adligen, Julie Serda mit Würde seine Gattin. Technisch ist der Film eine Meisterleistung. — Hierzu ein weiterer Großfilm: „Der Kampf um die Frau." 6 spannende, sensationelle Akte aus der Großstadt. Liebe, Verleumdung und Intrigen kämpfen gegeneinander, bis zuletzt doch die Liebe den Sieg erringt und alles in letzter Minute zum Guten wendet. — Hierzu noch ein heiteres Zweiakter-Lustspiel, die neueste Deulig-Wochenschau und ein hochinteressanter Kulturfilm. — Anfang täglich 3 Uhr, Sonntags 2 Uhr, letzte Vorstellung 8 Uhr.

•

Tivoli-Lichtspiele, Arminstraße 14-16.

Ab morgen (Freitag) bringen die Tivoli-Lichtspiele drei Filme und eine Bühnenschau, ein Programm, das qualitativ und quantitativ nicht zu überbieten sein dürfte. An erster Stelle steht Charlie Chaplins Großfilm: „Abenteuer." Einen Film von solch durchschlagender Lustigkeit hat Gelsenkirchen schon lange nicht mehr gesehen. Chaplin leistet in diesem Film Uebermenschliches, und seine Taten sind so ungeheuer und so natürlich, daß die Lachstürme kein Ende nehmen werden. Wer also über Fasching herzlich lachen will, versäume den Spielplan der Tivoli-Lichtspiele nicht. — Als zweiter Film gelangt der große Erfolgsfilm „Der Leutnant Ihrer Majestät" zur Aufführung. Eine Skandalgeschichte aus dem früheren zaristischen Rußland. Schöne Landschaftsbilder machen im Verein mit den bemerkenswerten schauspielerischen Leistungen dieses Filmwerk zu einem eindrucksvollen Erlebnis. — Der dritte Hauptfilm: „Helden der Prärie", ein echtes Wildwest-Sensationsdrama mit dem berühmten Cowboy Jack Hoxie, zeigt uns einen Kampf auf Leben und Tod.

Auf der Bühne gastiert die The Two Sparrows in einem amerikanischen Exzentrikakt und Mister Sparrond in der komischen Charli-Chaplin-Maske. Sparrond ist in Gelsenkirchen kein Unbekannter mehr, war er doch vor Jahresfrist bereits Gast der Tivoli-Lichtspiele und anschließend mehrere Monate im Prater in Essen. Lustspiel und Kulturfilm ergänzen das ausgezeichnete Programm aufs beste, so daß nur jedermann empfohlen werden kann, seine Sorgen zu vergessen und sich einige unterhaltende Stunden in den Tivoli-Lichtspielen zu gönnen.

Nr. 49. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 27. Februar 1930.

Schonzeit für Birkwild

In Jagdkreisen ist mehrfach behauptet worden, Birkwild dürfe jetzt auch vom 1. April bis 15. Mai 1930 geschossen werden. Diese Annahme ist unrichtig. Birkwild darf im Regierungsbezirk Münster in der Zeit vom 1. April bis 15. Mai 1930 nicht erlegt werden. Die Regierungspolizeiverordnung über Birkwild vom 2. August 1928 (Amtsbl. S. 68) besteht weiter. Sie ist durch die Tier- und Pflanzenschutzverordnung vom 16. Dezember 1929 nicht aufgehoben. Dagegen läuft die Regierungspolizeiverordnung vom 2. August 1928 mit dem 1. Oktober 1930 ab, von da ab gelten noch die Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 6. Dezember 1929.

12 Millionen RM Defizit im Haushalt der Stadt Köln

Nach einer jetzt erschienenen Denkschrift der Verwaltung über die Finanzlage der Stadt Köln ist für das am 31. 3. 1930 abschließende Haushaltsjahr ein Fehlbetrag von 11 838 000 RM zu erwarten. Dieses Defizit ist in erster Linie auf die Steigerung des Zuschußbedarfs für die Wohlfahrtspflege zurückzuführen, der gegenüber 5 333 700 RM im letzten Vorkriegsjahr im laufenden Jahr auf 60 178 800 RM steigen wird. Zur Deckung des Fehlbetrages schlägt die Stadt als einzige Ausgleichsmöglichkeit eine Erhöhung der Realsteuer vor, und zwar der Gewerbeertragssteuer von 525 Prozent um 75 Prozent auf 600 Prozent, der Gewerbekapitalsteuer von 1275 Prozent um 525 Prozent auf 1800 Prozent und der Grundvermögenssteuer von 250 Prozent um 50 Prozent auf 300 Prozent. Durch diese Erhöhung würden 6 775 000 RM Mehreinnahmen erzielt werden. Der verbleibende Rest des Defizits soll auf die Rechnungsjahre 1931 und 1932 übertragen werden. Im Gegensatz zu der haushaltsplanmäßigen Lage hat sich die Vermögenslage der Stadt Köln verhältnismäßig günstig entwickelt. Das Gesamtaktivvermögen der Stadt betrug nach dem Stande vom 31. 12. 1929 rund 926 126 000 RM, dem zum gleichen Zeitpunkt eine Gesamtverschuldung von rund 356 689 000 RM gegenüberstand. Am 31. 12. 1929 stellte sich die gesamte Darlehnsschuld auf rund 354 391 000 Reichsmark und die gesamte Verschuldung betrug 38,5 v. H. des gesamten Aktivvermögens.

Klagen über die Wirtschaftsführung der Krankenkassen

In einer Kleinen Anfrage eines deutschnationalen Landtagsabgeordneten wurde die Behauptung aufgegriffen, daß die Krankenkassen aus dem Vollen wirtschaften, während die Wirtschaft Not leide und durch eine Reihe von Beispielen gestützt, die Zeitungsmeldungen entnommen waren, wie z. B. auf 40 000 Aerzte in Deutschland kämen 27 000 Krankenkassenbeamte; es würden prunkvolle Verwaltungsgebäude errichtet für mehrere Millionen RM, es würden herrschaftliche Erholungsheime erworben u. a. m. Das Staatsministerium wurde gefragt, was es zu tun gedenke, um auch bei den Krankenkassen die Sparsamkeit zu erreichen, welche die Notlage der Wirtschaft erfordere. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des Ministers für Volkswohlfahrt entnimmt, sind die Klagen aus Wirtschaftskreisen über die sozialen Lasten der Staatsregierung bekannt und bereits seit dem Bestehen der Sozialversicherung laut geworden. Ohne ausreichende Mittel kann aber die notwendige soziale Fürsorge, die auch im Interesse der Wirtschaft gelegen ist, nicht geleistet werden. Zu besonderen Maßnahmen hat die Staatsregierung zur Zeit keine Veranlassung. Da die Staatsregierung eine sparsame Verwendung der Kassenmittel entschieden für geboten hält, werden Beschwerden über die Geschäftsführung der Krankenkassen — insbesondere auch solche über den Bau angeblich prunkvoller Verwaltungsgebäude usw. — regelmäßig auf ihre Berechtigung geprüft.

Dabei haben sich jedoch diese Beschwerden bisher immer als ungerechtfertigt erwiesen.

Verlängerung der Gewerbesteuerverordnung auf ein Jahr

Da anzunehmen ist, daß der seit längerer Zeit dem Reichstage vorliegende Gewerbesteuerrahmengesetzentwurf im Laufe dieses Jahres verabschiedet werden wird und die Veranlagung zur Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1931 nach den Bestimmungen dieses Gesetzes erfolgen wird, erscheint es angezeigt, die Gewerbesteuerverordnung, deren Geltungsdauer mit dem 31. März 1930 abläuft, auf ein weiteres Jahr unverändert zu verlängern. Die zuständigen Minister haben dementsprechend einen Gesetzentwurf über die Regelung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1930 dem Staatsrat zur gutachtlichen Aeußerung zugeleitet. Jedoch ist mit Rücksicht auf das Gesetz zur Aenderung des Einkommensteuer- und Körperschaftssteuergesetzes vom 29. Juni 1929, das unter gewissen Voraussetzungen die Anrechnung des sogenannten Verlustvortrages vorsieht, eine Entscheidung über die Frage, ob und in welchem Umfange sich die Vorschrift des Reichsgesetzes auf die Ermittelung des Ertrages auswirkt, nicht zu umgehen.

Der Artikel 1 des neuen Gesetzentwurfes paßt daher den „Verlustvortrag" der Einkommensteuer durch die Einführung des Begriffs „Gewerbeverlust" der Gewerbesteuer an. Er weicht aber in zwei Beziehungen von der Einkommensteuerregelung bewußt ab: Die Vorschrift des § 15, Abs. 1, Nr. 4, ist nur anzuwenden bei Steuerpflichtigen, die Bücher führen; ferner ist der Verlustvortrag nur insoweit zu berücksichtigen, als der Gewinn des nachfolgenden Jahres zur Beseitigung des Verlustes verwendet worden ist. Von beiden Voraussetzungen sieht der Entwurf ab.

Sechster staatlicher Lehrgang für Volks- und Jugendmusikpflege

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, beginnt am 1. April 1930 an der Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin ein sechster staatlicher Lehrgang für Volks- und Jugendmusikpflege, dessen Ziel es ist, Lehrkräfte für die besonderen Gegenwartsaufgaben der Musikpflege in Schule und Kindergarten, Privatmusikunterricht und Volkserziehung zu schulen. Die Leitung des Lehrgangs liegt in den Händen von Prof. Fritz Jöde. Der Unterricht erstreckt sich auf allgemeine und Schulmusikpädagogik einschließlich praktischer Uebungen mit Kindern, Musikgeschichte, Musiktheorie, Stimmbildung und Sprecherziehung und findet seine Zusammenfassung in einem Sing- und Spielkreis aller Teilnehmer. Für Kindergärtnerinnen sind besondere Klassen von Kleinkindern für die praktischen Uebungen zur Verfügung, ebenso besondere Methodikstunden.

Der Kursus dauert von April 1930 bis März 1931 und findet an vier Nachmittagen der Woche statt. Die Gebühr beträgt für das ganze Jahr 100 RM, die auf besonderen Antrag auch ratenweise eingezahlt werden können. Anmeldungen unter Beifügung eines Lebenslaufs und Angabe der musikalischen Vorbildung sind bis zum 1. März an die Akademie für Kirchen- und Schulmusik, Charlottenburg, Luisenplatz (Schloß), zu Händen von Prof. Fritz Jöde, zu richten.

Vom alten Landgendarm zum modernen Landjägereibeamten

Das Regierungspräsidium Münster schreibt:

Die alte preußische Landgendarmerie war militärisch aufgebaut. Ihre durchweg dem Heere entnommenen Mitglieder waren Angehörige des Soldatenstandes. Polizeilich wurden sie auf den Gendarmerieschulen ausgebildet. Nach Besuch eines weiteren Lehrganges konnten ältere und besonders bewährte Gendarmen zu Oberwachtmeistern befördert werden. Als solche hatten sie unter verantwortlicher Aufsicht der Gendarmerie-Offiziere die jüngeren Gendarmen eines oder mehrerer Landkreise fortzubilden. Diese Dienstlaufbahn und Ausbildung der Landgendarmen hatte sich bis zum Kriegsende gut bewährt. Da die Beibehaltung eines verstärkten staatlichen Polizeiorgans auf dem Lande sich nach der Staatsumwälzung als besonders notwendig erwies, mußte die Landgendarmerie den veränderten Verhältnissen entsprechend in eine ausschließlich nach polizeilichen Erfordernissen aufgebaute Landjägerei umgewandelt werden. Damit wurde es notwendig, auch die Ergänzung, Dienstlaufbahn und Ausbildung der Landjäger neu zu regeln und dem Aufbau der Polizei anzupassen.

Der Landjäger ist Schutz-, Kriminal- und Verwaltungspolizeibeamter in einer Person, der zudem seinen Dienst in der Regel allein zu verrichten hat. Seine Aufgaben sind vielseitiger und oft auch schwieriger als diejenigen, die der großstädtische Polizeibeamte in seinem gewiß nicht leichten Vollzugsdienst zu versehen hat. Man muß sich nur vor Augen halten, daß der einzelne Landjäger auf seinen Dienstgängen jederzeit vor alle Fragen des Straf- und Strafprozeßrechtes sowie des gesamten Polizeirechtes, wie Sicherheits-, Ordnungs-, Gesundheits-, Veterinär-, Wege-, Wasser-, Feld-, Jagd-, Fischerei-, Gewerbe-, Bau- und Feuerpolizei gestellt werden kann, daß er sofort ohne Möglichkeit vorheriger Rücksprache mit Vorgesetzten oder Kameraden wichtige Entscheidungen treffen muß, und daß er oft ganz allein mit rücksichtslosen Verbrechern zusammenstößt.

Nicht weniger als 100 Landjäger sind in den letzten zehn Jahren in Preußen durch Verbrecherhand und 50 durch Unglücksfälle getötet worden, während über 800 verwundet oder verletzt worden sind. Diese Zahlen lassen neben einem hohen Maß von Pflichterfüllung die erheblichen Gefahren des Landjägereidienstes und den bitter notwendigen Schutz des flachen Landes erkennen.

Die schwierigen und vielseitigen Aufgaben, die sich notwendigerweise aus der Wahrnehmung des gesamten Polizeivollzugsdienstes auf dem Lande ergeben, zeigen, daß hierfür nur besonders ausgesuchte und ausgebildete Polizeibeamte geeignet sind. Damit werden der Ergänzung, Dienstlaufbahn und Ausbildung der Landjägereibeamten die neuen Wege gewiesen. Wie bei der gesamten Neuordnung der Landjägerei wurde auch hier nach Möglichkeit an altbewährte Einrichtungen der früheren preußischen Landgendarmerie angeknüpft.

Wir unterscheiden Landjägeroffiziere und Landjägereibeamte bis einschl. Oberlandjägermeister, d. h. Anwärter der Landjägerei (Landjäger), Oberlandjäger, Landjägermeister und Oberlandjägermeister. Indessen sind die Grenzen zwischen den beiden genannten Hauptgruppen hinsichtlich Besoldung und Dienststellung keineswegs scharf gezogen. Die in der Nachkriegszeit geschaffenen Stellen der Regierungs- und Landjäger-Räte bei den Regierungen sind vor einigen Jahren in Landjägeroffizierstellen umgewandelt worden.

Eingangsstellen für die Landjägereibeamten bis zum Oberlandjägermeister einschließlich sind die Stellen der Oberlandjäger. Sie werden mit Anwärtern besetzt. Als solche werden einberufen Polizeiwachtmeister der Schutzpolizei mit einer Mindestdienstzeit von acht Jahren und Versorgungsanwärter, die aus der Schutzpolizei oder aus dem Reichswasserschutz hervorgegangen sind. Versorgungsanwärter aus der Wehrmacht, die bis vor wenigen Jahren noch eingestellt wurden, können in Rücksicht auf die große Zahl der noch unterzubringenden Versorgungsanwärter aus der Schutzpolizei zur Zeit nicht mehr einberufen werden. Dagegen werden für eine Uebergangszeit noch Schutzpolizeibeamte mit einer Dienstzeit von 11¾ Jahren eingestellt.

Die Einberufung erfolgt auf Probe. Während dieser Zeit können die Anwärter bei mangelnder Eignung oder auf eigenen Wunsch wieder entlassen werden. Ihre besondere Eignung und Befähigung müssen die Anwärter, abgesehen vom praktischen Dienst noch auf einem viermonatigen Lehrgang bei einer Landjägereischule nachweisen. Nach erfolgreichem Schulbesuch und abgeleisteter Probedienstzeit werden die Anwärter planmäßig als Beamte auf Lebenszeit angestellt.

Nach einem Zeitraum von etwa 10 Jahren können die Oberlandjäger zu Landjägereimeistern nach Maßgabe freier Stellen befördert werden. Besonders tüchtige Oberlandjäger und Landjägermeister können nach zwei weiteren Prüfungen in freie Oberlandjägermeisterstellen einberufen werden. Ihre Beförderung erfolgt auch hier erst nach Ablauf einer halbjährigen Probezeit.

Nur wenige Landjägereibeamte können in die an Zahl geringen Stellen der Landjägeroffiziere aufrücken. Hierzu ist eine besondere Prüfung auf der höheren Polizeischule in Eiche bei Potsdam abzulegen. Anschließend werden die Beamten zu Landjäger-Oberleutnants befördert.

Im übrigen ergänzen sich die Landjägeroffiziere aus den Polizeioffizieren. Polizei-Oberleutnants können auf eigenen Wunsch probeweise zur Landjägerei einberufen und bei entsprechender Eignung hier endgültig übernommen werden. Die Stellen der höheren Landjägeroffiziere werden in der Regel durch Beförderung geeigneter Landjägeroffiziere des nächstniederen Dienstgrades besetzt. Die Eingangsstellen für die Landjägeroffiziere bilden die Landjägeroberleutnantsstellen.

Im ganzen sind 175 Landjägeroffiziersstellen bei rund 8800 sonstigen Landjägerstellen vorhanden.

Die Ausbildung der Anwärter für den besonderen Dienst als Landjäger erfolgt, abgesehen vom praktischen Dienst in der Probezeit, auf den Landjägerschulen Einbeck, Wohlau und Allenstein. Auf den beiden erstgenannten Schulen finden außerdem besondere Lehrgänge zur Ausbildung der Oberlandjägermeister-Anwärter statt. Daneben werden zur kriminalistischen Fortbildung der Landjägerbeamten noch Sonderlehrgänge bei den Landeskriminalpolizeistellen und beim Landeskriminalpolizeiamt in Berlin abgehalten. Weiterhin finden noch Sonderlehrgänge statt: Für Kraftwagenführer der Landjägerei am Polizeiinstitut für Technik und Verkehr in Berlin und für Diensthundeführer bei der Staatlichen Zucht- und Abrichtungs-Anstalt für Polizeihunde in Grünheide bei Berlin.

Zur ständigen Weiterbildung der Beamten finden monatlich einmal unter Leitung der Landräte Dienstversammlungen für sämtliche Landjägereibeamte eines Kreises statt, in denen die Beamten in ihrem beruflichen Wissen, in der Staatsbürgerkunde, in der Körperschulung und im Waffen- und Schießdienst unterwiesen werden. Ferner werden in fast sämtlichen Kreisen die Beamten innerhalb ihrer Landjägerämter zu Vorträgen und Besprechungen sowie praktischen Uebungen im Kriminaldienst monatlich zusammengezogen.

Die Landjäger-Inspektionsbeamten nehmen nach Möglichkeit an sämtlichen Dienstversammlungen der Beamten teil, um auf eine einheitliche Ausbildung und Verwendung der Landjägereibeamten hinzuwirken.

Dank der grundlegenden Neuordnung der Landjägerei und der vermehrten Aus- und Fortbildung, sowie der Neuregelung der Dienstlaufbahn geht durch die gesamte Preußische Landjägerei ein frischer und dienstfreudiger Geist, der dafür bürgt, daß die neue Landjägerei, getragen von Pflichttreue und Kameradschaft, eine feste zuverlässige Stütze des Staates und dem flachen Lande und einen starken Schutz der Landbevölkerung bildet!

Das Vorfahrtsrecht der Straßenbahn

Endgültige Regelung steht bevor.

In diesen Tagen hielten die sachverständigen Vertreter der Straßenbahner, Kraftfahrer und Transportarbeiter in Berlin eine Konferenz ab, die sich sehr eingehend mit den immer mehr in den Vordergrund tretenden Problemen der Ordnung und Sicherheit des Straßenverkehrs beschäftigte. Das Ergebnis dieser Aussprache ist dahin zusammenzufassen, daß an der Forderung auf Schaffung einer einheitlichen Reichsverkehrsordnung unbedingt festgehalten werden soll. Ein unbedingtes Vorfahrtsrecht für ein bestimmtes Verkehrsmittel lehnte die Konferenz im Hinblick auf die Entwicklung des modernen Straßenverkehrs ab und wünschte auch nicht seine Wiedereinführung. Zur weiteren Sicherung des Straßenverkehrs seien die Bau- und Betriebsvorschriften für die Straßenbahnen dahin zu ergänzen, daß die Triebwagen der Straßenbahnen mit optischen oder mechanischen Fahrtrichtungsanzeigern ausgestattet werden müßten, damit die Aenderung der Fahrtrichtung den übrigen Wegebenutzern erkennbar gemacht werden kann.

Im Hinblick auf die Forderungen der Berliner Konferenz dürften nachstehende Ausführungen Interesse finden, die zusammenfassend den **augenblicklichen Stand des Kampfes um das Vorfahrtsrecht der Straßenbahn** geben und in denen sowohl Argumente der Straßenbahner, als auch der Motorfahrer kurz gestreift werden:

Das Vorfahrtsrecht der Straßenbahn, das nach älteren gesetzlichen Regelungen noch heute besteht, ist seit langer Zeit zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. Die Automobilfahrer fanden die Unterstützung der Verkehrsaufsichtsbehörden, weil eine einheitliche Regelung der Verkehrsvorschriften für den Straßenverkehr durch dieses Sonderrecht der Schienenbahn unmöglich war. Die Verbände der Straßenbenutzer, vor allem der Verband deutscher Verkehrsverwaltungen, haben in dieser Angelegenheit zahlreiche Schritte bei den Reichs- und Staatsministerien unternommen, die zur Folge hatten, daß sich die Verkehrsverantwortlichen ernsthaft mit der Regelung dieser Frage beschäftigen. Es ist damit zu rechnen, daß sich die **endgültige Entscheidung nur noch sehr kurze Zeit hinzieht.** Bei dem Schlußkampf um die reichsgesetzliche Regelung verlangen die Verbände der Automobilfahrer eine **Einpassung der Straßenbahn in die allgemeinen Verkehrsvorschriften**, deren Wert durch eine solche Ausnahme sehr gemindert würde. Die Straßenbahnverwaltungen behaupten dagegen, daß den Schienenbahnen die Einhaltung des Fahrplans beim Fortfall des Vorfahrtsrechtes unmöglich wäre.

Es ist nicht zu verkennen, daß sich hier Argumente gegenüberstehen, die die Sicherheit des Straßenverkehrs und die wirtschaftlichen Beziehungen des Verkehrs vertreten. Die gesamte Verkehrsregelung bisheriger Art steht unter dem Gesichtspunkt, daß die **Wirtschaftlichkeit des Verkehrs zurückstehen muß hinter der Sicherheit.** Im Gegensatz zu dieser einfachen Folgerung aus der Verkehrsregelung steht die Neigung beim Verkehrsministerium, den Forderungen der Straßenbahnen das Uebergewicht anzuerkennen. Ob aber durch eine Entscheidung in diesem Sinne der alte Streit um das Vorfahrtsrecht der Straßenbahn endgültig begraben sein wird, ist zu bezweifeln!

Interessante Zahlen aus Stadt und Land

Der Preußische Landkreistag hat eine Erhebung über die finanzielle Auswirkung der direkten Kreissteuer veranstaltet. In den Nr. 3 und 4 der „Zeitschrift für Selbstverwaltung" ist ein Artikel erschienen „Die direkte Kreissteuer in den preußischen Landkreisen und ihre finanzielle Auswirkung". Der Artikel enthält eine Reihe interessanter Tabellen, in denen zum ersten Male festgestellt wird, wie hoch die Grundbeträge der einzelnen Maßstabssteuern sind und wie sie sich auf das platte Land und die kreisangehörigen Städte verteilen. Die ganze Berechnung ist abgestellt auf das Jahr 1928, wo der Gesamtbetrag der Kreissteuer aller Kreise 145 Millionen betrug. Sechs rheinische Kreise erheben überhaupt keine Kreissteuer. Der Durchschnitt der Hundertsätze, in denen die Kreissteuer zu den Ueberweisungen erhoben wird, liegt bei 40,7 Prozent. Den niedrigsten Satz hat die Rheinprovinz mit 19,1, den höchsten Pommern mit 56,3. Bei der Grundvermögenssteuer beträgt der Durchschnitt 58,32, am niedrigsten in der Rheinprovinz mit 29,2, am höchsten Ostpreußen mit 107,3. Bei einem Gewerbesteuersatz von 57,55 hat die Rheinprovinz mit 29,0 den niedrigsten, Ostpreußen mit 103,6 den höchsten Satz. Die Grundbeträge der Ueberweisungen und Realsteuern verteilen sich auf das platte Land und die kreisangehörigen Städte wie folgt:

Einkommensteuer: 160 Millionen, davon auf dem platten Lande 60 Prozent;

Körperschaftssteuer: 28,7 Millionen, davon auf dem platten Lande 60,8 Prozent;

Grundvermögenssteuer: 123,6 Millionen; davon auf dem platten Lande 77,5 Prozent;

Gewerbesteuer: 25,4 Millionen, davon auf dem platten Lande 50,7 Prozent.

Die Tabellen sind das Resultat einer außerordentlich exakten und fleißigen Arbeit. Sie zeigen neben dem Gesamtdurchschnitt für Preußen die absoluten Beträge und den Anteil des platten Landes für die Landkreise der einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke. Von den Grundbeträgen sämtlicher Maßstabsteuern liegen 65,7 Prozent auf dem platten Lande. Das platte Land deckt von der Kreissteuer 69,9 Prozent, wird also stärker herangezogen als die kreisangehörigen Städte. Denn die Tabellen zeigen, daß im Landesdurchschnitt in Preußen von 100 RM Maßstabssteuersoll auf dem platten Lande 45,5 RM, in den kreisangehörigen Städten nur 37,6 RM als Kreissteuer erhoben werden. Die kreisangehörigen Städte zahlen also nur 82,6 Prozent von dem, was das platte Land aufzubringen hat.

Die Kreissteuer mit 145 Millionen bildet nur 41 Prozent der Gesamteinnahmen der Landkreise. Im Jahre 1928 betrug die Kreissteuer 145 Millionen und deckte 41 Prozent der Gesamteinnahmen der Kreise, im Jahre 1913 betrug sie 86 Millionen und deckte 77 Prozent der Gesamteinnahmen. Diese Zahlen zeigen in aller Deutlichkeit, daß die Kreise steuerlich verselbständigt sind gegenüber 1913. Sie greifen nicht mehr in dem Maße auf die kreisangehörigen Gemeinwesen zurück, wie es noch 1913 der Fall war.

Der genannte Aufsatz ist als Sonderdruck zum Preise von 0,75 RM von der Geschäftsstelle des Landkreistages, Berlin W 9, Bellevuestraße 5 a, zu beziehen.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Der Tarifkampf der Angestellten

in den rheinisch-westfälischen Gemeinden

Ablehnung des durch den Schlichter in Dortmund gefällten Schiedsspruchs durch die Arbeitgeber

Verbindlicherklärung beantragt

g Zwischen dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden, Dortmund, und den Angestelltenorganisationen wurde seit zwei Jahren um einen Manteltarif und eine Schiedsstellenordnung sowie über einen Bezirksvergütungstarif für die Einreihung und Bezahlung aller Angestellten verhandelt. Nach vieltägigen Verhandlungen vor dem Schlichter in Dortmund wurde jetzt ein Schiedsspruch gefällt. Ueber alle Punkte konnte eine Einigung erzielt werden bis auf die Frage der Bezahlung der Ueberarbeit von Angestellten in den wirtschaftlichen Betrieben der Gemeinden.

Da der Schiedsspruch von den Arbeitgeberverbänden abgelehnt wurde, wurde Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Die Verhandlungen hierüber wurden auf den 30. März in Berlin festgesetzt. Hierzu teilt die Reichsgewerkschaft der deutschen Kommunalbeamten mit:

Nachdem der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden jede Annäherung an den Standpunkt der Gewerkschaften in der Frage der Mehrarbeit und des Inkrafttretens des Bezirkstarifvertrages kommunaler Angestellten abgelehnt hatte, setzte der staatliche Schlichter für Rheinland und Westfalen, Regierungsrat Professor Dr. Brahn-Dortmund, eine Schlichterkammer ein, die am 24. ds. Mts. dem Antrag der Gewerkschaften, einen Schiedsspruch zu fällen, entsprach. Da der Bezirkstarifvertrag im Falle der Verbindlichkeitserklärung innerhalb der kommunalen Angestelltenschaft in Rheinland und Westfalen überragende Bedeutung erlangt, dürfte damit zu rechnen sein, daß er auf Antrag für allgemein verbindlich erklärt wird.

Dann würden die Bezirkstarifverträge für sämtliche kommunale Angestellte, die zum Zuständigkeitsbereich des Vertrages gehören, automatisch in Anwendung kommen. Die Notwendigkeit des Zustandekommens des Tarifvertrags, um das die Gewerkschaften seit zwei Jahren kämpfen, liegt klar auf der Hand, da die Mehrzahl der unter den Tarif fallenden Angestellten in ganz unzulänglichen dienstrechtlichen Verhältnissen steht.

Das Landesverratsverfahren gegen die Firmen Krupp und Thyssen

Das Direktorium des Thyssen-Konzern verteidigt sich.

Zu den gegen die Firmen Krupp und Thyssen erhobenen schweren Beschuldigungen über während des Krieges erfolgte verbotene Lieferung an das Ausland, erklärt das Direktorium des Thyssen-Konzerns:

„Namens sämtlicher Herren, die die Thyssenwerke während des Krieges leiteten, habe ich in meiner Eigenschaft als geschäftsführender Direktor des Thyssen-Konzerns zu den Mitteilungen in den Zeitungen über die angebliche Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens zu erklären, daß weder einer der Herren Thyssen noch einer von uns Direktoren noch eine Firma des Thyssen-Konzerns bisher von einer Strafanzeige oder der Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen uns Kenntnis hat.

Zur Sache selbst haben wir zunächst ganz allgemein zu erklären, daß sämtliche Lieferungen unserer Werke während des Krieges in vollem Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Behörden erfolgt sind. Darunter befand sich selbstverständlich keine Lieferung an das feindliche Ausland.

Stacheldraht haben wir während des ganzen Krieges überhaupt nur an die deutschen und österreichischen Heeresverwaltungen geliefert. Die Lieferung von Infanterieschutzschildern an die holländische Regierung erfolgte im vollen Einvernehmen mit dem Kriegsministerium in Berlin. Alle Einzelheiten der Lieferung und der Preisberechnung wurden vorher mit den zuständigen deutschen Behörden vereinbart, die an holländischen Gegenlieferungen Interesse hatten.

gez. Härle.

Die Lage auf dem Weltkohlenmarkt

Die gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten sind nicht nur auf den Rückgang des Hausbrandverbrauches infolge des milden Winters zurückzuführen, sondern stellen eine besonders aktuelle Erscheinungsform der internationalen Kohlenkrise dar, die ihren Ursprung in einer ungesunden Uebersteigerung der Fördermöglichkeiten hat. Die jahreszeitlichen Absatzschwankungen wirken sich deshalb im Kohlenbergbau mit einer um so größeren Intensität aus, als der Absatzapparat genügend anpassungsfähig ist, um die Bedarfsstöße zu mildern. Daher kommt es, daß Marktschwächungen sich unmittelbar auf die Arbeiter in Form von Feierschichten und Entlassungen auswirken, während Marktbesserungen, wie sie beispielsweise 1929 zu verzeichnen waren, nur sehr bedingt und erst nach langwierigen Auseinandersetzungen einen Vorteil für die Arbeiterschaft bringen. Eine aktive Konjunkturpolitik hat noch immer die von den Bergarbeitern erstrebte internationale Marktregulierung zur Voraussetzung. Aus der Abneigung der Unternehmer an diesem auch von ihnen gewünschten Ziele mit dem Völkerbund zusammen zu arbeiten, ist eine bedauerliche Zersplitterung der internationalen Verständigungsversuche entstanden, wie das kürzlich abgeschlossene polnisch-englische Kohlenabkommen zeigt. Derartige Teillösungen, bei denen wahrscheinlich auch die Furcht vor einer möglichen Mitbeteiligung der Bergarbeiter mitspricht, dürfen den Fortschritt des Kohlenbergbaus mehr hemmen als fördern und sind geeignet, einen unkontrollierbaren, gefährlichen und unrentablen Wirrwarr anzurichten. Nur im Einklang mit den beteiligten wirtschaftlichen und sozialen Kräften ist eine auf die Dauer ersprießliche Gemeinschaftsarbeit der Kohlenländer zu erreichen.

Die Weltkohlenproduktion des Jahres 1929 belief sich auf 1,3 Milliarden Tonnen, das sind rund 75 Millionen Tonnen mehr als im Vorjahre. Verglichen mit der allgemeinen Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Gütererzeugung, die seit 1913 um über 25 Prozent gestiegen ist, macht die Zunahme der Steinkohlengewinnung der Welt nur zirka 7 Prozent aus. Darin kommt sowohl die bessere Energieausnutzung als auch die Verwendung anderer Energiequellen deutlich zum Ausdruck. Diese Schmälerung der Bedeutung der Kohle als Brennstoff kann aber mehr als wettgemacht werden durch die zunehmende Erkenntnis der Kohle als chemische Rohstoffquelle. Auch die Zukunftshoffnungen des Saarbergbaus knüpfen sich an die Möglichkeiten der chemischen Aufschließung der Saarkohle.

Der deutsch-saarländische Kohlenaustausch

Im Jahre 1929 betrug die Einfuhr von Saarkohlen ins Reich 1 189 546 (1 312 933) To.; andererseits führte das Saargebiet aus dem Reiche ein Steinkohlen 260 177 (159 725) To., Koks 111 974 (39 529) To., Braunkohlenbriketts 64 826 (52 448) To. und Steinkohlenbriketts 3331 (721) To. Im Monat Dezember 1929 (im Vergleich mit November) gingen 106 370 (94 711) To. Saarkohlen ins Reich, während das Saargebiet gleichzeitig aus dem Reich 21 400 (18 487) To. Steinkohlen, 7880 (6267) To. Koks, 7027 (6480) To. Braunkohlenbriketts und 97 (78) To. Steinkohlenbriketts empfing.

Drohende Entlassung von Bergarbeitern.

Die Verwaltung der Gute Hoffnungshütte hat beim Regierungspräsidenten vorsorglich Stillegung und Entlassung von 2000 Bergarbeitern beantragt. In Betracht kommen die Zechen Sterkrade, Osterfeld, Vondern, Jakobi und Hugo. Diese Maßnahme wird mit der verringerten Absatzmöglichkeit begründet, die eine Einlegung von weiteren Feierschichten nicht zulasse, da sonst der Verdienst der Arbeiter unter die Sätze der Erwerbslosenfürsorge fallen würde. Bei einer Besserung des Absatzes soll aber eine vermehrte Produktion und Wiedereinstellung von Arbeitern erfolgen.

Rekord der deutschen Mark

Paris, 22. Februar. (Eig. Ber.) An der Pariser Devisenbörse hat die deutsche Mark am Sonnabend den Rekordkurs von 610,25 und 610,40 Franken für je 100 Mark erreicht. Bei diesem Kurs ist es für die Deutsche Reichsbank und die deutschen Großbanken ein lohnendes Geschäft geworden, jede Marknote direkt gegen Gold bei der Bank von Frankreich umzutauschen. Mehrere deutsche Banken haben sich auch bereits nach den näheren Formalitäten derartiger Goldkäufe erkundigt. Die Bank von Frankreich selbst hat sich offiziell zu Goldverkäufen an Deutschland bereit erklärt.

Fried. Krupp A.-G. Essen.

Die heutige Generalversammlung der Fried. Krupp A.-G., Essen, genehmigte den bereits veröffentlichten Geschäftsabschluß für 1928/29. Wirklicher Legationsrat a. D. Dr. Hermann Bücher, Berlin, wurde in den Aufsichtsrat gewählt.

Hugo Stinnes Rheinreederei A.-G. i. L., Duisburg.

Nach der Bilanz für 1929 hat sich der in der Liquidationseröffnungsbilanz mit 51 441 Mark ausgewiesene Verlust um 8566 Mark auf 60 008 Mark erhöht. Forderungen beziffern sich auf 339 991 Mark.

Die Bergbauangestellten, die Kohlenkrise und das Bergarbeitergesetz.

Der „Bund der technischen Angestellten und Beamten" hatte die Vertrauensmänner der Schachtanlagen des rhein.-westf. Ruhrkohlengebietes nach Essen berufen, um zu den aktuellen Bergbaufragen Stellung zu nehmen.

Als Teilnehmer der Internationalen Kohlenkonferenz gaben die Herren Steiger Halbfell und Steiger Peters ausführliche Berichte.

Den größten Raum in der Konferenz nahm das nachfolgende Referat des Herrn Peters über Beratungen des Reichswirtschaftsrates zu dem Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes ein. Diese Beratungen haben gezeigt, daß man das grundsätzliche Problem des Arbeitsschutzes noch nicht richtig erkannt hat. Die Berichte darüber, wie die einzelnen Fragen, die gerade die Bergbauangestellten stark interessieren, behandelt wurden, lösten in der Konferenz die stärkste Entrüstung aus. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung.

Die am 23. Februar in Essen tagende, von zirka 200 Vertrauensleuten aus dem rhein.-westf. Steinkohlenbergbau besuchte Konferenz des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Butab) bedauert auf das lebhafteste das Ergebnis der Beratungen des Reichswirtschaftsrates zu dem Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes. Die mit den Stimmen der Arbeitgebergruppe und der Mehrheit der sogenannten neutralen Gruppe im R. W. R. (Abt. 3) zustande gekommenen Beschlüsse lassen die Rücksichtnahme auf eine unbedingte erforderliche Grubensicherheit vermissen.

Ohne Zweifel sind die technischen Bergbauangestellten ein äußerst wichtiger Faktor für die Grubensicherheit. Es löst daher starkes Befremden aus, daß die zur Neuregelung der Dienst- und Rechtsverhältnisse dieser Arbeitnehmergruppe gestellten Anträge abgelehnt worden sind wie: Verteilung der Verantwortlichkeit auf alle Grubenaufsichtspersonen bis zum leitenden Direktor. Beseitigung der unfallsteigernden Revierprämien, Einführung eines besonderen Kündigungsschutzes für die technischen Grubenangestellten und präzise Begrenzung der Arbeitszeit unter Tage auf 7 Stunden. Auch sind die Beschlüsse des R. W. R zur Frage der Organisation der behördlichen Arbeitsaufsicht sehr unklar. Die Konferenz hält es für dringend geboten, daß mit der Einführung des Bergarbeitsgesetzes die behördliche Arbeitsaufsicht dem Reiche übertragen wird. Bei der Durchführung der Arbeitsaufsicht ist den Arbeitnehmern eine maßgebende Mitwirkung zu sichern.

Da der Gesetzentwurf in Kürze den Reichstag beschäftigen wird, erwartet die Konferenz, daß der Reichstag im Interesse der Grubensicherheit und in Würdigung der Schwere der bergbaulichen Berufsarbeit den berechtigten Forderungen der technischen Bergbauangestellten zustimmt.

Betriebsrätekonferenz

des Gesamtverbandes

Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, des Personen- und Warenverkehrs veranstaltete am Sonntag im Kruppsaal des Städtischen Saalbaues eine bedeutsame Tagung, die sich beschäftigte mit den kommenden Betriebsrätewahlen sowie mit dem Youngplan und seinen Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Angenommen wurde folgende

Entschließung:

Die Betriebsrätekonferenz des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Bezirk 10, erkennt im Gesamtverband die einzig richtige Interessenvertretung aller Arbeitnehmer der von ihm erfaßten Berufsgruppen.

Einer wiederholt geltend gemachten Forderung der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, gleichberechtigt an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken, wurde auf Drängen der Gewerkschaften durch die Verankerung des Rätesystems in der Reichsverfassung (Artikel 165) stattgegeben.

Die dauernde Massenarbeitslosigkeit beweist dem werktätigen Volke die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zu einer geordneten Regelung der Warenproduktion und Verteilung. Ihre Auflösung durch eine höhere Wirtschaftsform im Sinne des Sozialismus ist zwingend. Im Kampfe um diese Forderung stehen in erster Linie die freien Gewerkschaften; sie mächtiger und einflußreicher zu gestalten, ist deshalb höchste Pflicht jedes Arbeiters und Angestellten. Die Betriebsräte sind gerade in dieser Hinsicht in ihrem Wirkungskreis auf die engste Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften angewiesen.

Die Interessen der Arbeitnehmer verlangen, daß in jedem Betriebe eine Betriebsvertretung vorhanden ist. Nach den Richtlinien des ADGB. und des Vorstandes des Gesamtverbandes sind nur freigewerkschaftliche Listen aufzustellen bzw. zu unterstützen und Sonderlisten in jeder Hinsicht abzulehnen. Es steht außer Zweifel, daß die Betriebsräte nur im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften die Interessen der Belegschaften wirksam vertreten können.

Deshalb fordert die Betriebsrätekonferenz die Mitglieder des Gesamtverbandes auf, im Sinne vorstehender Anweisung zu handeln, für die Ausbreitung des Gesamtverbandes lebhaft zu wirken und somit den Einfluß der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu stärken.

Die Wahl der Betriebsvertretungen 1930 in den Gemeinde-, Staats-, Handels- und Verkehrsbetrieben muß ein Sieg freigewerkschaftlicher Betriebsrätearbeit und des Gesamtverbandes sein.

Die Konferenz erhebt schärfsten Einspruch gegen die vom Reich beabsichtigte Gefährdung der Sozialversicherung. Die anhaltende Krise auf dem Arbeitsmarkt verlangt eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung und weitgehende Unterstützung der Opfer der Wirtschaftskrise durch das Reich.

Die Konferenz wendet sich gegen die von privaten Interessenkreisen betriebene Entkommunalisierung der öffentlichen Betriebe. Es ist ein Verbrechen wider die gesamtwirtschaftliche Rationalität, wenn in der jetzigen Notlage das deutsche Finanzkapital zu einem großen Schlage gegen die öffentliche Wirtschaft ausholt, die gerade jetzt dazu berufen wäre, ein weiteres Absinken der Konjunktur zu verhindern.

Sie begrüßt die Kundgebung des Verbandsvorstandes zur Lage der öffentlichen Wirtschaft und gelobt, den Gesamtverband in seinem Kampfe gegen die Entkommunalisierung nachdrücklichst zu unterstützen.

Tarifvereinbarung in der münsterländischen Textilindustrie

Dortmund, 25. Februar. (Drahtmeld.) In der münsterländischen Textilindustrie kam nach zweitägigen Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichter in Dortmund eine Vereinbarung zwischen den Parteien über einen neuen Manteltarifvertrag zustande. Der Tarif läuft bis zum 29. Februar 1932.

Schweizer Gewerkschaften gegen kommunistische Zerstörungspolitik.

g Auch in der Schweiz sind die Gewerkschaften gezwungen, jetzt endlich den kommunistischen Quertreibereien mit aller Energie zu Leibe zu rücken. So heißt es in einer Erklärung des Zentralvorstandes des schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes u. a.: „Da der Zerstörungs- und Zersetzungskampf gegen die Gewerkschaften auch in der kommunistischen Presse systematisch betrieben wird, kann man den Gewerkschaften nicht zumuten, daß sie ihre Totengräber noch unterstützen; es sind daher alle Insertionen und Berichterstattungen in den kommunistischen Zeitungen einzustellen. Mitglieder, die sich an einem Streik beteiligen, der nicht statutenmäßig beschlossen und vom Zentralvorstand bewilligt ist, stellen sich außerhalb des Verbandes und haben alle Rechte am Verband verwirkt."

Künftig kann bei den schweizerischen Gewerkschaften ein Vertrauensmann nur dann gewerkschaftliche Funktionen übernehmen, wenn er sich vorher schriftlich von der kommunistischen Zersetzungstaktik lossagt.

In Holland ist eine Großorganisation des Behördenpersonals im werden. Sie soll durch Verschmelzung des niederländischen Verbandes des Personals im öffentlichen Dienst mit dem Zentralverband niederländischer Beamten geschaffen werden. Für den organisatorischen Zusammenschluß war das Vorbild der deutschen Parallelorganisationen maßgebend.

WAS UNS ARBEITSLOSE SCHREIBEN

Schnellere Arbeit auf den Arbeitsämtern

Arbeitslosenbrief aus Leipzig.

Durch die hohe Zahl der Erwerbslosen ist das hiesige Arbeitsamt überlastet. Trotzdem dürfte es nicht vorkommen, daß 9 bis 20 Tage nach der Anmeldung eines Erwerbslosen verstreichen, ehe die Zahlbogen fertiggestellt sind. Eine weitere unnötige Verlängerung der Wartezeit ist es m. E. auch, wenn das Arbeitsamt trotz beigebrachter und von der Krankenkasse gegengezeichneter Arbeitsbescheinigung nochmals bei der Krankenkasse anfragt, ob die Angaben auch stimmen. Sind die Beamten etwa angewiesen, in jedem Arbeitslosen einen Betrüger zu sehen? Unverständlich ist auch das Verfahren gegen diejenigen Erwerbslosen, die vorher krank gewesen sind und keine Wartezeit mehr haben. Selbst in solchen Fällen haben Erwerbslose noch drei bis vier Wochen stempeln gehen müssen, ehe sie vom Vertrauensarzt des Amtes untersucht wurden und Unterstützung erhielten. Wir Erwerbslose können es uns nicht gefallen lassen, daß kranken Schicksalsgenossen, die ein Recht auf bevorzugte und schnellere Abfertigung haben, Simulantentum an den Kopf geworfen wird. Besonders gegenüber Frauen und Mädchen ist diese Behandlung wiederholt geübt worden.

*

Wie manche Firmen mit Erwerbslosen umspringen!

Arbeitslosenbrief aus Kassel.

In einer hiesigen Zeitung erschien folgendes Inserat:

„Halt! Kassel soll von uns bearbeitet werden. Wir suchen 10 Personen! Verlangt wird Redegewandtheit, angestrengter Fleiß und gute Garderobe. Geboten werden feste Bezüge und hohe Provision. Vorstellung nur Mittwoch von 16—19 Uhr. Hotel „Emanuel", Bahnhofstraße 1."

Es läßt sich denken, daß ein solches Angebot bei der heutigen Erwerbslosigkeit viele Stellungsuchende in Bewegung setzt. Zur festgesetzten Stunde war jedoch der Einberufer dieser „Erwerbslosenversammlung" nicht zur Stelle, so daß die Erschienenen schon unruhig wurden. Endlich nach einer Stunde erschien ein Beauftragter eines Lesezirkels „Daheim", um den Stellungsuchenden zu erklären, sie seien vergeblich gekommen, die Stellen seien bereits anderwärts besetzt. Die Empörung der genarrten Erwerbslosen kann man sich vorstellen. Firmen, die so mit den Arbeitslosen umspringen, sollte von behördlicher Seite das Handwerk gelegt werden.

*

Eine Stimme aus der besetzten Pfalz

Arbeitslosenbrief aus Neustadt a. H.

Für die Ausgesteuerten muß dringend etwas getan werden, weil sie buchstäblich verhungern. Nicht Abbau, sondern Ausbau der Arbeitslosenversicherung und vor allem Erweiterung der Krisenfürsorge muß von der Partei und von den Freien Gewerkschaften erkämpft werden. Wir Arbeitslose in der besetzten Pfalz wollen keine nationalistische Befreiungsfeier beim Abzug der Besatzungstruppen, sondern Arbeit und Brot. Alles Geld, das für solche Kundgebungen ausgeworfen werden soll, diente zweckmäßiger der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit!

„Arbeitslose fahren Auto"

„Im Auto zum Stempeln gefahren", „Arbeitslose fahren im Auto", so und ähnlich hetzen unentwegt die Unternehmerorgane gegen die Erwerbslosenversicherung. So wurde letzthin in einer Meldung aus Bayern behauptet, daß die Erwerbslosen aus der Umgebung von Freyung im Bayerischen Wald **sich ihre Unterstützung in Verkehrsautos und Taxametern abholten.** Die Gewerkschaften sind dieser Meldung nachgegangen und haben festgestellt, daß es sich um eine übliche Verdrehung der Tatsachen handelt, die den Feinden der Sozialversicherung zur Verleumdung der Erwerbslosen geeignet erschien. Was ergaben die Ermittlungen? Einige Erwerbslose aus Kreuzberg bei Freyung sind von einem Lieferwagen bis zur dortigen Zahlstelle mitgenommen. Dafür erhielt der Führer eine kleine Entschädigung. Kreuzberg liegt von Freyung 12 Kilometer entfernt, so daß die Erwerbslosen an jedem Zahlungstage 24 Kilometer laufen müssen. Wer wird es da einem Erwerbslosen verdenken, wenn er für billig Geld eine Fahrgelegenheit hat? In einem anderen Falle hatte ein Landwirt seinen Hof verkauft und auf der Heimfahrt einige Erwerbslose mitgenommen.

Solche an sich harmlosen Vorkommnisse bauschen die sozialfeindlichen Zeitungen auf, um aus ihnen ein Prasserleben der Arbeitslosen herzuleiten. Die Arbeiterschaft hat selbst ein Interesse daran, daß ihre eigene Versicherung nicht mißbraucht wird. Das Proletariat bedankt sich jedoch für die Kontrolle der Unternehmerorgane, die in ihrem Haß nur allzu deutlich die Absicht verraten, der Arbeiterklasse die Arbeitslosenversicherung zu rauben.

12 Millionen für Kinderspeisung

Nichts erreicht — nichts getan, höhnen Kommunisten und Nazis im Bunde. Die Sozialdemokratische Partei läßt sich durch dies Geschrei nicht in der Fortsetzung wirksamer Sozialpolitik beirren. Was immer unter heutigen Verhältnissen erreicht werden kann, wird von der SPD. vertreten. Im vorigen Jahre hatte die SPD. im Reichstag den Antrag gestellt, für Zwecke der Kinderspeisung ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Reichstag beschloß, daß 4 Millionen für Kinderspeisungen verteilt würden. Von diesen Mitteln sind folgende Summen in die Bezirke der einzelnen Landesversicherungsanstalten geflossen:

Ostpreußen	126 120 Mk.
Berlin	264 750 „
Brandenburg	143 460 „
Pommern	110 280 „
Grenzmark Posen-Westpreußen	23 740 „
Schlesien	318 500 „
Sachsen-Anhalt	224 640 „
Schleswig-Holstein	86 460 „
Hannover	188 940 „
Westfalen	313 400 „
Hessen-Nassau	153 380 „
Rheinprovinz	529 280 „
Oberbayern	429 960 „
Pfalz	15 000 „
Sachsen	369 560 „
Württemberg	157 270 „
Baden	131 140 „
Hessen	96 100 „
Mecklenburg	45 120 „
Thüringen	111 040 „
Oldenburg	33 580 „
Braunschweig	27 900 „
Hansestädte	100 380 „
	4 000 000 Mk.

Die zur Verfügung gestellten Reichsmittel durften nicht mehr als ein Drittel der für Kinderspeisungszwecke überhaupt aufgewendeten Mittel ausmachen. Land, Provinz und Gemeinde müssen also zusammen zwei Drittel der Gesamtaufwendungen für die Durchführung der Kinderspeisungen tragen. Das bedeutet, daß insgesamt mindestens 12 Millionen Mark im Jahre 1929 für Zwecke der Kinderspeisungen im Deutschen Reiche aufgewendet worden sind.

*

Sanierung der Arbeitslosenversicherung — nicht auf Kosten der Sozialversicherten

Bei der Festsetzung des Etats der Arbeitslosenversicherung war durchschnittlich eine Erwerbslosenzahl als Hauptunterstützungsempfänger von 1,2 Millionen angenommen worden. Diese Zahl ist durch den Krisenwinter 1928/29 und durch die diesjährige Arbeitsmarktlage bei weitem überholt, so daß die Arbeitslosenversicherung ein neues Defizit aufweisen wird. Um das Defizit zu decken, ist von bürgerlicher Seite der Plan aufgetaucht, eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aufzunehmen. Gegen solche Absichten haben sämtliche Gewerkschaften schärfsten Protest erhoben. Mit Recht weisen sie darauf hin, daß ein solcher Gefahrenausgleich lediglich eine Belastung der Versicherungsträger bedeutet und deren gesetzlich festgelegten Bezüge gefährdet. Die Arbeitslosigkeit müsse von der Allgemeinheit getragen werden. Würden die obengenannten Anstalten zur Deckung bei der Arbeitslosenversicherung herangezogen, so

litte hierunter ganz besonders auch der durch die Sozialinstitute bisher befruchtete Baumarkt.

Erneute Arbeitslosigkeit sei die Folge. Der Rückzahlungstermin würde verzögert und damit die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttert.

Die Gewerkschaften fordern statt dessen, wenn eine von ihnen für tragbar gehaltene Erhöhung der Beiträge nicht ausreiche, eine sofortige Hilfe des Reichs für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

*

Erwerbslosennot als Einnahmequelle der Stahlhelmkapelle

In der bürgerlichen Presse der sächsischen Stadt Zittau las man folgende Ankündigung:

„Zugunsten der Erwerbslosen will die hiesige Stahlhelmkapelle einige Konzerte veranstalten. Das erste Konzert soll Donnerstag, den 13. Februar, in den „Drei Kronen" stattfinden. Die Gesamteinnahme soll ohne jeden Abzug dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung gestellt werden."

Die schwarzweißroten Freunde der Erwerbslosen haben im Stadtparlament und in sächsischen Gemeindeparlamenten Anträge der Sozialdemokratie auf sofortige Hilfeleistung für die Erwerbslosen und Aufbesserung deren Unterstützung abgelehnt. Dafür machen sie Militärmusik, von der sie sich zumindest einen politischen Gewinn versprechen. Die bürgerlichen Kreise, die hinter dem Stahlhelm stehen, wissen, daß sie mit dem Eintrittsgeld für ein Konzert billiger davonkommen, als wenn sie von Gemeinde wegen zu einer Umlage für die bedürftige Bevölkerung herangehalt werden.

Erwerbslosen-Tribüne

Informationsorgan für Erwerbslose

1930 | 2. Februarausgabe | 1930

Ausbau statt Abbau!

An der Arbeitslosenversicherung darf nicht gerüttelt werden!

Die Arbeitslosenversicherung hat in diesen Wochen dem konzentrierten Angriff der vereinten Reaktion standzuhalten. In der bürgerlichen Presse wird mehr oder minder versteckt ein Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung gefordert. Es wird so dargestellt, als sei das Defizit dieser Sozialversicherung die Ursache des Reichsdefizits. Die in leichtfertigem Optimismus gemachten Versprechungen auf allgemeine Steuersenkung müssen angesichts der bisher nicht zustande gekommenen Ordnung des Staatshaushalts unerfüllt bleiben. Dem Bürgertum wird erzählt, die „Arbeitslosenversicherung verhindere den Steuerabbau und belaste Gewerbe und Wirtschaft". Nur ein radikaler Abbau der Leistungen der Erwerbslosenversicherung könne diese und mit ihr zusammen die Reichsfinanzen sanieren.

Gleichzeitig tauchen allerhand Projekte zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf. Ihre Schuldenlast dürfte nach einer Schätzung des ADGB. bis Ende März dieses Jahres auf 570 Millionen Mark angelaufen sein. Wenn auch ein Teil durch die ab 1. Januar dieses Jahres eingetretene Erhöhung der Beiträge um ½ Proz. gedeckt wird, so verbleibt dennoch für das nächste Etatsjahr eine Unterbilanz von etwa 335 Millionen.

Diese schwierige Kassenlage der Arbeitslosenunterstützung benutzen die Scharfmacher zu einem Generalangriff auf die gesamte Sozialversicherung und die Sozialpolitik überhaupt.

Bald wird vorgeschlagen, das Defizit durch einen bei den anderen Versicherungen aufzunehmenden Pump zu decken (was eine solche kurzsichtige Politik für Auswirkungen zeitigen müßte, beweisen wir an anderer Stelle), bald wiederum wird empfohlen, die Angestellten aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen. Und falls dies noch nicht genügt, auch noch die in der Landwirtschaft Tätigen.

Die heute schon völlig unzureichende Regelung für die Saisonarbeiter soll noch mehr verschlechtert werden. Nach einer Mitteilung des zweiten Vorsitzenden des ADGB., Graßmann, droht den Saisonberufsgruppen eine Kombination von Versicherung und Zwangssparkasse. Durch solche und ähnliche „Reform"pläne soll die heutige Arbeitslosenversicherung zersplittert und damit geschwächt werden.

Eine derartige „Reform" würde die Gesamtarbeiterschaft schwer schädigen.

Jeder Arbeiter, einerlei, ob er noch im Betriebe steht oder stempelt, hat ein Interesse an der ungehinderten, ja noch verbesserten Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung.

Diese Versicherung ist der wirksamste Damm gegen eine willkürliche Lohn- und Ausbeutungspolitik, diese Versicherung weist die Kapitalisten in bestimmte Schranken und schützt die werktätigen Massen gegen eine Verschlechterung ihrer sozialen und kulturellen Kampfbasis.

Die Unterminierungs- und Zerstörungsversuche der Kapitalisten gegen die Arbeitslosenversicherung laufen auf die weitergehende Absicht hinaus, die deutsche Arbeiterklasse aus einer wichtigen sozialen Position hinauszudrängen.

In der Abwehr solcher Versuche muß die Arbeiter- und Angestelltenschaft einig sein. Jeder Zersplitterung der Arbeitslosenversicherung, wozu auch die Aufteilung nach Berufsgruppen und die Herausnahme der Angestellten gehört, muß einmütig abgewehrt werden.

Diese Einheitsphalanx wird auch ihre ganze organisatorische Macht dafür einsetzen müssen, daß der Staat, das ist die Gesamtheit, nach ihrer finanziellen

Für die Ingangsetzung der Wirtschaft

Die Gewerkschaften machen konkrete Vorschläge

In einer Besprechung der Spitzenverbände der Wirtschaft mit dem Reichswirtschaftsminister Schmidt wurde von den Gewerkschaften aller Richtungen gemäß den früheren Vorschlägen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften übereinstimmend vorgeschlagen, Auslandskapital zur Ankurbelung der Wirtschaft heranzuziehen und auf diese Weise vor allem den Baumarkt zu beleben, der zurzeit bei 2 Millionen Beschäftigten mit 60 Proz. Arbeitslosigkeit das größte Kontingent an Arbeitslosen stelle. Ferner müsse dafür gesorgt werden, daß die öffentliche Hand sofort Aufträge erteile. Die privaten und sozialen Versicherungen müßten alle verfügbaren Mittel zur Hergabe von Hypotheken bereitstellen. Außerdem wiesen die Gewerkschaften auf die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung hin, um dadurch die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen. Es müßten alle Mittel zur Hebung der Beschäftigung angewendet werden.

Diesen konkreten Vorschlägen gegenüber blieben die Vertreter der Unternehmer aus Industrie, Handel und Bankkreisen laut. Sie behaupteten, daß die gewerkschaftlichen Forderungen zur Behebung der Arbeitslosigkeit nur „der Wirtschaft Fesseln anlegen" und sie an der inneren Kapitalbildung behindern.

Die Stellungnahme der Unternehmerkreise bezeugt erneut, daß ihnen an einer Ueberwindung der Arbeitslosigkeit nichts gelegen ist. Im Gegenteil, sie hoffen das Arbeitslosenheer zu einem Vorstoß gegen die heutigen Tariflöhne und zur Erhöhung der Profitmöglichkeiten, die sie als „innere Kapitalsbildung" bezeichnen, gebrauchen zu können.

Kraft im einzelnen für die Arbeitslosenversicherung aufkommt.

Sind die Finanzen der Reichsanstalt nicht aus eigener Kraft der Versicherungsträger zu sanieren, bleibt fernerhin das Reich in Finanzschwierigkeiten, dann

her mit dem allgemeinen Notopfer der Schwerverdiener!

Das ist der geeignetste Weg zur Lösung des Deckungsproblems, hinter dem sich die Scharfmacher mit in Wirklichkeit ganz anderen Plänen verschanzen, als die Arbeitslosenversicherung in ihrer Funktion zu erhalten.

Die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften werden den Kampf gegen den Abbau der Erwerbslosenversicherung und der Leistungen der übrigen Sozialversicherung nur dann erfolgreich bestehen, wenn die Arbeiterschaft in Stadt und Land unter Abschüttelung aller berufsmäßigen Zerstörer der Arbeiterbewegung als geschlossene unüberwindliche Masse hinter der SPD. und den freien Gewerkschaften steht.

Unsere Aufklärungsarbeit an den Stempelstellen muß diesem einen Gedanken gelten.

Die Hetze der Scharfmacher!

„Deutschen Arbeitern ist die Landarbeit zu schmutzig"

So behauptet ein deutschnationales Blatt!

Die deutschnationale „Niederdeutsche Zeitung" schreibt:

„In Ergänzung unserer gestrigen Meldung ... müssen wir leider noch feststellen, daß es der deutschen Landwirtschaft nicht möglich ist, für die Rübenernte u. a. deutsche Hilfskräfte zu bekommen. Dank der unablässigen Verhetzung der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse ist es so weit gekommen, **daß deutschen Menschen die Arbeit auf deutscher Scholle zu „schmutzig" ist. (!)**

Kann es sich ein verarmtes Volk wie Deutschland leisten, 2½ Millionen Arbeitslose zu unterstützen und im gleichen Augenblick fremde Arbeiter ins Land zu holen, weil es bei uns außer den deutschen Bauern selbst keinen Menschen mehr gibt, der ihnen bei ihrer „schmutzigen" Arbeit hilft? Der ganze Wahnsinn neudeutscher Sozialpolitik wird hier wieder einmal offenbar."

Unzählige deutsche Arbeiter müssen in der Industrie und Landwirtschaft wohl noch schmutzigere Arbeit verrichten, als bei der Rübenernte zu helfen. Die deutschnationalen Demagogen verleumden die Millionen Arbeitsuchenden nur in der Absicht, die Landbevölkerung gegen das städtische Proletariat aufzuhetzen. Die Wahrheit ist, daß die deutsche Landwirtschaft ihren Bedarf an Arbeitskräften sehr wohl in Deutschland selbst decken könnte. Wenn die Großagrarier polnische Wanderarbeiter bevorzugen, so lediglich aus dem Grunde, weil diese sich weit unter den tarifmäßigen Löhnen anbieten und außerdem vielfach sich menschenunwürdige Arbeitsbedingungen gefallen lassen.

Trotz der schlechten Erfahrungen gerade im Osten mit der Landarbeit melden sich heute auf Aufforderung zur Landarbeit Hunderte und aber Hunderte von Erwerbslosen. So gab erst kürzlich der Leiter des Arbeitsamtes in Mülheim a. d. Ruhr bekannt, daß eine einmalige Aufforderung, sich zur Landarbeit nach dem Osten zu melden, sofort über **100 Anmeldungen gebracht habe.** Täglich liefen noch weitere Meldungen ein. Dabei ist die Arbeitslosigkeit in rein ländlichen Gegenden selbst noch groß.

Das ist die Wahrheit. Sie paßt allerdings den deutschnationalen Zeitungen, die gegen den „Wahnsinn neudeutscher Sozialpolitik" wettern, nicht in den Kram.

*

Arbeitgeberzeitung behauptet:

Ein Arbeiter braucht nur auf den Tisch zu hauen, sofort pariert der Kassenarzt

In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" Nr. 3, dem Organ, das wohl mit am gehässigsten die Arbeitslosenversicherung bekämpft und gleichzeitig die Arbeitslosen beschimpft, macht sich ein Unternehmer aus Bayern über die „noble Arbeitslosigkeit" wie folgt Luft:

„Und das Krankschreiben durch die Kassenärzte! Unlängst fragte ich einen Vertrauensarzt, wie es käme, daß er einen Arbeiter, der bei mir gesund wie ein Fisch im Wasser war, krank geschrieben hatte. Da stellte sich heraus: Als der Arzt trotz genauer Untersuchung nichts gefunden, hatte der Arbeiter in voller Wut auf den Tisch geschlagen: „Herrgottsakrament, für was zahle ich denn mein Krankengeld?!" — Und so wurde denn der Schein ausgestellt."

Den Vertrauensarzt möchten wir einmal sehen, der sich in der oben geschilderten Art verhalten würde. Vielleicht nennt der Gewährsmann der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" den Namen des Arztes, damit auch dieser Fall restlos aufgeklärt wird. Solange eine solche Namensnennung nicht erfolgt, können wir nur Schlußfolgern, daß auch diese Hetzmeldung reaktionärer Kreise gegen die Erwerbslosen erfunden worden ist.

Wir glauben, auch die Krankenkassen haben ein Interesse daran, den Mitarbeiter der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" einmal ins Gebet zu nehmen.

Was an uns liegt, so werden wir alle Fälle von Verleumdungen und Verhöhnungen der Erwerbslosen durch Unternehmer und ihre Organe an den Pranger stellen.

*

Auswirkungen der Rationalisierung

Der in New York erscheinende „Labor Age" entnimmt amerikanischen Statistiken, daß heute infolge vervollkommneter Technik ein Arbeiter 32 000 Rasierklingen in derselben Zeit herstellt wie 500 Arbeiter im Jahre 1913. Im Jahre 1927 waren an die Stelle von 100 Industriearbeitern von 1919 **89 Arbeiter getreten, die jedoch um 26 Prozent mehr produzierten als 1919.**

Krisenfürsorge muß erweitert werden!

Täglich 3000 Ausgesteuerte

Mit der steigenden Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung steigt gleichzeitig in geradezu bedrohlicher Form auch die Zahl der Ausgesteuerten. Ungefähr 3000 Arbeitslose wurden täglich in den letzten Wochen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert. Nur wenige von ihnen können nach der jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen Krisenunterstützung erhalten. Die Aenderung dieser hemmenden Bestimmungen bzw. die Erweiterung der Krisenfürsorge ist daher außerordentlich dringend, um der furchtbaren Not hunderttausender Volksgenossen zu steuern. Es geht nicht an, die von der Krisenfürsorge Ausgeschlossenen der alleinigen Unterstützung durch die Gemeinden zu überlassen, deren Finanzlage durchweg eine menschenwürdige Unterstützung verbietet.

Die Einschränkungen der Krisenfürsorge, die Ende Juni vergangenen Jahres bei einer ungemein günstigeren Arbeitsmarktlage vom Reichsarbeitsministerium verordnet wurden, sind inzwischen in den Gebieten der einzelnen Landesarbeitsämter noch weiter zuungunsten der Arbeiterschaft gestaltet worden. Das Organ des ADGB., die „Gewerkschaftszeitung", konnte nachweisen, daß teilweise die Altersgrenze von 21 Jahren, die schon heute

für die jugendlichen Arbeiter und ausgelernten Lehrlinge eine große Härte

darstellt, bis 25, ja bis 35 Jahre erhöht worden ist. Andererseits wurde vielfach die Zulassung zur Krisenfürsorge nur auf männliche oder sogar nur auf verheiratete Arbeitslose beschränkt. Mancherorts sind auch Ehefrauen von dem Bezug der Krisenunterstützung völlig ausgeschlossen. Kleinere Orte sind häufig einfach aus der Krisenunterstützung herausgenommen worden. Nicht einmal die vom Reichsarbeitsminister zur Krisenunterstützung zugelassenen Berufsgruppen beziehen in Deutschland nämlich nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung die Krisensätze.

Wiederholt waren die

Bauarbeiter beim Reichsarbeitsminister,

um ihre Einbeziehung in die Krisenunterstützung zu erwirken. Ueber 200 000 Bauarbeiter haben in diesem Winter keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung stellen können. Schon im Winter 1928/1929 waren die Bauarbeitergruppen schwer benachteiligt. Die Baukonjunktur in den Sommermonaten war ungünstig, so daß Ersparnisse und Rücklagen nicht gemacht werden konnten. Nach einer Aufstellung des Baugewerksbundes war die Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern nur in einem einzigen Monat, nämlich im Juni, bis auf weniger als 10 Prozent gesunken. Bei der Jahreswende wurden 70 000 Mitglieder allein des freigewerkschaftlichen Baugewerksbundes ausschließlich Angehörige gezählt, die ohne Arbeitslosenunterstützung und ohne Krisenunterstützung lediglich auf die Unterstützung der Gewerkschaft angewiesen waren.

Die Erweiterung der Krisenunterstützung muß unbedingt auch die Berufsgruppe der un- und angelernten Fabrikarbeiter erfassen. Entsprechende Anträge sind ebenfalls von verschiedenen Ortsausschüssen des ADGB. gestellt worden. Die arbeitslosen Lohnarbeiter wechselnder Art, vielfach in den mitteldeutschen Heimarbeitergegenden zu Hause, leben unter trostlosen Verhältnissen. Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften dieser Gegenden sind

überlaufen von Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung

erhalten. Die Not dieser Armen verlangt dringende Abänderung der heute geltenden Krisenbestimmungen.

Für die Erweiterung der Krisenunterstützung sind zweifellos gewaltige Mittel notwendig. 150 Millionen waren bereits im Etat eingesetzt. Sie reichen jedoch nur zur Erfüllung der heutigen, wie wir darlegten, unzureichenden Krisenfürsorge aus. Es müssen dringend weitere Mittel flüssig gemacht werden, um den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft, denen die Arbeitslosenunterstützung gesperrt ist, sofort zu helfen.

KOMMUNISTEN UND ERWERBSLOSE

„Nach dem Muster der Bolschewiki ..."

Also wollen es die deutschen Kommunisten auch mit der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit machen. „Wenn die Kommunisten an der Spitze der werktätigen Massen in Deutschland ans Ruder gelangen," so schrieb kürzlich die „Rote Fahne", dann, ja dann „werden nach dem Muster der Bolschewiki nicht mehr Arbeiter entlassen" usw.

Wer so gar nichts weiter erfährt als das, was die KPD.-Presse ihren bedauernswerten Gläubigen vorsetzt, der mag von dieser bolschewistischen Verheißung überzeugt sein. Das von der „Roten Fahne" so laut gepriesene vorbildliche Muster schützt die — offiziell von russischer offiziöser Seite zugegebenen —

1,3 Millionen Arbeitslosen im Sowjetreich nicht vor dem Verhungern.

Die Zahl umfaßt die angeblich Unterstützten, aber nicht die übrigen der von jeglicher Unterstützung ausgeschlossenen russischen Erwerbslosen! Aber halten wir uns einmal an die

sowjetamtlich herausgegebenen „Kontrollziffern der Volkswirtschaft der USSR." Für 1928—1929 werden 1 223 700 Arbeitslose auf dem Gebiet der Sowjetunion angegeben. Die wirkliche Zahl der russischen Arbeitslosen ist wesentlich höher, weil die russischen Arbeitsnachweise zahlreichen Gruppen von Arbeitslosen, insbesondere unter den ungelernten Arbeitern, die Registrierung verweigern. Von den amtlich zugegebenen 1,3 Millionen Arbeitslosen erhielten nach derselben sowjetamtlichen Quelle nur 853 700 Arbeitslosenunterstützung.

Wie sah die Unterstützung aus? Der Durchschnittsjahresverdienst eines russischen Industriearbeiters betrug im Jahre 1928 bis 1929 892 Rubel, das ist 74,33 Rubel im Monat. Die durchschnittliche Monatsunterstützung eines Arbeitslosen erreichte einschließlich Familienzulagen nur 14,84 Rubel gleich 10,38 Mk., das sind noch nicht einmal 20 Proz. des Lohnes. Somit

erhalten also die russischen Arbeitslosen, soweit sie überhaupt zu einer Unterstützung (Anwartschaft bis zu 5 Jahren) zugelassen worden sind, eine Erwerbslosenfürsorge, der noch unter der viel zu niedrigen Krisenunterstützung in Deutschland liegt.

Das Verhältnis zwischen Lohn- und Arbeitslosenunterstützung hat sich in letzter Zeit in Rußland weiterhin zuungunsten der Unterstützung verschoben.

Was die Dauer der Arbeitslosenunterstützung in Rußland anlangt — in Deutschland haben bekanntlich die Kommunisten die Forderung aufgestellt: Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit in voller Lohnhöhe — so wird heute in Rußland ein zugelassener Erwerbsloser höchstens 9 Monate lang unterstützt. Hat er dann noch keine Arbeit, so muß er drei Monate ohne Unterstützung auszukommen versuchen, um dann noch einmal für neun Monate unterstützt zu werden. **Dann ist aber endgültig Schluß. Krisenunterstützung oder kommunale Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge kennt man in Sowjetrußland nicht!** Der ausgesteuerte russische Erwerbslose mag zusehen, wie er durchkommt. Er würde froh sein, mit dem Schutz der Deutschen Republik für ihre Erwerbslosen tauschen zu können.

Die deutsche Arbeiterschaft hat wenig Sehnsucht, das Erwerbslosenproblem „nach dem Muster der Bolschewiki" gelöst zu sehen.

Arbeitsbeschaffung durch die SPD.

Praktische Hilfe statt billiger Agitation

Fern jeder billigen Agitationspolitik ist das Interesse und die Tatkraft der Sozialdemokratie vor allem darauf gerichtet, den Erwerbslosen praktisch und sofort zu helfen. Die beste Hilfe besteht in der Beschaffung von Arbeit. Dementsprechend haben in einer ganzen Reihe deutscher Kommunen die sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen Anträge eingebracht, die von den städtischen Verwaltungen die sofortige Durchführung von Arbeiten verlangen. In vielen Fällen ist diesen Anträgen auch entsprochen worden. So wurde unter anderem durch die Initiative der SPD. in Sangerhausen Arbeit durch Straßenausbesserungen und Kanalisierung usw. beschafft.

Im Dresdener Stadtparlament wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf sofortige Auszahlung einer einmaligen Unterstützung an bedürftige Wohlfahrtserwerbslose in Höhe von 100 000 Mk. angenommen. Die Kommunisten hatten es sich hier leicht gemacht, indem sie städtische Beihilfen für die Erwerbslosen von 25 Mk. und 50 Mk. forderten. Mit diesen undurchführbaren Forderungen, deren Verwirklichung in Dresden allein 2½ Millionen Mark erfordert hätte, erreichten die Kommunisten praktisch für die Erwerbslosen gar nichts.

Im Freistaat Sachsen erzielte die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen großen Erfolg für die Erwerbslosen. Ebenfalls auf die Initiative der SPD. fand im Ausschuß des Landtags ein Antrag die Mehrheit, wonach den Gemeinden und Bezirksverbänden 4 Millionen Mark noch in diesem Rechnungsjahr zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese finanzielle Hilfe für die Städte und Kommunen, die zur Unterstützung der ausgesteuerten Erwerbslosen längst die vorgesehenen Mittel aufgebraucht haben, kommt zur rechten Zeit. Sachsen marschiert nicht nur mit der Zahl der unterstützten Erwerbslosen, sondern auch mit der Zahl der aus der Versicherung Ausgesteuerten im Deutschen Reich an der Spitze.

Das nennen die Kommunisten „Erwerbslosenpolitik"

Am Mittwoch, dem 12. Februar, drang unter Führung des preußischen Landtagsabgeordneten Oskar Müller eine Schar erwerbsloser Frankfurter Kommunisten in den Opel-Betrieb ein und versuchte, die 7000 Mann starke Belegschaft zu terrorisieren und durch Gewalttätigkeit zur Arbeitsniederlegung und zu einer Solidaritätsaktion gegen die Entlassung von KPD.-Vertrauensleuten zu bewegen. 300 Arbeiter folgten zu einer Versammlung im Fabrikhof. Alle anderen blieben an ihren Arbeitsplätzen und folgten den Parolen der freigewerkschaftlichen Betriebsräte. Diese Absage an die blanquistischen Betriebs„stürmer" hinderte das Frankfurter Kommunistenorgan nicht, am gleichen Tage folgendes in die Welt zu posaunen:

„Die Arbeiter legen den Betrieb still", Die Arbeiter beschließen den Streik (!) und wählen Kampfleitungen". Die Polizei besetzt die „stillgelegten Betrieb". Im Text heißt es dann: „Um ¾10 Uhr legten die Arbeiter den ganzen Betrieb still und zogen zu Tausenden (!) zur Versammlung. Der gesamte Betrieb steht zurzeit ..." „Die Arbeiter wählten sofort Kampfleitungen." „Der gesamte Betrieb ist stillgelegt." usw.

Dabei können alle Opelarbeiter bezeugen, daß hieran kein einziges Wort wahr ist. So hatte sich die Regie dieser neuesten KPD.-Aktion ihren Verlauf erträumt und schon längst vorher den ganzen Bericht fix und fertig gemacht. Er bezweckte, durch seine verlogenen Uebertreibungen die Belegschaften anderer Betriebe und vor allem die Erwerbslosen für weitere kommunistische Putschzwecke in Bewegung zu bringen. Jedoch das Proletariat durchschaut die Wahnsinnsmethoden der Kommunisten, die mit ihrer „Betriebsbesetzung" nur den Scharfmachern zur Stillegung und zur Aussperrung der Betriebe in die Hände arbeiten. Zugleich züchtet der KPD.-Blanquismus das gelbe nationalsozialistische Gewächs, das sich zum Schutz der Betriebe bei den Unternehmern anbietet.

*

Wir registrieren:

Weitere kommunistische „Erfolge" der Erwerbslosenpolitik

In Berlin-Neukölln stürmten vor einigen Tagen verhetzte Kommunisten den Tagesraum für Erwerbslose, weil sich hier einige Reichsbannerleute aufhielten. Bei diesem hinterlistigen Ueberfall wurde ein Arbeiter am Kopf verletzt, zugleich wurde den Erwerbslosen die Einrichtung des Tagesraums kurz und klein geschlagen. Den Schaden davon hatten die Neuköllner Erwerbslosen.

In Gera versuchten die Kommunisten der Thälmann-Richtung und der Brandler-Gruppe, sich gegenseitig die Führung der Erwerbslosen streitig zu machen. Nachdem bereits eine Versammlung wegen gegenseitiger Beschimpfungen aufgeflogen war, erfuhr eine zweite Kommunistenversammlung dasselbe Schicksal. Die Kommunisten titulierten sich gegenseitig als Lumpen, Arbeiterverräter und boten sich Prügel an. Berekelt liefen die Arbeitslosen auseinander.

In Plauen versuchten die Kommunisten einen Demonstrationszug. Als sich ihm die Polizei entgegenstellte, rissen die Demonstranten von einem Gartenzaun Latten ab und gingen gegen die Polizei vor. Gleichzeitig wurde die Polizei mit Steinen beworfen. Die Folge war, daß ein Teil der Demonstranten verhaftet wurde. Ein KPD.-Redner hetzte, man müsse gegen die Polizei noch ganz andere Mittel anwenden.

In Erfurt kündete ein KPD.-Redner in einer Erwerbslosenversammlung den nahe bevorstehenden Ausbruch der Weltrevolution an. Für diesen Tag wurde den Sozialdemokraten angedroht, daß sie alle aufgehängt werden sollen. In der Diskussion traten zwei junge Sozialdemokraten dem konfusen Referenten entgegen und verteidigten das Erwerbslosenversicherungsgesetz. Sofort wurde ein kommunistischer Stoßtrupp in Bewegung gesetzt, der sich tätlich an dem Diskussionsredner vergriff. Die erwerbslose Arbeiterjugend Erfurts wird künftige KPD.-Veranstaltungen unter sich lassen.

*

KPD.-Erwerbslosenkongreß im Zeichen der Pleite

Zur Vorbereitung ihrer großen Erwerbslosenaktion am 6. März haben die Kommunisten in den einzelnen Bezirken sogenannte Erwerbslosenkongresse einberufen, die nach der kommunistischen Presse im Zeichen der „Massen-Mobilisierung" stehen sollen. Die bisherigen Veranstaltungen jedoch standen im Zeichen der Pleite. Die erdrückende Mehrheit der Arbeiterschaft, insbesondere ihres organisierten Teils, will von den KPD.-Kongressen nichts wissen.

Unterhaltung und Wissen

Erst die Zunge herausgerissen, dann verbrannt

Der Tod Giordano Brunos

Auf dem Scheiterhaufen

Vor 330 Jahren flammte in Rom auf Befehl der katholischen Kirche der Scheiterhaufen, auf dem Giordano Bruno, einer der besten, freiesten und kühnsten Männer, verbrannt wurde. Wie eine Meute blutgieriger Wölfe war die hohe Geistlichkeit über diesen Mann hergefallen, dessen Körper sie wohl vernichten konnte, ohne daß es ihr aber gelang, seine Gedanken zu zerstören. Wir können uns heute kaum noch vorstellen, daß die Lehre des Kopernikus von der Drehung der Erde um die Sonne, die uns allen so selbstverständlich erscheint, einmal die Geister aufs tiefste erregt hat, weil sie eben alles Veraltete über den Haufen warf und den Menschen aus seiner Stellung als Mittelpunkt der Welt und Endziel der Schöpfung verdrängte. Das Blut vieler Märtyrer klebt an dieser Lehre.

Einer der größten und begeistertsten Kämpfer für diese neue Erkenntnis war Giordano Bruno, der im Jahre 1548 zu Nola geboren wurde. Seine Herkunft war keine vornehme, denn seine Familie war arm. In seinem 15. Lebensjahre trat er als Novize in das Kloster des heiligen Dominikus in Neapel ein, höchstwahrscheinlich, um sich trotz seiner Armut den Wissenschaften widmen zu können. Es ist begreiflich, daß sich ein so freiheitsliebender Genius schon frühzeitig gegen den geistigen Zwang des Klosterlebens auflehnen mußte. Zu eng wurde ihm die Welt des Mittelalters, „als des Kopernikus mahnendes Wort an die Pforten der Jünglingsseele ihm pochte". Durch freie Meinungsäußerungen und durch das Lesen verbotener Bücher machte er sich verdächtig. Als der Provinzial seines Ordens im Jahre 1575 eine schwere Anklage wegen Ketzerei gegen ihn einreichte, entfloh er aus dem Kloster, legte die Mönchskutte ab und streifte als Privatlehrer durch die italienischen Städte. Aber nirgends war unser Flüchtling sicher; überall lauerten die Spürhunde der Inquisition. So wurde er, der Sohn des Südens, über die Alpen in die unfreundlichen nördlichen Länder gejagt. Ruhelos wanderte er, Erwerb und Unterhalt suchend, durch die Schweiz, durch Deutschland und Frankreich bis nach England. Im Hause des französischen Gesandten Michel de Castelnau verlebte er die glücklichste Zeit seines Lebens. Durch eine Schrift über Gedächtniskunst erwarb er sich die Lehrfreiheit an der Universität Oxford. Als er aber bei einer Feier der Universität in einer großen Disputation für das kopernikanische Weltsystem eintrat, hatte er die ganze Oxforder Professorenschaft gegen sich. Mittelalter und Neuzeit kreuzten die Klingen. Da es den Professoren nicht gelang, die Ansichten des unangenehmen Neuerers zu widerlegen, so entzogen sie ihm die Lehrfreiheit.

Bei dem Gedanken an Kopernikus fühlte sich Bruno wie von Fesseln befreit. Kristallene Sphären hatten bisher die Welt wie Gefängnismauern umschlossen; nun brachen sie entzwei, und die Welt wurde groß und weit. Die unendlich vielen Welten am Himmel sind alle einander ähnlich. Die Tausende von Fixsternen, die wir am nächtlichen Firmament funkeln sehen, sind Sonnen, um welche Planeten kreisen, wie um unsere Sonne. Was die Wissenschaft, die Spektralanalyse, fast drei Jahrhunderte später erforschte, das hat dieser Philosoph bereits vorausgeahnt.

Aber die Sehnsucht nach seiner Heimat hatte Bruno nicht verlassen. Sie wurde so stark, daß sie die Stimme der Vernunft übertönte. Ein „Edelmann" — Giovanni Mocenigo ist der Name des Erbärmlichen — schrieb an Bruno und lockte ihn nach Venedig, angeblich, um seinen Unterricht zu genießen. Bruno folgte dem Rufe. In der Nacht zum 22. Mai 1592 drang der „Edelmann" mit sechs handfesten Männern in das Schlafgemach seines Lehrers ein und ließ ihn gefangennehmen. Nun begann ein aufreibender Prozeß. Die Inquisition wollte aus Bruno Geständnisse herauspressen und bedrohte ihn mit der Folter. Man schleppte ihn von Venedig nach Rom und hielt ihn dort acht Jahre lang im Kerker gefangen. Durch die jahrelange Gefangenschaft wuchs aber erst recht die Stärke von Brunos Geist und Charakter. Als er zum letzten Male vor seinen Richtern stand, sprach er, das Todesurteil anhörend, mit ruhigem Ernste das Wort: „Mit größerer Furcht verkündet ihr das Urteil, als ich es hinnehme!"

Am 17. Februar 1600 bestieg Bruno den in Rom errichteten Scheiterhaufen, nachdem seine Richter in ihrem Blutdurst ihm vorher noch die Zunge hatten herausreißen lassen. Der Papst feierte sein Jubiläum. Unzählige Pilger aus aller Herren Länder waren in der ewigen Stadt anwesend. Die höchsten Würdenträger der katholischen Christenheit, versammelt um ihr Oberhaupt, den Stellvertreter Jesu Christi, ergötzten sich hier am Todeskampfe des Philosophen. Ueber dessen Lippen aber kam kein Laut, kein Schrei, und als ihm, dem mit dem Tode Ringenden, einer der Henkersknechte ein Christuskreuz vor die Augen hielt, wandte er mit stummer Verachtung sein Haupt.

So starb der „Fürst der Ketzer", einer der besten Menschen und größten Philosophen. Wir aber wollen dafür sorgen, daß es den Mächten der Finsternis nie wieder gelingt, mit ihren Polypenarmen die Menschheit zu umklammern. Das sei der Dank, den wir Giordano Bruno, dem unermüdlichen Kämpfer für Geistesfreiheit, schulden.

Erich Krug.

Drüben in der Heimat...

Der Tramp und die weißen Rosen

Der Tag ging zur Neige. Der Tramp stolperte auf müden Beinen und wundgelaufenen Füßen durch das hohe Gras. Seine Silhouette hob sich scharf und dunkel gegen den Sonnenball ab, der feurig und glutrot am Horizont stand. Manchmal blieb er stehen. Dann schien es, als ob er ermüdet umsinken wollte. Jedesmal riß er sich dann aber wieder zusammen und ging mit einknickenden Knien und hängendem Kopfe mühsam weiter. Sein Gesicht, von einem wirren, stoppeligen Bart umrahmt, war von der Anstrengung hochrot. Die Adern lagen wie dicke Schnüre auf den eingefallenen Schläfen. Manchmal sprach er halblaut vor sich hin. Dann stapfte er wieder schweigend weiter. In seinem Innern wühlte der Hunger. Seit Wochen war er nun schon wieder unterwegs, aber so schlimm wie hier 'm Westen der Staaten hatte er es noch nie getroffen. Der Teufel mußte ihn auch reiten, gerade diesen Weg zu nehmen. Drei Tage lief er nun schon, ohne eine Menschenseele gesehen zu haben. „In eineinhalb Tagen bist du da, wenn du dich ein wenig dranhältst", hatte ihm der Farmer nachgerufen, als er den Hof verlassen hatte, um nach der nächsten Farm weiterzuwandern. Der Tramp lachte bitter vor sich hin. Der hatte gute reden. Der war satt und kräftig und brauchte sich keine Sorgen darüber zu machen, wovon er morgen leben würde.

Vor vierzig Jahren war er herüber gekommen aus Deutschland. Mit Schimpf und Schande von der Schule gejagt — der Vater, ein echt preußischer Beamter, hatte dem mißratenen Sohne die Fahrkarte in die Hand gedrückt, und kein Flehen und Weinen hatte sein verknöchertes Herz rühren können. „Steh zu, wie du durchkommst — wir haben nichts mehr miteinander zu schaffen", waren seine Abschiedsworte. Dann stand der Junge mit seinen knapp zwanzig Jahren auf amerikanischem Boden, versuchte verzweifelt hochzukommen, rannte nach Arbeit — aber alles war vergeblich. Für schwerere Arbeit war er nicht kräftig genug, für andere zu unerfahren; seine verzweifelten Briefe nach Hause blieben unbeantwortet, und so ging es dann schnell bergab mit ihm — bis er eines Tages als Tramp, als Landstreicher auf der Landstraße stand und in das Unbekannte, ins Nichts hinauswanderte. Kreuz und quer hatte er die Staaten durchwandert, jahraus, jahrein, Winter und Sommer. Jetzt war er alt und müde.

Der Mann blieb stehen, legte die Hand über die Augen und spähte nach vorn. Gottlob, da war die Farm, dort bekam er endlich wieder etwas zu essen. Von neuer Hoffnung belebt, schritt er vorwärts.

Es dunkelte. Der Landstreicher saß auf der Bank vor dem Hause, hatte den geleerten Teller neben sich stehen und starrte nun, satt und zufrieden, im Halbschlafe vor sich hin. Aus dem geöffneten Fenster über ihm drangen abgerissene Musik- und Sprachfetzen. Der Sohn des Farmers saß an dem großen Radioapparat und suchte fremde Stationen. Der Tramp hatte gar nicht darauf geachtet, als er plötzlich mit einem Ruck hochfuhr. Oben aus dem Fenster drangen zwar leise, aber deutlich vernehmbar deutsche Worte. Eine Stimme: „Achtung, Achtung, hier Königswusterhausen!" — dann folgte Knacken und Knattern, einen Augenblick Stille, und dann sang eine Männerstimme klar und laut:

„Drüben in der Heimat blüh'n die weißen Rosen,
Drüben ist mein Herz nur ganz allein."

Der Tramp starrte vor sich hin. Der sentimentale Text des Liedes war ihm wie ein Dolchstich ins Herz gefahren. Weiße Rosen — ja, unter weißen Rosen hatte sein Unglück angefangen. Die Nacht war dunkel und betörend warm, und der Rosenstrauch, unter dem er mit der blonden Annemarie saß, schüttete verschwenderisch seine weiße Blütenpracht über die beiden jungen Menschen aus. Sie küßten sich, bis plötzlich der verhaßte Lehrer, der ihn noch nie hatte leiden können, vor ihnen stand und sie mit einem häßlichen Schimpfwort aus ihren Glücksträumen riß. Ein Wort gab das andere, bis ihm auf ein neuerliches Schimpfwort des Lehrers das Blut heiß ins Herz schoß. Da war er aufgesprungen, dem Verhaßten an die Kehle — — —

Oben war das Lied zu Ende. Eine englische Station meldete sich. Der Tramp fuhr fröstelnd zusammen. Er war ärgerlich auf sich selbst. Dummes Zeug, schimpfte er vor sich hin — — — aber langsam rannen ihm trotz seines Widerstrebens zwei schwere, dicke Tränen das zerfurchte Gesicht herab. Dann ging er müde nach dem Schuppen, wo er schlafen sollte.

Am anderen Morgen wanderte er weiter — ins Unbekannte, ins Nichts. — — —

Walter Schirmeister.

Ein Denkmal für Mrs. Pankhurst

In London wird im kommenden März für die Frauenrechtlerin Mrs. Pankhurst ein Denkmal enthüllt werden. Mrs. Pankhurst hat bekanntlich vor 20 und mehr Jahren London oft durch ihre großen Suffragettendemonstrationen in Aufregung versetzt. Sie ist wiederholt unter dramatischen Umständen verhaftet worden. Bei der Feier werden Minister und andere hohe Diplomaten zugegen sein. Die Kapelle der städtischen Polizei bestreitet den musikalischen Teil. Es ist bedauerlich, daß Mrs. Pankhurst bei diesem Fest infolge ihres inzwischen erfolgten Ablebens nicht dabei sein kann. Es hätte ihr sicher Spaß gemacht, zu sehen, wie dieselbe Polizei sich um sie bemüht, die sie einst in ihre Arrestzellen gesperrt hat.

Der verheiratete Papst

Zur Zeit des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. führte der Prediger der deutschen Botschaft in Rom seltsamerweise den Familiennamen Papst. Friedrich Wilhelm mußte ihm die Heiratserlaubnis ausfertigen und erzählte seiner staunenden Umgebung, er habe heute den Papst in Rom verheiratet.



2) Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf

Eine Armee von Gläubigen schritt hinter Christus her, den alle Völker mit Begeisterung begrüßten. So gelangte er auch auf die armorikanische Halbinsel. Sie war das Ende Europas, das Ende der bekannten Welt. Satan war Schritt für Schritt zurückgewichen. Bald mußte er nicht nur an den Schutz seiner Besitzungen, sondern vor allem an die Rettung seiner eigenen Person denken, und es war qualvoll für ihn, das Königreich der Erde herzugeben für die Tiefe der Hölle! . . . Er begab sich zu Jesus Christus und schlug ihm einen Vertrag vor: „Laß mir," bat er, „ein kleines Stückchen Erde, einen Winkel, ein Loch, in das ich mich zurückziehen kann, und ich schwöre dir, daß ich das Gesetz achten will." Jesus Christus kannte die Versprechungen des Bösen. Mit einer weiten Bewegung segnete er das ganze Land. Satan stieß einen Schmerzensschrei aus, und mit einem Satz, um sich bei der Berührung mit der heiligen Erde nicht zu verbrennen, erreichte er Saint-Mathieu. Dort stürzte er sich von den hohen Klippen ins Meer."

„Ganz recht, aber . . . der Felsen?"

„Sie werden gleich hören . . . Satan nahm seine Niederlage nicht ohne weiteres hin. Er verzichtete nicht auf die Herrschaft über die Lebenden. Tagsüber versteckte sich der Teufel im Inselgewirr, um bei Anbruch der Nacht als Fledermaus zurückzukehren, und er rächte sich durch Uebeltaten an denen, die ihn verleumdet hatten. Seine Opfer baten Jesus um Schutz, und eines Abends kam Jesus auf die Insel. Sobald er Satan am roten Himmel daherfliegen sah, rief er ihm zu: „Kehre zurück, woher du gekommen bist!" Satan, der die Macht Christi fürchtete, gehorchte. Da er jedoch auf Ouessant zuflog, segnete Jesus auch diese Gegend. Der Böse schwenkte nach Molène um. Jesus segnete Molène. Jedesmal, wenn er auf eine neue Sandbank zusteuerte, mußte sein Flug einen neuen Bogen beschreiben, denn der göttliche Segen machte den Schlupfwinkel unzugänglich. Mit wachsender Angst flatterte er nach allen Seiten, verwirrt schwankte er wie die Fledermäuse, die durch die Dämmerung fliegen. Endlich schien er in die Fluten zu stürzen. Jesus segnete das Meer und ging von dannen. Aber Satan war nicht vernichtet worden."

„Er hatte ein verteufelt hartes Leben!"

„Als Jesus einen Felsen nach dem andern im Ozean segnete, war ihm ein von der Brandung überschäumter Felsen entgangen. Dieses Riff wurde also des Segens nicht teilhaftig. Dorthin flüchtete sich Satan. Die ganze Nacht hindurch klammerte er sich am Granit fest, den er mit seinen häutigen Flügeln beschattete. Die Windstöße schüttelten ihn hin und her, die Brandung bespie ihn, und heiliger Schaum, der seine verdammte Haut besengte, überflutete ihn immer wieder. Nach langer Zeit gelang es ihm, mit seinen Krallen und Zähnen ein Loch in den Stein zu bohren, durch das er zum inneren Feuer der Erde in sein Element zurückkehren konnte. Bevor er die Menschen verlassen wollte, hatte er sich jedoch vorgenommen, sie zu bestrafen. Dieses einzige Bruchstück der Erdoberfläche, das seiner Herrschaft verblieben war, erhielt, wie man sagt, von ihm die furchtbare Gabe, die Schiffe an sich zu ziehen. Ich habe in der Tat seltsamerweise feststellen können, daß ein ganz sonderbarer spiralförmiger Strom um die Klippen kreist. Eine Barke, die in diesen Strom gerät, ist verloren. Sogar Kutter haben sich nur mit Mühe wieder herauslotsen können, und deswegen, Herr Chefingenieur, behauptet man, dieser Felsen gehöre dem Teufel. Man stellt sich vor, er sei verflucht, weil man ihn zu fürchten hatte, und man erklärt ihn für furchterweckend, weil er verflucht ist. Das ist die Geschichte aller Legenden."

Die „Désiré" befand sich in der Iroise. Schon konnte man nach links und rechts weite Streifen der Küste sehen. Hohe Brandungswellen bäumten das Meer, hie und da stachen Klippen mit Schaumspitzen aus der Flut. Es gab überraschend viele. Kleine braune Ungeheuer, deren Rückgrat gerade mit der Wasserfläche abschnitt: sie schienen auf der Lauer zu liegen, mit Krallen, die zupacken, mit Kiefern, die beißen wollten. Manche lagen im Hinterhalt versteckt um eine größere, die ihr Führer zu sein schien. Andere wieder einsam, unter der Brandung versteckt, trieben auf eigene Rechnung Seeraub, und nur ein ewig wiederkehrender Silberbusch ließ ihren Standort vermuten. Ringsherum streiften die Strömungen, die sich zu grauen Kronen bäumten, prallten aufeinander, spien ihren Zorn aus, vereinigten sich in Wirbeln, die flach in beunruhigender Unbeweglichkeit standen, und man mußte daran denken, daß darunter gestrandete Schiffe, auf der Seite liegend, mit Algen bewachsen, von Fischschwärmen gestreift, langsam sich auflösten, der grünen Nacht des Abgrunds zu . . .

Die „Désiré" hielt westlichen Kurs. Der Teufelsfelsen mitten im Meer bildet ein Inselchen, das zehn Meter breit und achtzehn Meter lang ist. Bei Flut verschwindet die Insel fast ganz, bei Ebbe taucht sich wieder auf. Ebenso drei weitere Vorsprünge, die mit dem Hauptgebiet durch eine Art Damm verbunden sind.

Die „Désiré" umkreiste vorsichtig die Gruppe. Die drei Männer beobachteten, ohne zu sprechen. Sie empfanden die Bedeutung des Augenblicks. Von ihrer Ansicht hing die Entscheidung der Verwaltung ab; eine bedeutende Summe, vielleicht eine Million, stand auf dem Spiel, sogar Menschenleben würden in Gefahr geraten . . . und alle drei hatten die Verantwortung im Falle eines Mißerfolges zu tragen.

Es war kühl geworden. Ein fast horizontaler Regen peitschte den Dampfer.

Schlingernd und stampfend blieb die „Désiré" stehen, aber die Maschinen hatten nicht gestoppt, und die Schrauben drehten sich noch immer. In der Iroise sind in der Flut Strömungen wirksam, die bei Flut eine Geschwindigkeit von vier bis fünf Knoten erreichen. Die Flut steigt mit einer Geschwindigkeit von sechs bis sieben Knoten. Um auf dem Fleck stehen zu bleiben, benötigt man genau so viel Kraft, wie um in einer Stunde fünfzehn Kilometer zurückzulegen.

„Nun . . . Kerroz?" sagte endlich Herr von Croixdalle.

Der Tradition zufolge, nach der bei Untersuchungen sich der Untergebene zuerst zu äußern hat, um nicht durch die Meinung eines Vorgesetzten beeinflußt zu werden, fragte er zuerst den Aufseher.

„Mein Gott, Herr Chefingenieur, ich habe ja wohl in der Hauptsache nur auszuführen, was die Herren gutheißen werden."

„Und ihre Ansicht?"

„Ja, ganz einfach ist das nicht . . ."

„Und Sie, Herr Fouché?"

Der junge Mann sammelte sich einen Augenblick und sagte dann:

„Das Unternehmen wird viel Geld verschlingen und viel Zeit. Aber dieser verteufelte Felsen hat so viel Unglück angestiftet, daß es unsere Pflicht ist, ihn unschädlich zu machen. Eine Boje reicht nicht aus. Es muß unbedingt ein Leuchtfeuer her. Eine schwimmende Signalboje ist unmöglich, denn die Befestigungskette würde sich an dieser klippenreichen Stelle verbrehen und durchscheuern."

(Fortsetzung folgt.)

Mutter und zwei Kinder durch Gas vergiftet

Forst i. d. Lausitz, 26. Febr. (Drahtm.) Die 30 Jahre alte Frau Lieske und ihre beiden Töchter im Alter von 1¼ und 3 Jahren wurden von dem heimkehrenden Ehemann in der Küche tot aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen Unglücksfall handelt. Frau Lieske war, durch Nachtwachen am Krankenlager ihrer Kinder stark übermüdet, eingeschlafen, ohne daran zu denken, daß auf dem Gaskocher ein Topf mit Wasser stand. Das Wasser kochte über, brachte die Gasflamme zum Erlöschen, das ausströmende Gas erfüllte in kurzer Zeit den Raum und führte so den Tod der drei Menschen herbei.

Unter Anklage des Paragraphen 218

Auf Grund anonymer Anzeige einer Hausbewohnerin wurde bei der 53 Jahre alten Frau Martha Sprengler in Berlin-Charlottenburg eine Haussuchung vorgenommen, nachdem die Polizei festgestellt hatte, daß sie oftmals den Besuch von jungen Mädchen empfing. Die Haussuchung führte zum Funde eines dicken Buches, in dem, nach Datum und Alphabet geordnet, die Namen von mehreren hundert Mädchen eingetragen waren. Die Polizei sagte Frau Sprenger auf den Kopf zu, daß es sich hier um die Kundenliste aller derjenigen jungen Mädchen handele, bei denen sie gesetzlich verbotene Eingriffe vorgenommen habe. Frau Sprenger gestand und hat sich nunmehr vor dem Schwurgericht zu verantworten. Außerdem ist Anklage erhoben worden gegen 35 der Mädchen, die sich in Anerkennungsschreiben bei Frau Sprenger bedankt hatten.

Funkspruch vom Schnelldampfer „Europa"

Bremen, 26. Febr. (Drahtm.) Laut Funkspruch vom Schnelldampfer „Europa" des Norddeutschen Lloyd erreichte das Schiff in letzter Nacht Fair Island in der Nähe der Nordküste Schottlands und nahm dann wieder Kurs nach Osten. Heute vormittag 10 Uhr befand sich die „Europa" in der Nähe der norwegischen Küste bei Utsire auf dem Wege nach Cap Lindesnaes. Hier wurde wiederum in die Meilenfahrt eingetreten. Bei Windstärke neun bis zehn bewies das Schiff in jeder Hinsicht seine hervorragenden Seeigenschaften.

Großfeuer in Bad Pyrmont

Pyrmont, 26. Febr. (Drahtm.) Seit 3 Uhr nachts brennt in Bad Pyrmont das Etablissement Tivoli in der Schulstraße. Das Vordergebäude wurde innerhalb einer Stunde größtenteils vernichtet, während der große Saal und die angrenzenden Gebäude durch das energische Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr unter Wasser gehalten werden. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Urteil gegen Graf Stolberg rechtskräftig

Hirschberg, 26. Febr. (Drahtm.) Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben sowohl die Staatsanwaltschaft, wie auch Graf Christian zu Stolberg ihre Berufung zurückgezogen. Das Urteil gegen Graf Christian, der wegen fahrlässiger Tötung seines Vaters zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist damit rechtskräftig geworden. Ob der Verurteilte Bewährungsfrist erhält, wird das Gericht noch zu beschließen haben. Zur Zeit befindet sich Graf Christian in Freiheit.

Absturz vom Breithorn

Zermatt, 26. Febr. (Drahtm.) Der bekannte schweizerische Bergführer Hermann Perren, der nicht weniger als 140 Mal das Matterhorn bestiegen hat, unternahm am Montag mit einer Dame aus Luzern eine Besteigung des Breithorn. Beim Abstieg löste sich eine Schneedecke und beide stürzten in den Abgrund. Andere Kolonnen, die den Sturz bemerkt hatten, versuchten sie zu retten, jedoch waren ihre Seile zu kurz. Eine von Zermatt unternommene Rettungsexpedition konnte gestern die beiden Leichen bergen. Perren der 68 Jahre alt war, war bereits vor einigen Jahren ebenfalls am Breithorn abgestürzt. Damals mußte er eineinhalb Tage in einer Gletscherspalte neben der Leiche seines Begleiters ausharren, bis er gerettet wurde.

Der Liebesgürtel des Herrn Niksis

Und was man tun muß, um gescheit zu werden

In Wien wurde ein Herr Niksis ins Landesgericht gebracht, der mit der von ihm gegründeten „Ostloge" viele Dumme fand und betrog.

Herr Niksis ernannte sich zum Großmeister seiner Loge und lud mit schwülstigen Einladungsbriefen Tausende von Wienern und Provinzlern zur Mitgliedschaft gegen den Jahresbeitrag von 20 Schilling. Dafür bekam man dann einen Wunderkatalog, der Zaubermittel für alle Nöte des Lebens anpries; Niksis empfahl sich gleichzeitig bestens als Lieferant. Für 30 bis 60 Schilling gab es magische Geburtssteine, für 20 Schilling Liebesgürtel, die den Geliebten zur ewigen Treue veranlassen, wenn er sie um den Bauch gewickelt bekommt, ferner für 15 Schilling Kreide, mit der einem jeder Wunsch erfüllt wird, der mit ihr geschrieben wird. Juwelen, die auch die sprödeste Frau gefügig machen sollen, magisches Parfüm, das Männer zu unwiderstehlichen Don Juans macht und schließlich Gehirnpillen „zur Erlangung eines guten Gedächtnisses für Prüfungen". Während die Gehirnpillen bereits um 20 Schilling zu haben waren, mußte 95 Schilling anlegen, wer einen Zauberspiegel haben wollte, in dem man seine Zukunft sehen und die Fertigkeit erlangen kann, sich unsichtbar zu machen.

Als besonderer Interessent der Gehirnpillen meldete sich Herr Mathias, ein wackerer Landwirt aus Deutsch-Böhmen. Er brauchte die Pillen nicht für sich, sondern für seinen Sohn, der auf der Prager Universität Prüfung um Prüfung durchfiel. Der Sohn fraß morgens, mittags und abends von seinen Pillen, aber erstens bekam er davon regulären Durchfall und zweitens fiel er auch bei der Prüfung durch. Der ältere Mathias hatte mit dem Zauberspiegel, den er sich für sich kommen ließ, gleichfalls Pech. Nun schickte ihm Niksis zum Ausnahmepreis von 10 Schillingen ein Horoskop, das dem biederen Bauern riet, sich einen jener schönen Steine zuzulegen, wie sie Herr Niksis ebenfalls auf Lager hat. Dann würde er auch, verriet das Horoskop, eine große Erbschaft machen

Die Sache mit der Erbschaft freute Mathias ungemein. Er konnte das Geheimnis nicht an sich halten und verriet es seinen Freunden. Die waren boshaft genug, Mathias zu verführen, zur Beschleunigung des angekündigten Glücksmarsches noch die Unterstützung der Polizei herbeizurufen. Die Polizei brachte zwar keine Erbschaft an, aber sie brachte Herrn Niksis ins Gefängnis. Und Herr Mathias gesteht seufzend seinem Sohn: Nix is . . . .

12 Millionen Mark Geldstrafe

für eine amerikanische Bank

Neuyork, 25. Febr. (Drahtm.) Der brasilianische Generalinspektor für das Bankwesen hat, wie die Associated Preß aus Rio de Janeiro meldet, die National City Bank-Neuyork angewiesen, wegen angeblich den Regierungsvorschriften zuwiderlaufenden Börsengeschäfte der Zweigstelle der National City Bank in Sao Paulo eine Geldstrafe von fast drei Millionen Dollar zu zahlen. Die Bank teilt hierzu mit, daß Anschuldigungen gegen sie erhoben, aber bereits vor einiger Zeit in vollem Umfange von ihr widerlegt worden seien. Es wird erwartet, daß die Bank gegen das Urteil Revision einlegen wird.

Bergwerksunglück in Pennsylvanien

Pottsville (Pennsylvanien), 25. Febr. (Drahtm.) Im Lytle-Kohlenbergwerk erfolgte heute eine Explosion. Ein Bergmann wurde getötet. Drei Bergleute werden vermißt. Wahrscheinlich sind sie ebenfalls ums Leben gekommen. Außerdem wurden drei Bergleute schwer verletzt. Durch den Luftdruck der Explosion waren sie weit fortgeschleudert worden.

Dynamitexplosion

Johannesburg, 26. Febr. (Drahtm.) In einer Dynamitfabrik in Modderfontain ereignete sich gestern eine Explosion, durch die ein Europäer und vier Eingeborene getötet wurden.

Der Mord in Nachterstedt

11 000 Mark Belohnung.

Quedlinburg, 26. Febr. (Drahtmeldung.) Die Verwaltung der Grube „Concordia" in Nachterstedt hat die Summe der Belohnung für die Ermittlung des Mörders des Bergwerksdirektors Kramer auf 10 000 Mk. erhöht. Da außerdem der Regierungspräsident 1000 Mk. ausgesetzt hat, beläuft sich die Auslobung jetzt auf 11 000 Mark.

Ein mordlustiges Dorf

Die durch die Folgen der völligen Mißernten der letzten drei Jahre gänzlich verarmte Einwohnerschaft des türkischen Dorfes Aibasti bei Ordu beschloß, sich auf eine noch nicht dagewesene Art und Weise zu „sanieren". In ganz Anatolien ziehen seit Jahrhunderten zahlreiche fliegende Händler umher, die auf Wagen und Eseln alle möglichen Waren und oft auch viel Geld mit sich führen. Das Dorf lud nun eine Reihe solcher Händler systematisch zu einem Besuche ein, lockte die Leute in einen Hinterhalt und ermordete sie dann. Der Raub wurde unter die Einwohnerschaft verteilt. Die letzte Mordtat begingen die Leute an zwei armen Hausierern, die sie für reich gehalten hatten; sie schlugen den Leuten mit Aexten die Köpfe ab und die Glieder vom Leibe, enthaupteten auch die Esel der Ermordeten und warfen Leichen und Kadaver in einen Quell an einer einsamen Stelle des Waldes von Aibasti. Die Ermordeten hatten aber, wie sich bei der Verteilung der Beute zeigte, nur 60 Mark bei sich. Nun gerieten die geldhungrigen Mörder untereinander über die Aufteilung des Geldes in einen Streit. Einer von ihnen, der sich übervorteilt glaubte, machte der Gendarmerie eine anonyme Anzeige; die Gendarmerie erschien in Aibasti und hat nach kurzer Zeit zahlreiche der von der Dorfbevölkerung begangenen Verbrechen aufgedeckt. Die meisten der Einwohner des Dorfes wurden verhaftet und nach dem Hauptort des Wilajets Ordu abgeführt.

Ein Klub der Selbstmörder

Bei der Lodzer Polizeibehörde meldete sich vor einigen Tagen ein älterer Herr, der um die Erlaubnis für die Gründung eines Selbstmörderklubs bat. In seinem äußerst sorgfältig ausgearbeiteten Projekt legte er die genauen Statuten und die Tendenzen des Klubs vor. Er beabsichtigte aus eigenen Mitteln ein entsprechendes Lokal mit den humansten und modernsten Tötungsmitteln auszustatten, die jedem Lebensüberdrüssigen zur Verfügung stehen sollten. Das Selbstmordproblem — so erklärte er — erfordere eine Reformierung, denn oft nehmen sich die Selbstmörder mit schrecklichen Mitteln das Leben, wobei sie langwierigen Qualen ausgesetzt oder schließlich gezwungen sind, ins verhaßte Leben zurückzukehren. Die Mittel, deren sich die Selbstmörder gegen geringes Entgelt im Klub bedienen könnten, würden mit absoluter Sicherheit zum Ziele führen und einen leichten Tod bewirken. Jeder Selbstmörder müsse jedoch bei Inanspruchnahme der „Dienstleistungen" des Klubs seinen ganzen Nachlaß der Institution verschreiben. — Die Lodzer Polizeibehörden fanden für die Idee dieses Unternehmens jedoch kein Verständnis und verweigerten die Lizenz.

Der Mann als Frau

Auffallend zahlreich sind die Fälle von Bisexualität, die in der letzten Zeit in der Türkei bekannt geworden sind. So heiratete ein Bauer aus der Umgegend von Mersina vor kurzem das schönste Mädchen aus seinem Dorfe. In der Hochzeitsnacht mußte er jedoch feststellen, daß seine Frau ein Mann war. Das Mädchen wurde daraufhin von ihren Eltern in ein Krankenhaus geschickt, aus dem es einige Tage später nach Vornahme einer leichten Operation als vollgültiger Mann entlassen werden konnte. „Es" hatte nun einen männlichen Namen angenommen und ist in Mersina Hafenarbeiter geworden.



2) (Fortsetzung.)

So kam es, daß das arme Reserl mit seinen grauslichen Gedanken zitternd und frierend vor Todesangst und Enttäuschung immer noch im Hausflur der alten Gasse stand. Eine Bogenlampe nach der anderen verlöschte, ein Auto nach dem andern sauste davon. Sie sah in der Beleuchtung der Bogenlampen in glückliche, strahlende Menschengesichter, die die große, fabelhafte Revue in blendende Laune versetzt hatte.

Vielleicht sagte einer von den Tausenden: „Das Mäderl, das in dem giftgrünen Rokokokleidchen die Chorgirls anführte, war das hübsche Reserl vom Hausmeister Blumnauer aus der Naglergassen". Oder: fuhr es ihr durch das wüste Köpfchen: „Kennst das Reserl vom Blumnauer aus der Naglergassen? Gestohlen hat's! Einen kostbaren Ring gestohlen, aus der Garderoben der berühmten Miguella."

Morgen stand's vielleicht in allen Tagesblättern: „Gestohlen!" Die Schande! Die Schande! Aber das konnte man doch einfach nicht überleben. Zu Hause waren vielleicht schon die Gendarmen und durchsuchten die kleine Wohnung. Sie konnte den Ihrigen nach all dem nicht mehr unter die Augen treten, wo sie unschuldig so viel Schmerz und Schande über sie gebracht hatte. Es war ja nicht allzu weit bis zum Donauufer, es war nur ein kleiner Entschluß, ein bisserl Mut gehörte ja dazu, so hinein aus all der Freude ins kalte Wasser.

Nur die Augen zu, dann geht's vielleicht, dachte das arme Mädel und rannte und rannte. Und stand dann noch zaghaft an der Böschung. Nein es geht nicht, wenn man gar soviel Liebe im Herzen trägt! So setzte sie sich einen Augenblick an den Uferrand, die Beine trugen sie nicht mehr. Nur ein bisserl verschnaufen vor dem großen Weg, den man noch vor sich hatte.

Und dann kam doch das große, überwältigende Gefühl: Der Wille zum Leben. Denn wie das Reserl einen Augenblick so still saß und die blanken Sterne sich im schwarzen Wasser der vorüberflutenden Donau spiegelten, da kam drüben aus einer der vielen Heurigenkneipen ein Trupp vergnügter Menschlein die Uferstraße entlang. Mit Singen und Lachen erfüllte ihre Gegenwart die Luft, und der Lebenshunger regte sich mächtig in dem kleinen Ding, das eben noch bereit gewesen war, alles von sich wegzuwerfen, nur um vor sich selber und vor der erbärmlichen Umwelt rein dazustehen.

Und das wühlte alles so in dem schmalen Körperchen, daß das Reserl schnurstracks nach Hause lief, gerade in die Arme der Mutter hinein, um dort den ersten großen Schmerz ihres Lebens auszuweinen. Sie wollte sich einen kleinen Trost holen, daß die liebe Welt nicht gar so schlecht war, wie es sich eben noch ansah. Die Mutter mußte an sie glauben, alles andere war dem Dingelchen egal in dieser Stunde. Und wenn die ganze Gendarmerie auf den Beinen gewesen wäre, ein kleines, blödes dummes Mädel abzufangen, das durchaus eine Diebin sein sollte, nichts konnte sie davon abhalten, bei der Mutter Schutz zu suchen.

Und sie sagte ihr alles hastig im Hausflur, wo die geängstigte Frau wieder einmal wartete. Es war aber niemand gekommen, um nach dem Chormädel vom Revuetheater zu fragen.

„Was willst nun tun, Reserl?" fragte die besorgte Frau, „dazu die teure Karriere, damit du nun nach all dem in irgendeinem Laden stehst, um Kipferln zu verkaufen!"

„Das will ich auch gar net, Mutterl, i geh morgen in die Agentur und tu den Schirokauer bitten, mich recht weit weg von hier zu schicken."

3.

Frau Angela van der Naarden, die Witwe des weit über Holland hinaus berühmten Antiquitätenhändlers Jacob van der Naarden, hatte das schönste Haus Amsterdams an der Herrengracht. Bei ihr ging alles aus und ein, was die alte Stadt lebendig und interessant machte, man riß sich darum, bei der schönen, lebenslustigen Frau zu verkehren.

Wie sie es vor etwa zehn Jahren in Scheveningen angestellt hatte, den älteren der beiden unzertrennlichen Brüder van der Naarden dazu zu bewegen, sie, die eleganteste und exzentrischste aller mondänen Frauen dieses Seebades, zu heiraten, blieb allen ein Rätsel, die die Verhältnisse kannten. Der fast märchenhafte Reichtum der beiden Brüder Jacob und Dirk van der Naarden war niemand, der einigermaßen in Amsterdam Bescheid wußte, ein Geheimnis. Und Jacob zählte nahezu fünf- und vierzig Jahre, als er sich entschloß, sein Junggesellenleben aufzugeben und diese rothaarige, blendende Frau in das alte vornehme Haus an der Herrengracht als seine Gattin heimzuführen.

Als schöne Abenteurerin, die ihr letztes auf diese eine Karte gesetzt hatte, war Angela nach Scheveningen gekommen. Als reichste Frau der vornehmsten Gesellschaft Hollands zog sie in Amsterdam ein. Niemand wußte, woher sie kam. Es mußte genügen, daß die Persönlichkeit des Jacob van der Naarden seine junge Gemahlin schützte. Und so kam es, daß nach ganz kurzer Zeit der rotblonden Dämonie dieser Frau alles zu Füßen lag, was in dieser alten Stadt noch ein heißes Herz bewahrt hatte, um sich an Frauenschönheit zu begeistern.

Drei Jahre hatte Jacob van der Naarden das Glück, an ihrer Seite zu leben, freilich nur jenes Leben, das sie liebte. Dann schloß er seine guten, blauen Augen und hinterließ ihr ein Vermögen, über dessen Größe sie staunte.

In der Trauerzeit verließ Dirk immer öfter sein Haus am Rembrandtplatz, um die Abende bei seiner schönen Schwägerin zu verbringen. Aber der niemals jung gewesene Mensch mit den milden, blauen Gelehrtenaugen zog sich bald zurück, als Angela mit fast krankhafter Sucht die Trauer abstreifte, um jene Vergnügungen und Betäubungen zu suchen, an denen Amsterdam so reich war.

Angela kam niemals in den weit über die Grenzen Hollands berühmten Antiquitätenladen, sie machte sich nichts aus all den verstaubten Herrlichkeiten, die, dort aufgestapelt, die Kenner entzückten. Sie hatte schon früher immer darüber gelächelt und gespottet, wenn ihr Mann eine alte, kostbare Truhe wie eine junge Geliebte angeschwärmt und gestreichelt hatte, und wenn ein verstaubter, alter Stuhl aus längst vergangenen Zeiten ihn in Verzückung brachte. Sie haßte es, in der Vergangenheit zu leben, und liebte die Gegenwart in ihrer strahlenden Schönheit.

So hatte Dirk sich nach dem Tode des Bruders von dieser Frau, deren Lebenshunger ihm fremd und unverständlich war, immer mehr zurückgezogen. Aber eins machte dem großzügigen Manne Sorge, der gewöhnt war, andere leben zu lassen: Angela verschwendete, sie ließ Vermögen durch ihre schlanken Hände rinnen, ohne darüber nachzudenken, daß auch dieser Quell des Reichtums endlich einmal versiegen müßte. Immer mehr häuften sich ihre Forderungen im Privatkontor Dirks, immer besorgter wurden die Mienen des alten Buchhalters Hoopje, der schon zu Lebzeiten des Bruder das Faktotum gewesen war, vor dem es keinerlei geschäftliche Geheimnisse gab.

Der Etat des Innenministers
vor dem Landtag

Berlin, 26. Febr. (Drahtmeldung.) Der Preußische Landtag beendete am Mittwoch die Aussprache zum ersten Abschnitt des Innenministeriums.

Abg. **Klein** (Ztn.) verlangte Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland-Westfalen. Das Demonstrationsverbot sei nur gegen die Rechte gerichtet, weil sie immer stärkeren Zulauf von enttäuschten Republikanern erhalte.

Abg. **Lüdemann** (S.) bezeichnete die Nichtbestätigung von Kommunisten als Kommunalbeamte als Rückkehr zur Wahlrechtsschande der Vorkriegszeit.

Abg. **Johannsen** (D. V.) trug Einzelwünsche zur Verwaltungsreform vor, wobei er vor allem Schutz für die Selbstverwaltung verlangte, sowie einen nach großen Gesichtspunkten aufgestellten Grenzfonds.

Abg. **Grzimek** (D.) erinnerte daran, daß Preußen als einziger Staat in Europa zehn Jahre lang seine Regierungskoalition beibehalten konnte. Er wünsche, daß die politischen Beamten positiv zum Staat ständen und trat für die östlichen Grenzgebiete ein, deren Not im einzelnen auch

Abg. **Leonhardt** (W. P.) schilderte. Er wies darauf hin, daß wegen der unsicheren Lage im Osten die Banken bereits zurückhaltender mit der Kreditbergabe geworden seien.

Staatssekretär Dr. **Abegg** betonte, daß die Staatsregierung für den Osten alles tue, was ihr möglich sei, daß man aber auch im Westen, z. B. im Regierungsbezirk Trier, eine Not antreffe, die der des Ostens kaum nachstehe. Preußen werde versuchen, mit Hilfe des Reiches eine großzügige Unterstützungsaktion in die Wege zu leiten. Hinsichtlich des Demonstrationsverbots seien zwei Ausnahmen vorgesehen, nämlich für den 28. Februar, dem Tage der fünfjährigen Wiederkehr des Todes des ersten Reichspräsidenten, und für Sonntag, den 16. März, an dem der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge das Andenken an die im Weltkriege Gefallenen feierlich begehen wolle.

Dr. von Kries (Dn.) meinte, man müsse für die Grenzgebiete größere Mittel durch Abstriche am Etat freibekommen. Daß die Deutschnationalen in Hindenburg für die Wahl eines Sozialdemokraten als Oberbürgermeister eintraten und den Zentrumskandidaten durchfallen ließen, liege daran, daß das Zentrum alle berechtigten Wünsche der Deutschnationalen gemeinsam mit den Sozialdemokraten ablehne.

Es folgte die Aussprache über den Abschnitt „Polizei und Landjägerei".

Abg. Marckwald (Soz.)

Im letzten Jahre sind die Beziehungen des Ministeriums zu den Polizeibeamtenverbänden sehr günstig geworden. Wir sind dafür dem Minister und seinen Räten dankbar. Auch sonst sind eine Anzahl unserer Wünsche erfüllt worden. Zielbewußte, auf Solidarität mit den Polizeibeamten beruhende Arbeit ist eben erfolgreicher als noch so schöne Agitationsreden, die mit dem Hintergedanken des Hasses gegen die angeblichen Schützlinge verknüpft sind. Kommunisten und Nationalsozialisten erklären die Bewilligung des Polizeietats für volks- und arbeiterfeindlich, aber die Kommunisten haben entrüstet interpelliert, warum der Düsseldorfer Mörder nicht entdeckt worden sei. Wie man Verbrecher ohne Polizei fangen soll, ist das Geheimnis der Kommunisten. (Heiterkeit und Sehr gut, links.)

Die Feindschaft gegen den Polizeietat beweist also nur die Ansicht dieser Parteien, die Staatsordnung mit Gewalt zu stürzen. Auch die Gewalt hat im Staatsleben ihr Recht, wenn sie dazu dient, dem Willen der Volksmehrheit Geltung zu verschaffen. Selbst falls irregeleitete Menschen eine Minderheit mit Gewalt zur Macht bringen wollten, könnte ich noch immer, selbst wenn ich auf der andern Seite der Barrikade stehen müßte, Verständnis für den tragischen Konflikt haben. Selbst wenn die Minderheit im Kampf unterläge, hätte man doch das Gefühl, wie der Sieger im Sportkampf, ein Gefühl der Großmut, die nur nicht so weit gehen darf, daß sie in Dummheit umschlägt. (Sehr gut, bei den Sozialdemokraten.)

Was immer Kommunisten und Nationalsozialisten im letzten Jahre verübt haben, war kein Kampf um die Macht, war überhaupt nicht Politik, sondern war gemeines Banditentum. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Nationalsozialisten und Kommunisten sich gegenseitig überfallen, auf beiden Seiten irregeleitete Arbeiter, dann müssen wir aus Menschlichkeit für beide Gruppen Schutz der Polizei fordern. Kommunisten und Nationalsozialisten haben aber auch Reichsbannerkameraden und sozialdemokratische Arbeiter überfallen, verletzt und sogar getötet. Wollen die Kommunisten behaupten, daß das Klassenkampf sei. Man könnte es allenfalls als höchst rückständige Form des Klassenkampfes ansehen, wenn sie mit ihren Mordwaffen über Kapitalisten herfielen, aber Kapitalisten greifen sie niemals an, stets nur Arbeiter.

> Die Zeit der grausigen Ministermorde durch die Rechtsputschisten ist vorbei, aber die Zeit der grausigen Arbeitermorde durch die Linksputschisten, die Zeit der Morde von Arbeitern an Arbeitern hat begonnen. Diese mörderischen Ueberfälle der Kommunisten auf sozialdemokratische Arbeiter haben mit Politik nicht mehr das Geringste zu tun, sie sind einfach gemeine Verbrechen und schon zur Abwehr dieser Verbrecher ist die Polizei eine Notwendigkeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Redner bespricht dann eine Fülle vereinzelter Mißstände. Polizeikommissar Rusch in Salzwedel hat einen Mussolini-Marsch komponiert und in tiefster Ehrfurcht seinem großen Mussolini-Vorbild gewidmet.

Ein Berliner Polizeihauptmann hat sich zur Abstimmung für das Hugenbergsche Volksbegehren in Uniform hinbegeben.

Ein Berliner Reviervorsteher hat den Schutzpolizeibeamten gedroht, wenn sie zu wenig Anzeigen brächten, sie von der lebenslänglichen Anstellung auszuschließen.

Die Anrede der Vorgesetzten in der dritten Person ist zwar in Kiel und Danzig untersagt, sonst aber noch vielfach im Schwunge. Die sogenannten Fahnenjunker werden noch immer viel zu rasch befördert.

Das Eheverbot wird rigoros durchgeführt.

In der Befreiung älterer Beamter von körperlichen und Waffenübungen ist man noch immer zu ängstlich. Gebessert hat sich im letzten Jahr der Exerzierdienst, namentlich auf den Polizeischulen in Brandenburg und Hannoversch-Münden ist der alte Dreh ausgezeichnet überwunden worden.

Wir werden weiter vorwärts treiben auf dem Wege zur wahren Volkspolizei. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Kohlenvorlage der englischen Regierung

London, 26. Febr. (Drahtmeldung.) Gestern hatte Lloyd George und der Präsident des Handelsamtes, Graham, eine neue Unterredung, die aber ergebnislos verlief. Die Liberalen haben über die Kohlenvorlage im Unterhaus zum Regierungsentwurf ungefähr 50 Abänderungsanträge angemeldet, durch die aus der Vorlage alle Zwangsbestimmungen entfernt werden sollen. In Regierungskreisen herrscht aber keine große Besorgnis, da man glaubt, daß verschiedene Liberale mit Lloyd Georges Haltung nicht einverstanden sind und bei der Abstimmung über die Vorlage für die Regierung stimmen werden. Man nimmt weiter an, daß eine Anzahl konservativer Unterhausmitglieder sich der Stimme enthalten werden.

Letzte Nachrichten

Einbruch
in eine Reichswehrkaserne - 30 Maschinengewehre und 170 Infanteriegewehre entwendet

Berlin, 27. Februar. (Drahtmeldung.) Wie die „Vossische Zeitung" aus Leipzig erfährt, sind aus der Kaserne des Reichswehrinfanterieregiments Nr. 11 bei einem Einbruch annähernd 30 Maschinengewehre und 170 Infanteriegewehre entwendet worden.

Mädchenhandel nach Südamerika
Skandalszenen auf dem Lehrter Bahnhof

Berlin, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Lehrter Bahnhof kam es, wie das Berliner Tageblatt berichtet, gestern abend bei dem Abtransport einer Truppe junger Tänzerinnen, die unter dem Truppennamen „Sisters & Co." in ein angebliches Engagement nach Buenos Aires gehen, zu tumultuarischen Szenen. Die Kriminalpolizei nahm ein junges Mädchen in Gewahrsam, das den Eltern entlaufen war. Die übrigen jungen Mädchen, die mit diesen verdächtigen Transport nach Südamerika reisen, konnten nicht zurückgehalten werden, da sie sämtlich mündig sind. Die Truppe, der von dem Berliner argentinischen Generalkonsul das Visum verweigert worden ist, reist ohne Visum zunächst bis Montevideo.

Die ganze Versammlung verhaftet

Chikago, 26. Februar. (Drahtmeldung.) Eine große Anzahl von Arbeitslosen versuchte heute in einem Saal eine Versammlung abzuhalten. Da die Polizei fürchtete, daß es, wie in der letzten Woche, wieder zu einem Marsch der Arbeitslosen zum Rathause kommen könne, sonderte sie etwa 150 Arbeitslose im Saal ab und verwehrte den übrigen den Zutritt. Dabei kam es zu Zusammenstößen, bei denen einige der Demonstranten von den Polizeibeamten niedergeschlagen wurden. Nach längerem Hin und Her entschloß sich die Polizei, die Abhaltung der Versammlung zu gestatten, doch wurden später sämtliche Teilnehmer unter der Beschuldigung der Landstreicherei verhaftet.

Wolkenbrüche in Süditalien - Vier Tote

Cosenza, 26. Februar. (Drahtmeldung.) Infolge heftiger Wolkenbrüche ereignete sich in San Giovanni in Fiore ein Erdrutsch, der zwei Häuser völlig zerstörte. Bis jetzt sind vier Tote und vier Schwerverletzte zu verzeichnen.

Sport

Fest der Rennfahrer im Berliner Sportpalast

Dem Beispiele Kölns folgend, fand am Mittwoch abend im Berliner Sportpalast eine Veranstaltung des Rennfahrervereins statt. Wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage und des nahenden Ultimos war die Halle recht schwach besucht. Das Hauptfahren der Flieger mußte der Berliner Ehmer durch falsche Taktik dem Kölner Oszmella überlassen. Das Prämienfahren wurde eine Beute des westdeutschen Schenk, der den Dortmunder Kilian auf den zweiten Platz verwies. Im Lauf der Senioren konnte der Altmeister Rütt über Stellbrink einen Sieg feiern. Die Steher trugen ein Match aus, welches im Gesamtergebnis von Hille vor Bauer gewonnen wurde. Die Hauptnummer war ein 1-Stundenmannschaftsrennen, das die beiden jungen Dortmunder Kilian-Pützfeld mit Rundenvorsprung vor Schenk-Benninghoff an sich bringen konnten. Lehmann-Wissel gaben in recht unsportlicher Weise nach der Ueberrundung auf. Nach der vierten Wertung geht auf einmal Kilian auf und davon und nach einer längeren scharfen Jagd ist es ihnen auch vergönnt, das gesamte Feld zu überrunden.

Hauptfahren:

Endlauf: 1. Oszmella 10.3. 2. Petri 1 Länge zurück. 3. Buschenhagen ½ Länge zurück. 4. Ehmer ¾ Länge zurück.

Prämienfahrer über 30 Runden:

1. Schenk. 2. Kilian. 3. Kantorowitz. 4. J. Steger.

Omnium der Steher:

1. Hille 30 Punkte. 2. Bauer 26 Punkte. 3. Sawall 23 Punkte. 4. Schindler 22 Punkte. 5. Krewer 19 Punkte.

Rennen der Senioren:

1. Rütt 11.9. 2. Stellbrink ½ Länge zurück. 3. Techmer. 4. Ahrend.

1 Stunden-Mannschaftsfahren:

1. Kilian-Pützfeld 27 Punkte 44.480 Kilometer. Eine Runde zurück: 2. Benninghoff-Schenk 23 Punkte. 3. Gebr. Wolke 22 Punkte. 4. Wette-Nickel 11 Punkte. Zwei Runden zurück: 5. Buse-Dahms 4 Punkte.

Hakenkreuz-Krawalle
in der Münchener Hochschule

München, 26. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Hakenkreuzstudenten der beiden Münchener Hochschulen werden immer aktiver. Am Dienstag abend benutzten sie die im Hörsaal der Universität stattfindende Generalversammlung der akademischen Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland, um einen mit Schlägerei verbundenen Tumult herbeizuführen und dadurch die bisherige Vorstandsschaft, an deren Spitze der zur Bayerischen Volkspartei zählende Professor Dr. Nawiasky steht, zum Rückzug zu zwingen. Zu diesem Zweck hatten sie in die Versammlung eine Gruppe ihrer Leute hineingeschmuggelt, die dem Verein gar nicht angehören und infolgedessen auch kein Stimmrecht haben. Die Rede ihres Wortführers ließ schnell die Absicht der Versammlungssprengung erkennen, so daß es noch rechtzeitig, allerdings nach wüsten Lärmszenen und Prügeleien, gelang, die Skandalmacher aus dem Saal zu entfernen. Die Nazi-Studenten machten dann mit Hilfe der Stahlhelm-Studenten und des Hochschulrings deutscher Art eine eigene Versammlung auf und gründeten eine neue Ortsgruppe.

> Es ist das erste Mal, daß in dem Hörsaal der Münchener Universität in Anwesenheit vieler Professoren, die die Beschimpfung ihres Kollegen Nawiasky wegen seiner jüdischen Abstammung stillschweigend anhörten, ein derart wüster Radau inszeniert wurde.

Für die nächsten Tage sind weitere Versammlungen der neuen Ortsgruppe angekündigt, in denen gegen das bayerische Kultusministerium wegen der Rückzahlung der Zwangsaufträge an die Vorstandsschaft der Deutschen Studentenschaft Stellung genommen werden soll. Bezeichnend für den Geist der Münchener Studenten ist auch, daß trotz des Verbotes des Rektors bei der Münchener Technischen Hochschule nach wie vor die Liste der Deutschen Studentenschaft zur Einzeichnung gegen den Youngplan ausliegt.

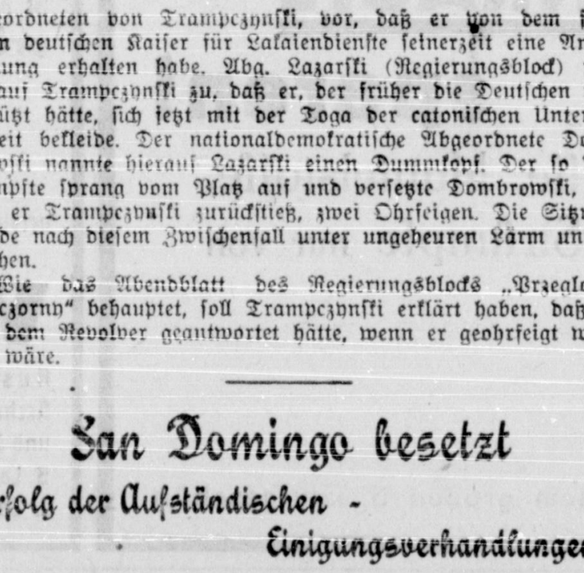
Ohrfeigen
im polnischen Sejm

Warschau, 26. Dezember. (Drahtmeldung.) Im Heeresausschuß des Sejm kam es heute zu erregten Szenen. Der Abgeordnete des Regierungsblocks, Professor Kozlowski, warf dem früheren Sejm- und Senatsmarschall, dem ehemaligen Mitglied des deutschen Reichstages, dem nationaldemokratischen Sejmabgeordneten von Trampczynski, vor, daß er von dem früheren deutschen Kaiser für Lakaiendienste seinerzeit eine Anerkennung erhalten habe. Abg. Lazarski (Regierungsblock) rief hierauf Trampczynski zu, daß er, der früher die Deutschen unterstützt hätte, sich jetzt mit der Toga der catonischen Untertänigkeit bekleide. Der nationaldemokratische Abgeordnete Dombrowski nannte hierauf Lazarski einen Dummkopf. Der so Beschimpfte sprang vom Platz auf und versetzte Dombrowski, indem er Trampczynski zurückstieß, zwei Ohrfeigen. Die Sitzung wurde nach diesem Zwischenfall unter ungeheuren Lärm unterbrochen.

Wie das Abendblatt des Regierungsblocks „Przegland Wieczorny" behauptet, soll Trampczynski erklärt haben, daß er mit dem Revolver geantwortet hätte, wenn er geohrfeigt worden wäre.

San Domingo besetzt
Erfolg der Aufständischen - Einigungsverhandlungen

Santo Domingo, 26. Februar. (Associated Preß.) Die Aufständischen sind heute vormittag in die Stadt eingezogen und haben die öffentlichen Gebiete und die Zitadelle besetzt. Die



Einnahme der Stadt erfolgte ohne jedes Blutvergießen. Der Präsident und der Vizepräsident der dominikanischen Republik haben sich, wie gerüchtweise verlautet, in die amerikanische Gesandschaft geflüchtet.

Washington, 26. Februar. Wie die amerikanische Gesandtschaft in Santo Domingo berichtet, besteht gute Aussicht auf eine Einigung zwischen Regierung und den Aufständischen.

Höchstleistung



79.

Wassermotor-Waschmaschine

Eichen-Bottich 100 Liter Inhalt, verzinkte Reifen

— 3 Jahre Garantie —

Alsberg
Gelsenkirchen Akt.-Ges.

Trabrennen
zu Gelsenkirchen
Sonntag, 2., 9. und 16. März
Jahreskarten für 25 Renntage in Gelsenkirchen resp. Recklinghaus. nur 30 M.
Beginn 14 Uhr

B. Kirchfeld
G. m. b. H. Fernruf 21141 Matthiasstr. 8
liefert stückreiche
Hausbrandkohlen
hervorragende
Nußkohlen
der Zeche Alma u. den vorzüglichen
Brechkoks
der Großkokerei Alma-Pluto
sowie
Ia. Anthrazit- u. Eßkohlen
Steinkohlen-, Eiform- und
Braunkohlen-Briketts
frei Haus frei Keller
B. V.-Benzol B. V.-Aral
direkt ab Werk ohne Zwischenfüllung

Bücher für Naturfreunde!

Nachfolgend einige Werke, die jeder Naturfreund besitzen muß.

Brehms Tierleben, 4 Bände mit 1600 Seiten Text und vielen Tafeln . . . . zusammen nur Mk. **11.40**

Kosmos-Bände, populär und anschaulich geschrieben interessante Themen, wissenschaftlich wertvolle Darstellungen. — Einige Restposten geben wir, solange Vorrat reicht, zu folgenden Vorzugsbedingungen ab: 10 Bände, verschiedene Titel statt Mk. 18.00 . . . . . nur Mk. **12.00**

Sonder-Angebot!

Obige 14 Bände zusammen auf Buchkarte, zahlbar in 14tägigen Raten à Mk. 1.50. Die Raten kassiert der Zeitungsbote.

Sofort bestellen, ehe der Vorrat erschöpft ist.

VOLKSBUCHHANDLUNG
Gelsenkirchen, Ringstraße 33

Bestellzettel.

Ich bestelle obige Naturfreunde-Bibliothek, 14 Bücher zusammen für Mk. 23.40 auf Buchkarte. Die Raten, in Höhe von alle 14 Tage Mk. 1.50 sollen durch den Zeitungsboten kassiert werden.

Name ..... Beruf .....

Adresse .....

Berücksichtigen Sie bitte unsere Inserenten!

BUCH DRUCKEREI VOLKS WILLE

Wir liefern ein- und mehrfarbige Drucksachen nach modernen Entwürfen in kürzester Frist

Unreines Gesicht

Pickel, Mitesser werden in wenigen Tagen durch das Teintverschönerungsmittel **Venus** (Stärke A) Preis Mk. 2.75 **unter Garantie beseitigt.** Gegen **Sommersprossen** (Stärke B) Preis Mk. 2.75. Merkur-Drog. E. Eschenröder, Hochstraße 32. Groß-Drogerie Hennes & Witkop, Bahnhofstraße 77.

Freibank.

Morgen, Freitag von 8–10 Uhr
Nr. 831–950
Schlachthofverwaltung.

Auch Ihnen helfen meine BAREINKÄUFE sparen!

Seiden, Samte, Kleiderstoffe, Mantelstoffe, Modewaren, Kurzwaren, Strümpfe nur von

S. Winter

„Das Haus der Dame"

Gelsenkirchen, Bahnhofstraße 54 o dem großen Spezialgeschäft



Werktätige in Stadt und Land

Euer Versicherungsunternehmen, die

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

ist die

größte Volksversicherungsgesellschaft in Deutschland

Günstige Versicherungsbedingungen! Hohe Gewinnanteile! Bei Unfalltod doppelte Versicherungssumme!

Arbeiter, Angestellte und Beamte

versichern sich und ihre Angehörigen nur bei dem eigenen Unternehmen, der

Volksfürsorge

Auskunft erteilen bezw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Essen, Schillerstr. 1-5, Hansa-Haus, Zimmer 88-90 und der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5. An der Alster 58-59. B. Lachmann, Gelsenkirchen, Waltraudstr. 17 und in Gladbeck-Zweckel: J. Sailer, Händelstr. 37.

GELSENKIRCHEN-BUER

Ortsgruppe Altstadt.

Donnerstag, den 27. dieses Monats, abends 20 Uhr: Mitgliederversammlung bei Prellwitz. Vortrag des Genossen Suhrkamp über den neuen Provinziallandtag. — Um 19 Uhr: Vorstandssitzung.

Fraktionssitzung.

Freitag nachmittag 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Wichtige Fraktionssitzung.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Die erwachende Sphinx

Kulturfilmvorführung in Buer.

Am kommenden Sonntag, dem 2. März, veranstaltet die Bildstelle Buer des Städtischen Jugendamtes im K.-V.-Theater in Buer eine neue Kulturfilmvorführung, die vormittags um 11 Uhr beginnt. Zur Vorführung gelangt der große Kulturfilm „Die erwachende Sphinx", der einen geographischen und wirtschaftlichen Querschnitt durch das gesamte Afrika darbietet. Der über 2000 Meter umfassende Film ist von dem bekannten Forschungsreisenden Colin Roß gedreht worden.

Die Vorstellung am kommenden Sonntag soll den Film allen Kreisen der Bevölkerung zugänglich machen. — Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 0,70 und 1,00 RM. Mitglieder von Jugendorganisationen und Schüler erhalten Karten zum Preise von 0,30 RM. Der Einlaß beginnt um 10.45 Uhr.

Trabrennen zu Gelsenkirchen

Sonntag, den 2., 9. und 16. März 1930, 14 Uhr.

Die neue Trabrennsaison steht vor der Tür. Sämtliche bei den einzelnen Trainern stehenden Pferde haben in den milden Tagen des Januar schon reichlich Arbeit für die Rennen leisten müssen, die leider durch den Kälteeinbruch in den letzten Tagen etwas gestört wurde. Dies verhindert aber nicht, daß jedem, der der Morgenarbeit auf der Rennbahn einmal zusieht, schon jetzt klar wird, daß die Leistungen, besonders des recht zahlreich vertretenen jüngeren Materials, gegenüber dem Vorjahre eine Aufwärtsentwicklung zeigen. Zirka 150 Pferde sind augenblicklich auf der Rennbahn stationiert, die sich auf die einzelnen Trainer wie folgt verteilen:

K. Gillar 12; G. Begall 3; R. Lörcks 11; J. Schleyer 11; C. Forthmann 11; C. Pütz 6; A. Teßmann 13; W. Meincke 14; Fr. Nußbaum 7; H. Schürmann 14; J. Fersch 15; A. Skerhut 24; M. Hartfeil 9.

Um den ständigen Besuchern, dem Stammpublikum der Rennbahn entgegenzukommen, gibt auch in diesem Jahre der Gelsenkirchener Rennverein Jahreskarten 1. Tribüne zum Preise von 30 RM aus, die zum Besuche sämtlicher Trabrenntage in Gelsenkirchen und Recklinghausen berechtigen. Es wird erwartet, daß von dieser günstigen Gelegenheit reichlich Gebrauch gemacht wird. Die Karten sind schon jetzt in der Geschäftsstelle des Vereins, Hans-Sachs-Haus, Zimmer 330, Postschließfach 158, zu haben.

Achtung, Sprechchorteilnehmer!

Die Sprechchorleute (einschließlich Einzelsprecher) treffen sich am Freitagabend Punkt 20 Uhr zur Sprechchorprobe im August-Bebel-Haus. Alles muß zur Stelle sein!

Geschäftliche Mitteilungen.

34.-260. Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie.
14. Ziehungstag der 5. Klasse (Hauptziehung).

In die Lotterie-Einnahmen von Gelsenkirchen-Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

15 777 17 006 21 454 21 530 37 912 37 970 37 977 61 157 61 159 62 632 62 770 77 793 77 797 114 247 114 252 121 093 169 546 169 596 203 823 203 824 205 753 205 831 205 848 208 189 218 340 226 888 227 256 232 572 240 296 300 937 308 953 320 307 337 746 341 821 341 830 347 236 348 176 369 878 370 606 370 609 377 334 390 318 390 325.

15. Ziehungstag.

13 595 17 043 27 497 31 821 42 257 61 166 62 644 62 667 62 752 63 443 82 776 82 779 112 517 112 552 112 733 112 740 121 097 188 823 190 893 209 122 213 417 213 434 218 106 231 041 231 044 231 050 231 230 231 319 231 350 234 353 273 113 300 940 320 555 320 560 347 247 348 194 357 409 357 415 357 421 370 576 377 308.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Ersatzlose sind nur noch in geringem Umfange zu haben. Die gegenwärtige Ziehung dauert ununterbrochen 30 Tage, bis zum 14. März 1930.